

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Vierteljährlich 2.50 M., monatlich 1.10 M.,  
 einschließlich des Postgebührens frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.  
 Eintragungen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Streifenland für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Interlions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-  
 nelle oder deren Raum 50 Pf. für  
 vollstehende und gemeinschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (teil-  
 gebührte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schloß-  
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,  
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über  
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
 Inserate für die nächste Nummer müssen  
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 3. April 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Freisinnige Begriffsverwirrung.

Das Durchpeitschen des Reichsvereinsgesetzentwurfs durch die zwei Lesungen, die er noch im Plenum des Reichstages durchlaufen muß, hat begonnen. Der Freisinn ist, wie der gestrige erste Tag zeigt, voll Eifers dabei, die erste Frucht des Votums in die Scheuer zu bringen. Er kann um eines Grundes willen nicht ein Gesetz ablehnen, das für Preußen, Sachsen und Mecklenburg überhaupt erst ein antändiges Vereins- und Versammlungsrecht herstellt, veränderte Herr Raumann in der letzten Nummer der „Silke“.

Wie sieht dies „antändige“ Vereins- und Versammlungsrecht von Bloß Gnaden aus? Der Entwurf befreit die Frauen von den Beschränkungen, die ihnen die Vereinsgesetze verschiedener Bundesstaaten auferlegen. Schranken werden niedrigergezogen, die längst morsch und wurmfressig waren, die über kurz oder lang hätten fallen müssen, die allen Parteien schon lästig wurden und deren uneingeschränkte Erhaltung selbst die Konservativen nicht mehr zu fordern wagten. Ein Fortschritt, der selbstverständlich ist. Außerdem ist die Anmeldung von Versammlungen erleichtert, teilweise ganz beseitigt worden und schließlich sind die Vereine von der lästigen Verpflichtung zum Einreichen der Mitgliederliste befreit worden — nur die politischen Vereine müssen die Satzungen und die Vorstandsliste einreichen. Viel haben die Regierungen Preußens und Sachsens mit diesen Zugeständnissen nicht aufgegeben. Der Polizei selbst wird eine Last überflüssiger und unnützer Arbeit abgenommen, während ihr die Möglichkeit der Aufsicht über das Vereins- und Versammlungsleben in keiner Weise beschränkt wird. (Denn die wichtigeren Befugnisse der Polizei, die Überwachung der Versammlungen, das Recht zur Auflösung, sind nicht verfürzt worden; in dieser Beziehung geben die Bestimmungen des Entwurfs lediglich das geltende 60 Jahre alte preussische Recht wieder.) Und was die Bürger anlangt, so gewinnen sie bei den oben angeführten Verbesserungen gewiß einiges — es werden ihnen allerlei Scherereien erspart, die Grundlage für mannigfache Schikanen fällt künftig fort — aber an Bedeutung bleiben diese Verbesserungen weit zurück hinter den Verschlechterungen, die andere Bestimmungen des Entwurfs gegen das jetzige Recht selbst in Preußen und Sachsen bedeuten!

Für Preußen ist diese wesentliche Verschlechterung des § 10a, der die Jugendlichen aus politischen Vereinen und politischen Versammlungen ausschließt. Der Bloßfreisinn hat, um sein böses Gewissen zu beruhigen, den Protest der Sozialdemokratie gegen diesen Rückschritt lächerlich zu machen gesucht — die „Vossische Zeitung“ machte den krampfhaften Witz, die Sozialdemokratie würde selbst dann von einem „reaktionären Altitat“ reden, wenn etwa nur Kinder unter zehn oder sechs Jahren von Versammlungen ausgeschlossen wären. Die grenzenlose Ueberheit dieser Verteidigung zeigt, wie jämmerlich es um die Sache des Freisinns bestellt ist. Die Bestimmung ist sehr ernst zu nehmen, sie ist um so gefährlicher, als sie eine Ausnahmestimmung gegen die proletarische Jugend ist. Für sie, die mit 14 Jahren ins Erwerbsleben hinausgestoßen wird, bedeutet das Vereins- und Versammlungsleben eine Bildungsgelegenheit, die viel länger auf den Schulen befindlichen Kinder der Besitzenden allerdings noch auf Jahre hinaus entbehren können. Daß die Unterdrückung freier Jugendorganisationen den kirchlichen Jugendvereinen, die die Rekrutenschulen der reaktionären Parteien sind und diesem Zwecke ganz bewußt durch die Nüchternung eines ausschweifenden Hurratriotismus und Hyganismus dienen, die Arbeit erleichtern heißt, darauf haben wir schon mehrfach hingewiesen. Die größte Gefahr des § 10a liegt aber darin, daß er das Vereinsrecht auch der Erwachsenen in Gefahr bringt. Zwar soll die Anwesenheit von Jugendlichen in einer politischen Versammlung kein Auflösungsgrund sein, und auch der Vorsitzende der Versammlung ist nach dem Entwurf deswegen nicht strafbar. Indes, wir wissen aus langjähriger Erfahrung, wie wenig preussische und sächsische Ueberwachende ihre Rechte kennen, und so ist es schon jetzt an den fünf Fingern abzuzählen, daß immer und immer wieder Versammlungsauflosungen sich ereignen werden, die auf die Anwesenheit von Jugendlichen in der Versammlung fußen. Die hinterher erfolgende Korrektur des Auflösens durch die vorgesetzte Behörde ist kein Ersatz für die bereitelte Versammlung.

Der Paragraph wird der Polizei auch Handhaben bieten, die Arbeit der Gewerkschaften zu erschweren. Die Gewerkschaften müssen sich mit politischen Angelegenheiten beschäftigen — sie müssen sich mit den sozialpolitischen Gesetzen befassen, haben für die in ihnen organisierten Berufsgruppen besondere Schutzmaßnahmen von der Gesetzgebung zu fordern usw. Immer wieder wird deshalb von dieser oder jener eifrigen Polizeibehörde der Versuch gemacht, Gewerkschaftszahlstellen für politische Vereine zu erklären. Gelingt es, so dürfen Jugendliche unter 18 Jahren nicht als Mitglieder aufgenommen werden. Sie machen sich auch strafbar, wenn sie öffentliche gewerkschaftliche Versammlungen besuchen, in denen politische Thematata beraten werden. Und hier tut sich eine ganz besondere Lücke des § 10a auf. Die Grenze zwischen politischen und nichtpolitischen Angelegenheiten ist so flüchtig,

daß selbst Erwachsene oft Schwierigkeit haben, sie zu bestimmen. Jugendliche unter 18 Jahren aber sollen es können — denn der Vorliegende ist durch das Gesetz nicht verpflichtet, sie aufzufordern, die Versammlung zu verlassen! — Für die gewerkschaftliche Arbeit in Berufen mit einem großen Anteil jugendlicher Arbeiter ist der § 10a von ganz besonderer Schädlichkeit. Von den Dienstboten steht vielleicht der größte, jedenfalls ein erheblicher Teil in einem Alter unter 18 Jahren. Eine Erörterung der Gesindeordnung dürfen diese jugendlichen Dienstboten künftig weder in Versammlungen von Dienstbotenvereinen, noch in öffentlichen Dienstbotenversammlungen annehmen!

Aber bisher war in Preußen das Vereinsrecht der Jugendlichen doch auch kein unbeschränktes, hat die geschickte Lanze Bloß jüngst zur Verteidigung des freisinnigen Verrats bemerkt. Allerdings nicht. Aber die Beschränkung galt nur für Schüler und Lehrlinge, die den kleinsten Teil der Jugendlichen unter 18 Jahren ausmachen. Denn die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht in einem ausdrücklichen Lehrverhältnis stehen, gelten nicht als Lehrlinge und außerdem endet die Lehrzeit im allgemeinen mit dem 17. Lebensjahr. Dann ist aber den Schülern und Lehrlingen auch nur die Mitgliedschaft politischer Vereine und der Besuch der Versammlungen solcher Vereine verboten — öffentliche politische Versammlungen stehen ihnen in Preußen offen, während sie ihnen künftig samt und sonders verboten werden!

Der Freisinn mag sich drehen und wenden wie er will, er kann es nicht bemängeln, daß er in § 10a für Preußen eine starke Verschlechterung geschaffen hat. Ab er er hat auch das schier ungläubliche Kunststück fertig gebracht, selbst das unendlich miserable Vereinsrecht Sachsens noch in einem Punkte zu verschlechtern, und zwar in einer sehr bedenklichen Weise. Das sächsische Gesetz ist nämlich in den Bestimmungen über die Versammlungen unter freiem Himmel liberaler als das preussische Gesetz. Nach sächsischem Vereinsrecht bedürfen nicht alle Versammlungen unter freiem Himmel der polizeilichen Genehmigung, sondern nur jene, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden. Solche, die auf Privatgrundstücken tagen, stehen den Versammlungen in geschlossenen Räumen gleich, bedürfen nur der Anmeldung. Das Reichsvereinsgesetz wird mit dieser für die Bürger sehr wertvollen Unterscheidung aufräumen. Alle Versammlungen unter freiem Himmel werden der Polizeivillkür ausgeliefert — einerlei ob sie auf Privatgrundstücken oder auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden sollen, für alle ist Genehmigung durch die Polizeibehörde Bedingung. Es bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung, um die Tragweite dieser Verschlechterung gegen das geltende sächsische Recht darzulegen. Es ist klar — alles, was das Reichsgesetz für Sachsen an Verbesserungen bringt, alles das wiegt an Bedeutung diese eine Verschlechterung nicht auf! Denn die schikanösen Erschwerungen der Versammlungsanmeldung, die das sächsische Vereinsgesetz enthält, können überwunden werden und sind überwunden worden, die Verpflichtung der politischen Vereine zum Einreichen der Mitgliederliste hat auf die Dauer die Erstarrung sozialdemokratischer Vereine nicht hindern können, das Präventivverbot konnte doch nur in besonderen Fällen angewendet werden und war stetig seltener geworden, das allerdings für mündige Bürger entwürdigende Recht des Ueberwachenden, den Rednern das Wort zu entziehen, konnte wenigstens zum Teil durch das Auftreten neuer Redner unwirksam gemacht werden. Alle diese Bestimmungen waren ärgerlich und unwürdig, aber die Hindernisse waren zu überwinden. Das Recht der Polizei aber, jede Versammlung unter freiem Himmel zu verbieten, ist nicht unwirksam zu machen, der Schaden, der durch diese Verschlechterung entsteht, nicht auszugleichen. Und wenn der kleinen Verbesserungen ein Schock wäre (die Gewährung des vollen Vereinsrechts für die Frauen ist, nebenbei bemerkt, für Sachsen kein Fortschritt, da dort Beschränkungen für das weibliche Geschlecht nicht bestehen), diese Verschlechterung könnten sie nicht aufwiegen.

So hat der Bloßfreisinn wirklich mit seinem „modernen“ Reichsvereinsgesetz noch hinter das sächsische Vereinsrecht zurückzumarschieren fertig gebracht, wie er ja auch in Preußen die Verbesserungen durch eine wesentliche Verschlechterung ausgleichen läßt. Und das nennt er dann ein „antändiges“ Vereins- und Versammlungsrecht für Preußen und Sachsen überhaupt erst herzustellen!

Welch eine widerliche Verwirrung der Begriffe! Die Begriffsverwirrung des Schuldbewußtseins!

## Die Schuldenwirtschaft.

Das Reich und Preußen haben heute wieder eine Anleihe aufgenommen, bei der es sich um die Riesensumme von 850 Millionen Mark handelt. Davon entfallen 250 Millionen auf vierprozentige Reichsanleihe, 400 Millionen auf 4 Proz. preussische Konsols und 200 Millionen auf 4 Proz. preussische Schatzscheine. Es ist zunächst zu bemerken, daß die Anleihen Preußens und des Reiches verschieden zu beurteilen sind, da der größte Teil der preussischen Anleihen für Eisenbahnbauten dient, also produktive Ausgaben darstellt. Anders bei der Reichsanleihe, die durch die skandalöse Finanzwirtschaft des Reiches verursacht ist und zur Deckung eines Defizits dienen soll, das bei jeder ordentlichen Finanzgebarung nur aus Steuern zu decken wäre.

Bei der neuen Anleihe ist es zunächst charakteristisch, daß das Reich und Preußen den Zinsfuß von 3 1/2 Prozent aufgeben und nunmehr 4 Prozent zahlen müssen. Diese Verschlechterung der Anleihebedingung hat zur Hauptursache das wahnstimmige Tempo, in dem unsere Anleihen vermehrt werden. Das Angebot an absolut sicheren, fest verzinslichen Papieren wird rascher vermehrt, als es dem Anlagebedürfnis entspricht. Um die Konkurrenz mit den höher verzinslichen Dividendenpapieren auszuhalten zu können, muß daher der Zinsfuß erhöht und so die Last der Steuerträger ständig vermehrt werden. Zugleich gerät der Staat in immer stärkere Abhängigkeit von den Banken, die dahin zum Ausdruck kommt, daß die Uebernahmebedingungen für die Banken immer günstiger werden. Noch bei der Reichsanleihe vom April 1906 betrug die Verzinsung 3 1/2 Proz., der Uebernahmekurs, das ist der Betrag, den die Banken an den Staat wirklich zahlen, betrug 99.40 Proz. Der Zeichnungskurs, das ist der Kurs, zu dem die Banken die Anleihe dem Publikum verkaufen, betrug 100.10 Proz. Heute beträgt die Verzinsung, wie bereits erwähnt, 4 Proz., der Zeichnungskurs 99 1/2 Proz., der Uebernahmekurs 99.40 Proz. Jetzt erhält also das Reich für je 100 M. des aufgenommenen Betrages trotz der größeren Verzinsung eine Mark weniger als damals; im ganzen verliert das Reich so 2 1/2 Millionen. Die Bankiers dagegen, die damals nur einen Zwischenzins von 0,7 Proz. machten, machen jetzt einen solchen von 1,10 Proz., so daß der Gewinn bei der Anleihe allein ohne Schatzscheine sich auf ungefähr 7 150 000 M. beläuft, ein Betrag, von dem allerdings noch Stempel und Gebühren abgehen.

Die Lage des Geldmarktes allein erklärt diesen Unterschied keineswegs. Denn wenn auch augenblicklich der Bankdiskont 1/2 Proz. höher ist als im Jahre 1906, so war das Jahr 1906 doch ein Jahr der Hochkonjunktur und das Eintreten einer größeren Geldknappheit damals nicht zu erwarten, während wir gegenwärtig infolge der wirtschaftlichen Depression vor einer Periode größerer Geldknappheit stehen, die auch außerhalb Deutschlands bereits eingetreten ist. Nicht aus den Geldverhältnissen, sondern aus der drängenden Not des Reiches erklären sich also die ungünstigen Bedingungen für unsere Anleihe. Das Reich hatte 1885 410 Millionen Schulden, 1907 waren wir bereits auf eine Reichsschuld von 4000 Millionen Mark gekommen, wozu jetzt eine neue Viertelmilliarde kommt. Diese Finanzwirtschaft kann in Europa nur noch mit der russischen verglichen werden.

Trotz alledem sperren sich die deutschen besitzenden Klassen mit aller Macht gegen eine halbwegs erträgliche Sanierung der Reichsfinanzen. Die enorme Schuldenlast danken wir ausschließlich den Ausgaben für Militär, Marine und Weltpolitik. Aber die, die diese Ausgaben bewilligen, wollen nicht das geringste davon wissen, ihrerseits zur Deckung dieser Ausgaben etwas beizutragen. Die neue Reichsanleihe ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Soll das Defizit endgültig verschwinden, so brauchen wir für ungefähr eine halbe Milliarde neuer Steuern. Der Reichstag und seine Regierung ist zwar entschlossen, diese halbe Milliarde zum allergrößten Teil aus den Taschen der breiten Volksmassen herauszuholen. Aber das Problem, wie man zu einer Zeit schweren wirtschaftlichen Niederganges und gleichzeitiger Teuerung aller Lebensmittel eine halbe Milliarde den „schwachen Schultern“ aufbürdet, ist nicht ganz leicht zu lösen. Daher die fortwährende Verschlebung der Finanzreform und die Notwendigkeit von Anleihen, die zwar für die Börse immer bessere Geschäfte werden, aber die Finanzen Deutschlands vollständig ruinieren. —

## Die Konservativen und das Börsenkompromiß.

Das von den Nationalliberalen eingefädelte Börsenkompromiß ist heute in zweiter Lesung von der Börsenkommission angenommen worden. Unter Ablehnung aller Anträge der nicht dem Bloß angehörenden Parteien stimmten sämtliche Mitglieder der konservativ-liberalen Schachergesellschaft m. B. S. für das Kompromiß, nur das Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung trennte sich vom Bloß und stimmte gegen das Kompromiß. So erhielt, da der Vertreter der polnischen Fraktion fehlte, der nationalliberale Kompromißantrag 15 Stimmen, während die Gegner nur 12 Stimmen aufbrachten.

Die Agrarkonservativen haben also für die neue Fassung gestimmt, trotz ihrer vorgeblichen Börsenfeindschaft. Nicht nur ihre kleinen Lokalblätter, sondern auch ihre beiden hiesigen Hauptblätter, die „Kreuz-Zeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“, betreiben die Verschimpfung der „jüdischen Börse“ als gemeinlich-mäßigen Sport. Die Börse ist nach ihrer tausendmal wiederholten Versicherung nichts anderes als eine jüdische Institution zur schamlosen Auszugaugung der im erwerbstätigen Mittelstand ruhenden Volkskraft; aber diese so oft von ihnen in ihren Versammlungen und Blättern verkündete „heilige Ueberzeugung“ hat sie nicht verhindert, nun doch für die Erweiterung der Börsenspekulation einzutreten und sich denen anzugesellen, die sie bisher als „Börse- und Judenfeinde“ beschimpften.

Wie so oft, wenn materielle Erfolge winken, hat auch diesmal wieder die nach ihrer eigenen Behauptung christliche und vaterländische Ideale verkündende agrarische Aelbspartei eingeschoben, daß die eigenen Vorteile wichtiger sind als die idealen Güter des Volkslebens, und dementsprechend vorläufig ihre „heilige Ueberzeugung“ auf einige Zeit kaltgestellt. Trotz ihrer Verachtung des Freisinns, glauben die Herren doch, ihn durch einige kleine Zugeständnisse am Bloß halten zu sollen; denn unumschränkter haben sie nie regiert, als seit der Begründung der Bloßherrlichkeit —

selbst nicht zur Zeit, als sie noch mit dem Zentrum die vereinigte Regierungspartei bildeten. Das Zentrum war immerhin eine große, mächtige Partei, die respektiert sein wollte; der jegliche freisinnige Block ist dagegen nichts als ein Häuflein durcheinander schreiender Gernegroße, die wenn sie sich auch zuerst sperren, sich doch später regelmäßig der konservativen Diskon fügen.

Nach vor kurzem haben die leitenden Blätter der Agrar-konferenzen versichert, die konservativen Reichstagsfraktion könnte, dürfte und werde in keinem Fall für derartige Bestimmungen stimmen, wie sie die von der Regierung vorgelegte Vorfengeschnovelle enthalte — und heute stimmten die konservativen Mitglieder der Vorfengesekommision für dieselben Bestimmungen.

Sier nur einige Beispiele dafür, was noch in den letzten Wochen die „Deutsche Tagesztg.“ sich an heiligen Versicherungen leistete. Am 16. März, als es hieß, es sei ein Kompromiß geplant, schrieb sie:

„Selbst wenn das Unmögliche geschehen sollte, daß die rechtsstehenden Parteien in der Frage der Wörferreform nachgäben, um die Bestimmung über die Versammlungssprache im Vereinsgesetz zu retten, so würden die beiden Gesetze, mindestens das Vorfengesetz, dadurch nicht gerettet sein. . . . Es ist anzunehmen, daß das Zentrum in diesem Falle gegen das Gesetz unbedingt stimmen würde. Die Sozialdemokraten haben bereits durch ihr Zentralorgan erklärt, daß sie im Falle eines solchen Kompromisses auch dann nicht für das Vorfengesetz stimmen würden, wenn die Wünsche des Freisinn erfüllt werden sollten. Nun ist weiter zu erwarten, daß auf der Rechten einige Mitglieder der Deutschen Reformpartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung für ein dem Freisinn genehmes Vorfengesetz nicht zu haben sein würden.“

Am 17. März wird selbst das, was in der Kommission zu Stande gekommen war, als unannehmbar bezeichnet:

„Was die Kommission geschaffen hat, ist noch unvollständig und geht zum Teile über das Maß dessen hinaus, was zugestanden werden kann. Es fehlt in ihren Beschüssen noch der Deklarationszwang.“

In der Nummer vom 19. März heißt es:

„Von der Freigabe des Rückforderungsrechtes und der Strafbestimmungen, die endlich nach langen Kämpfen eingeführt werden sollen, kann aber absolut keine Rede sein. Im Gegenteil, die Linksliberalen werden sich ebenso wie die Regierung dazu verpflichten müssen, auch unsere dritte Grundforderung, nämlich die Einführung eines Deklarationszwanges, zu bewilligen. Vielleicht läßt sich unter gewissen Voraussetzungen über das Wörferterminregister reden. Nur auf dieser Grundlage kann eine Verständigung gesucht und gefunden werden.“

Und noch am 24. März schreibt das Blatt:

„Für uns enthält das Vorfengesetz vier Hauptpunkte, die unter allen Umständen conditions sine qua non bleiben müssen: 1. Unbedingte Aufrechterhaltung und völlige Sicherung des Getreideterminhandelsverbotes. 2. Aufrechterhaltung des Rückforderungsrechtes des bei verbotenen Wörfergeschäften Geleisteten. . . . 3. Einführung von Strafbestimmungen für die Vergehen gegen das Vorfengesetz und für die Umgehungen des Gesetzes. . . . 4. An der Produktenbörse muß ein Deklarationszwang eingeführt werden.“

So hieß es noch vor 10 Tagen. Heute stimmten die Agrarier für das Kompromiß. Eine echt konservative Konsequenz.

## Beamte und Landtagswahl.

Die Beamten sind über den Bruch des Versprechens, ihnen endlich eine Gehaltsaufbesserung zu gewähren, begreiflicherweise höchlichst erbittert. Der Leitartikel der „Berliner Beamten-Zeitung“ vom 29. März legt davon Zeugnis ab. Heißt es doch darin:

„Und wieder wird das Volk zur Wahl gerufen! Die Regierung scheint sich allerdings ziemlich sicher zu fühlen. Was wollen Sie — wir haben ja die öffentliche Wahl. Wer wird es da wagen, gegen und zu votieren? Man weiß nicht, ist das Wort wirklich gefallen. . . . Aber es könnte wahr sein und das offiziöse Dementi glaubt kein Verständiger. Die Rüst flurrender Wagen ist der Regierung ein wohlthätige Einschiebung. 524 Petitionen von Beamten, Geistlichen und Lehrern hat allein der Landtag der Staatsregierung zur Erwägung — wie san — überweisen. Die Konkolance, mit der die Regierung jedoch die Hoffnung Laufender in die unergründlichen Tiefen des Staatspapierkorbs versenkt, um sie vielleicht, wenns Glück besonders günstig ist und ihr einen wohlgeleiteten Kopf neuer Steuern beschert, übers Jahr wieder hervorzujuden, grenzt wahrlich an Provokation. Gibt's darauf wirklich keine Antwort? Ist die Beamenschaft dem bedingungslos dazu verurteilt, alle Bitternis hinunterzuschlingen, die ihr serviert wird? . . . Aber sie wird sich entsinnen, daß nicht sie es gewesen ist, die dieses Motiv in die Wahl-agitation warf, sondern daß ihr die Regierung mit praktischem Beispiel voranging, als sie im Januar 1906, als ihr das Wasser bis zum Rande ging, die Befoldungsreform an die Wand malte, wo sie zum allgemeinen Ergößen ja auch heute noch als Phantom prangt. Gegenüber dem beispiellosen Bruch eines feierlich gegebenen Versprechens, für das bekanntlich selbst das Wort des Monarchen verpfändet worden ist, zwingt schon die Selbstachtung das Beamtentum, die Antwort nicht schuldig zu bleiben.“

Man kann den Beamten die Empörung über die Ras-führung nachfühlen, namentlich in einer Zeit, wo durch die Hölle und Grenzsperrn die Lebensmittelpreise so außerordentlich in die Höhe getrieben worden sind. Daß den Beamten geraten wird, die Antwort auf die an ihnen verübte Prellerei zu geben, ist ebenso in der Ordnung. Aber welche Antwort wird den Beamten empfohlen? Man höre:

„Weißt nur ein Weg, und den hat uns die Weisheit der Staatsregierung selbst gegeben, als sie die Öffentlichkeit der Landtagswahl entscheidenden Einfluß auf ihr Handeln gewinnen ließ. Es öffnet sich die Aussicht auf eine wichtige und impotante Demonstration, die auf die Regierung zwar auch nur als solche Eindruck machen könnte, um so schwerer und nachhaltiger aber die Parteien treffen würde, die zu Mitschuldigen dieser Regierung wurden: — Die Wahlenthaltung. Wahlenthaltung überall da, wo nicht eine nationale Gefahr im Verzuge ist. In Wahlkreisen, die von Polen oder Sozialdemokraten stark bedroht sind, hätten gegenüber der nationalen Pflicht alle übrigen Erwägungen selbstverständlich zu schweigen. Sonst aber gelte die Devise: Dieser Regierung und diesen Parteien keine Stimme!“

Die Beamten sollen sich also der Stimme enthalten, sollen „passive Resistenz“ leisten. Wir nehmen an, auch dem Freisinn gegenüber, denn er ist ja durch sein Blockverhältnis genau so Mitschuldiger der Regierungspolitik, wie konservative und National-liberale! Da die Beamten bei der öffentlichen Wahl nicht sozialdemokratisch stimmen können, hätte die Verstrafung der Blockparteien einen Sinn, wenn absolute Wahlenthaltung proklamiert würde. Aber die Beamten sollen, wo

es gegen Polen und Sozialdemokraten geht, die passive Resistenz aufgeben und für die Blockbrüder stimmen!

Die ganze „Antwort“ wäre damit ein Schlag ins Wasser! Ja mehr: es wäre für die Beamten ein Schlag ins eigene Gesicht!

Denn warum sollen den Beamten die bereits 1906 versprochenen Gehaltsaufbesserungen vorenthalten werden?

Weil die Marine- und die Kolonialpolitik nicht nur alle Reichseinnahmen aufzressen, sondern auch noch Hunderte Millionen von Anleihen beanspruchen! Wenn die Ausgaben für Herr, Flotte und Kolonien im Reichsetat für 1908 allein 1560 Millionen betragen, d. h. mehr, als durch sämtliche wirkliche Reichseinnahmen zusammengekommen, kann natürlich von Aufbesserung der Beamtengehälter nicht die Rede sein! Weder im Reich, noch in Preußen! Denn so lange die Reichsfinanzen durch die Einzelstaaten gestützt werden müssen, bedeutet der Reichsdalles auch die Belastung Preußens!

Wer aber stimmte für die neue Marinevorlage, wer bewilligte alle Kolonialforderungen? Nicht nur konservative und Nationalliberale, sondern auch der Freisinn! Ja auch das Zentrum suchte, den Blockparteien in Bewilligungsfreudigkeit für die maritimenischen und kolonialen Ausgaben den Rang abzulaufen!

Die einzige Partei, die diese unsinnige Geldverschwendung, die den Reichsdalles und die Ausgaben, die es verhinderten, die Gehälter der Beamten aufzubessern, bekämpft hat, ist die Sozialdemokratie. Und diese soll von den Beamten bekämpft werden, weil sie, und sie ganz allein, eine Politik vertreten hat, die im Interesse der Beamten lag?! —

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. April 1908.

### Die Durchpfeischung des Vereinsgesetzes.

Als heute im Reichstag die zweite Lesung des Vereinsgesetzes begann, stellte es sich sofort heraus, daß die Blockparteien die Verabredung getroffen hatten, nur beim § 1 des Gesetzes kurze Erklärungen abzugeben, um dann in völliges Schweigen zu versinken, durch Schlußanträge auch die Oppositionsreden nach Möglichkeit zu hindern und alle Verbesserungsanträge abzulehnen. Das hat für die Blockmehrheit den doppelten Vorteil, daß sie das Gesetz mit beschleunigter Geschwindigkeit durch die Beratung durchpfeischen kann und obendrein sich noch der unbequemen Kritik der Opposition entzieht.

Angefihts dieser ebenso feigen wie brutalen Taktik war es eine Leistung von ungewöhnlicher Dreistigkeit, daß der Herr Abgeordnete Müller-Reinigen sich herausnahm, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie spekuliere auf die Unbekanntheit der großen Masse der Bevölkerung mit dem Gesetz. Denn gerade die Blockbrüder suchen ja durch ihre Schweigetaktik und Schlußmachererei es zu verhindern, daß eine gründliche Diskussion volle Klarheit über das Gesetz schafft. Ungenierter kann jemand' also kaum der Wahrheit ins Gesicht schlagen, als es Herr Müller aus Reinigen mit jener Verächtlichkeit getan hat.

Nur bei dem § 1 des Gesetzes kam es so zu einer lebhafteren Auseinandersetzung, die durch Erörterung allgemeiner Gesichtspunkte eine Art Generaldebatte wurde. Namens der Zentrums-partei brachte der Abgeordnete Trimborn die Bedenken gegen das Gesetz vor. Für die Sozialdemokratie sprach Genosse Heine, der von dem Staatssekretär bestimmte Auskunft darüber verlangte, ob die Regierungen auf das Präventivverbot von Versammlungen, wie das in Weimar noch gehandhabt wird, verzichten wollten oder nicht. Eingehend erörterte er die Frage der Zulassung von Ausländern zu Vereinen und Versammlungen, die gegenwärtig in der Praxis meist so gelöst wird, daß Ausländer, die auf Seiten der Sozialdemokratie oder der Gewerkschaften sich betätigen, einfach ausgewiesen werden. Um diesen und anderen Polizeipraktiken entgegenzuwirken, sei die bessere Fassung des § 1, wie sie von der Sozialdemokratie vorgeschlagen werde, notwendig.

Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg lehnte jede Gewährung von Versammlungsrechten an Ausländer ab, verstand sich aber zu der Erklärung, daß Präventivverbote von der Polizei nicht erlassen werden dürften. Dieser Erklärung schloß sich später auf die direkte Provokation des Genossen Legien hin auch der Bundesratsbevollmächtigte für Sachsen-Weimar an.

Von den Blockparteien gaben nur kurz die Herren Hieber und Müller-Reinigen ihre Erklärungen ab, daß ihre Parteien „voll und ganz“ für das Blockfabrikat eintreten wollten und prahlten mächtig mit den großen Erzeugnissen, die das Gesetz dem Volke bringen werde.

Ein Witzwort in das Blockkonzert wurde indes durch den Antisemiten Bindewald gebracht, der für seine Person das Gesetz ablehnte, da es für Hessen unbedingt eine Verschlechterung bedeute. Da Herr Bindewald sich, durch höhnische Zurufe der National-liberalen gereizt, gewaltig in Eifer hineinstürzte und auch die heftigste Regierung angeiff, entspann sich ein heftiger Froch-mäusekrieg, in dem der heftigste Bundesratsbevollmächtigte Reichard und Bindewalds eigener Fraktionskollege Zimmermann gegen Bindewald und Reichard und Zimmermann wieder gegenseitig aufeinander losschlugen.

Genosse Legien wies nach, wie fäulter die Gewerkschaftsbewegung unter dem Fortbestehen der Ausländerdiskriminieren leiden müsse, und führte er den Freisinnigen zu Gemüte, daß sie die Mitschuld trügen, wenn die Gewerkschaften für die Propaganda unter den Hunderttausenden ausländischer Arbeiter nicht die gesetzlich garantierte Freiheit belämen.

Dann erfolgte der Schlußantrag des Blocks, und nach Ablehnung aller Anträge wurde der § 1 in der Kommissionsfassung in namentlicher Abstimmung mit 194 gegen 164 Stimmen angenommen.

Bei den folgenden Paragraphen trat das Schweigegelehnis der Block-Truppisten in Betracht, wenigstens was das öffentliche Neben anbetrifft, denn der Grad ihres Interesses für die Sache ließ sich daran erweisen, daß sich eine Anzahl Block-Nonnenittel im Saale bildeten, die durch lautes Schwören die sozialdemokratischen Debattebetreiber Heine und Legien zu überdönen suchten. Bei den folgenden Paragraphen wurde die Blockguillotine schon nach je einem Redner des Zentrums und der Sozialdemokratie in Bewegung gesetzt. Die Schamlosigkeit des Blocks ging so weit, daß bei dem § 2 den Polen, die ein Amendement dazu eingebracht und deshalb einen Redner gemeldet hatten, das Wort überhaupt abgeschritten wurde. Als der Abgeordnete v. Dziembowski diese Leistung gebührend festnagelte, gab die Opposition durch laute Psuirufe ihr Urteil über die Blocktaktik zu erkennen. Es verdient bemerkt zu werden, daß Herr Müller-Reinigen den Oberwürger bei dieser Debatte nicht aus dem Saal abgab, während als Vorfänger bei dem Triumphegehele Herr Mugdan sich auszeichnete.

Morgen wird es bei dem § 7 (Sprachenzwang) wohl noch heißer hergehen.

### Die Reaktion in beiden Häusern des Landtags.

Das Dreiklassenparlament nahm heute in zweiter Lesung den Entwurf eines neuen Polizeikostengesetzes an, einer der Entwürfe, die die Regierung nach vor Sessionschluß verabschiedet zu sehen wünscht. Es handelt sich dabei um eine Verschärfung der Städte mit königlicher Polizei zugunsten der Staats-kasse. Namentlich Berlin soll wieder einmal tüchtig bluten und die Ausgaben für die Polizeiverwaltung, die bisher 250 M. pro Kopf der Berliner Bevölkerung betragen, werden unter dem neuen Gesetz auf 300 M. steigen. Dabei hat die Kommission noch annähernd 2½ Millionen Kommunalgelder den Pagarinnen des Fiskus entziffen. Fortschrittliche im Rechte der Gemeinden innerhalb der Polizeiverwaltung, in der sie heute bekanntlich nur zu zahlen und gar nichts zu sagen haben, bringt der Entwurf nicht. Gerade deshalb wurde er von allen Parteien des Abgeordnetenhauses mit Ausnahme der Freisinnigen freundlich aufgenommen und bewilligt. Die Wünsche nach fortschrittlicheren Bestimmungen tat man in zwei harmlosen Resolutionen an, von denen die eine die Heber-lassung der Volkspolizei an die Städte, die andere die Heber-nahme der städtischen Polizeibeamten in den Staatsdienst bei einer weiteren Verstaatlichung der Polizei fordert. Morgen soll außer kleineren Vorlagen das Gesetz in dritter Lesung verabschiedet werden.

Das Herrenhaus nahm heute den Gesetzentwurf über die Beschließung neuer staatlicher Kohlenfelder im Oberbergamtsbezirk Dortmund an und erledigte einige Petitionen. Bei der Regierungsvorlage sprach die hohe Versammlung der geborenen Gesetzgeber den dringenden Wunsch aus, man möge sie nicht so oft mit Denkschriften belästigen, die sie doch nicht lesen oder verstehen. Bei den Petitionen gebärdete sich der Danziger Oberbürgermeister Ehlers in seinem Schwärmen für kommunale Biersteuern und Maßregeln gegen die Freizügigkeit so reaktionär, daß selbst die nationalliberale Erzzeugs Hamn sich darüber leise wunderte. Am Montag — bis dahin ruht sich das Herrenhaus aus — sehen auch hier das Polizeikostengesetz und kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

### Rüftet Euch zur Landtagswahl!

Daß unsere Meldung, daß bereits am 4. Juni die Landtagswahlen stattfinden sollen, richtig ist, beweist die uns zugegangene weitere Meldung, daß in Berlin die Auslegung der Wählerlisten vom 26. bis 28. April stattfinden soll. Und zwar am 26. April (einem Sonntag) von 12—5 Uhr, am 27. und 28. April von 12—8 Uhr.

Die Genossen haben also Ursache, säkleunigt alle Vorbereitungen zu treffen, um die Wahlschlacht mit Ehren zu bestehen!

### Von der Produktenbörse.

Ein mit der Praxis der Berliner Produktenbörse genau bekannter Leser schreibt uns:

Zu Ihrer Notiz über die Aufregung an der Berliner Produktenbörse gestatten Sie mir einige Bemerkungen:

Die Drohung, den Verkehr nach Abwidlung der bestehenden Geschäfte einzustellen, wird die Agrarier ganz kalt lassen. Denn erstens hätten sie ja dann ganz einfach und schmerzlos die Befreiung der Produktenbörse erreicht, andererseits können sie ihre Pappeneimer ganz genau und wissen, daß in Geldsachen der Widerstand der Produktenbörse aufhört. — Schon ist auch der Beruhigungsrat an der Arbeit. Dieser, ein neugeborener Kommerzienrat, der im Vorstand der Produktenbörse ist und seine Befähigung dazu dadurch bewiesen hat, daß er vor einigen Wochen einen Wörferberichterstatte durch die Drohung, seine Korrespondenz abzubestellen, zu einer solchen Kuriosität veranlassen wollte, läuft auf der Börse herum und warnt vor lauten Schreien gegen das Kompromiß. Er war beim Handelsminister und dieser soll ihm gesagt haben, die Börse könne ruhig und zufrieden sein, daß ihr nur eine Hand abgeschlagen ist, sonst könnten es noch beide werden. Der Herr Kommerzienrat hat aber auch allen Grund, zur Ruhe zu mahnen. War er doch bei den Reichstagswahlen 1907 der Geldsammler für die Freisinnigen! Und nun dieser Erfolg für die Produktenbörse!

Kurios dabei ist, daß der § 66 des Kompromißantrages vom börsenmäßigen Termingeschäft einzig dasjenige trifft, welches allein vollwirtschaftliche Berechtigung hat: die Arbitrage, d. h. die Deckung für Käufe oder Verkäufe in effektiver Ware. Hierbei beobachtet keiner der Kontrahenten, daß Ware geliefert wird, sondern es ist stillschweigende Voraussetzung, daß nur die Differenz gezahlt wird.

Im übrigen wird unter dem neuen Gesetz genau so weiter spekuliert werden wie unter dem jetzt bestehenden. Heute heißen die Geschäfte „handelsrechtliche Lieferungsgeheäfte“, weil sie auf Grund bestimmter Paragraphen des Handelsgesetzbuches abgeschlossen werden. Sie sind aber reine Termingeschäfte, wenn auch im Schluß-schreiben bestimmte Vorschriften über Nachfriststellung beim Verzuge in der Lieferung usw. stehen. Vor einigen Jahren wollte eine Berliner Firma Hafer liefern. Infolge von Hochwasser kamen ihre Rähne aber nicht zum bestimmten Termin an. Sie verlangte infolge dessen die Einräumung einer Nachfrist. Diese Forderung, die bewilligt werden mußte, erregte damals ungeheure Erregung an der Produktenbörse, weil sie eine Verletzung des bestehenden „Komments“ bedeutete.

Will die Regierung die Spielzeit und das Spekulantentum in Brotgetreide bekämpfen, so gibt es nur ein Mittel, den Deklarationszwang für alle Geschäfte. Er wird von der Berliner Börse bekämpft, weil er jeden Schwindel klar legt, trotzdem er im Staatskommissar, Geheimrat Demptenmacher, einen eifrigen Befürworter hat.

### Blockpläne.

Ein starker Teil des Blocks möchte den Reichstag noch vor Ostern bis zum Herbst vertagt wissen. Der Wunsch ist von der Befürchtung diktiert, daß der Block der Landtagswahlen wegen über Ostern hinaus nicht zusammenhalten wird, daß ein Teil der Rechten dem Hause fern bleiben und die dem Freisinn am Herzen liegenden Gesetze ihrem Schicksal überlassen wird. Und die Blockmehrheit ist nicht so groß — die heutige namentliche Abstimmung weist 194 gegen 164 Stimmen auf. So möchte denn namentlich der Freisinn neben dem Vereinsgesetz auch die Vorfengeseknovelle noch säkleunigt vor Ostern fertigstellen. Die Kommission, die für die erste Lesung solviel Zeit braucht, hat die zweite Lesung heute säkleunigt beendet; schon am Sonnabend soll der Bericht fertiggestellt werden und Montag oder Dienstag soll die Beratung im Plenum beginnen. Man will bis in die Karwoche tagen, um einem Scheitern der Reform in späterer Zeit — das die konservativen Vorfengesekgegner wünschen — vorzubeugen. Ohne Wörferreform wagt der Freisinn nicht vor seine Landtagswähler 1. und 2. Klasse zu treten. Und sie will die Vereinsfreiheit doch auch nicht umsonst verraten haben. —

### Die Ersatzwahl in Norden-Enden.

Bei der heute vorgenommenen Stichwahl zum Reichstags im ersten hannoverschen Wahlkreis sind 21702 Stimmen abgegeben

worden. Davon entfielen auf Fegter (fr. Sp.) 12 087, auf Groeneveld (Dsch.-Soz.) 9015 Stimmen. Fegter ist somit gewählt. Wie ein Vergleich der Stimmzahl in den einzelnen Orten beweist, haben die meisten Nationalliberalen und teilweise auch unsere Genossen für Fegter gestimmt.

**Nationalliberaler Vertretertag.** Die nationalliberalen Blätter melden, werden die Führer der nationalliberalen Partei in Preußen am 25. und 26. April in Klogenburg zusammenzutreten, um zu den preussischen Landtagswahlen Stellung zu nehmen und den Wahlausfall festzustellen.

### Freisinnige Verräterei.

Man schreibt uns aus Solingen:  
Vor einigen Tagen hat eine Versammlung der national-liberalen und freisinnigen Vertrauensmänner des hiesigen Kreises einstimmig beschlossen, die bisherigen Abgeordneten Friedberg-Berlin (natl.), Dr. Gottschalk-Solingen (natl.) und Professor Eichhoff-Kemscheid (fr. Sp.) wieder aufzustellen. Der Freisinn gibt also zwei Mandate an die Nationalliberalen preis und überträgt das andere einem der faulsten Freisinnsmännern, dem Ueberpatrioten Professor Eichhoff. Um diese Ungehörigkeit in ihrer ganzen Bedeutung zu erkennen, muß man sich die hiesigen Verhältnisse etwas genauer ansehen.

Im Landtagswahlkreis Kemscheid-Lenneper-Solingen haben die Freisinnigen einen ziemlich großen Anhang, der in Solingen sich besonders radikal geriert. Als es galt, in den Kampf um das Reichstagswahlrecht für Preußen einzutreten, vertrieben sich die Solinger Sozialliberalen — unter dieser Flagge segeln diese Herren hier — den Landtagsabgeordneten Hoff-Niel. In einer ungeheuer stark besuchten Versammlung wurde eine sehr scharfe Resolution gegen Bülow und für ein freies Wahlrecht angenommen. Auch weiterhin gaben angesehene Solinger Freisinnige immerfort ihren — wie sie sagten — festen Willen kund, nur für solche Kandidaten einzutreten zu wollen, die unentwegt zur Fahne des Reichstagswahlrechts schwören. Noch am 18. März beteiligten sich gegen hundert Freisinnige an unserer Märzfeier; einer ihrer Sprecher versicherte uns, daß seine Parteifreunde in der Frage des Preußenwahlrechts mit uns gehen würden. Wenige Tage vorher noch hatte ein hiesiger Industrieller für die Idee des Generalstreiks propagiert. Und nun dieser schändliche Verrat. Obwohl Eichhoff sich selbst in den Kreisen seiner eigenen Parteifreunde nur sehr geringer Sympathien erfreut, trotzdem die Chancen für ein energisches Vorgehen der Freisinnigen die denkbar günstigsten waren, diese Verräterei. Es wird sich nun eine sehr sonderbare Situation bei den Wahlen ergeben. Unsere Parteigenossen sind bereits mit aller Energie in den Wahlkampf eingetreten — die Kandidaten werden nächstens nominiert —, das Zentrum geht gesondert vor und die „Vereinigten Liberalen“ sehen sich so zwei Fronten gegenüber. Unsere Genossen werden zum mindesten 30–35 Proz. der Wahlmänner durchführen, das Zentrum auch 20–25 Proz., so daß eine Stichwahl ohne weiteres im voraus in Aussicht gestellt werden kann. Nun aber kommt das Verzweifende, daß auch das Zentrum sich mitschuldig machen will an dem Verrat der Volksrechte. Es ist nämlich bereits in der Zentrumspresse erklärt worden, daß die Liberalen auf die Hilfe des Zentrums gegen die Sozialdemokratie rechnen dürfen. Es wird sich also wahrscheinlich hier das Schauspiel entwickeln, daß die unentwegigen Solinger-Kemscheid-Lenneper-Blöckler durch Zentrumsgnade ins Preußenparlament einziehen. Vielleicht aber verrechnen sich doch beide Partner. Die Arbeiterbewegung ist in dem letzten Jahre im hiesigen Bezirke so sehr erkrankt, daß es vielleicht bei entsprechender Führung des Wahlkampfes möglich sein wird, den Liberalen sowohl wie den Zentrumshelden einen kräftigen Strich durch die Rechnung zu machen.

### Wieder ein Schlag gegen die Versammlungsfreiheit in Sachsen.

Wie an vielen anderen Orten, so hatten auch die Arbeiter in Beucha bei Leipzig schwer unter der Saalabtreibererei zu leiden; die Aufklärungsarbeit unter den Steinarbeitern am Orte war dadurch fast unmöglich gemacht worden. Unsere Genossen gründeten deshalb im vorigen Herbst einen Kassenverein, der ihnen ein vor den Eingriffen der Behörden und der Gegner sicheres Heim schaffen sollte. Doch bald erschien die Staatsgewalt auf dem Platze. Das Inventar wurde beschlagnahmt und erst auf Beschwerde wieder freigegeben, um schließlich endgültig beschlagnahmt zu werden, obgleich es Eigentum einer Brauerei war. Gleichzeitig wurden die 12 Vorstandsmitglieder mit einer Anklage wegen Ausübung des Schenkens ohne Konzession (§ 33 der Gewerbeordnung) bedacht und zu Strafen von 15 bis 150 M., insgesamt 1000 M., verurteilt. Dagegen legten Staatsanwalt und Beurteilte Berufung ein, die beide verworfen wurden. Dem Verein sei der Verzicht auf die Hauptfahne gewesen, seine sonstigen Betreibungen seien demgegenüber in den Hintergrund gedrängt worden. Der Verein charakterisierte sich so als Konsumverein, der eine Konzession haben müsse. Mit diesem Urteil ist der Saalabtreiber ein neues Feld eröffnet, wenn nicht noch das Reichsgericht einen Strich durch die Rechnung macht.

### 32 Wahlrechtsdemonstranten vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht in Calbe a. S. fanden am Dienstag 32 Angeklagte die beschuldigt waren, am Sonntag, den 12. Januar an einem nicht genehmigten öffentlichen Aufzug teilgenommen zu haben. Zwei von ihnen, die Genossen Andreusch-Wogeburg und Ritter-Galbe, waren angeklagt, als Leiter und Ordner fungiert zu haben. Die Angeklagten hatten sämtlich gegen Strafbefehle über 9 M. Ritter und Andreusch gegen solche über 30 M. Einspruch erhoben. Die Straftaten sollten sie nach Beendigung der Wahlrechtsversammlung, in der Andreusch referiert hatte, begangen haben, indem sie in geschlossener Zug durch die Stadt marschieren. Der Polizeikommissar Thielfäher sagte als Zeuge aus, daß er vergeblich versucht habe den Zug aufzuhalten. Schließlich habe er die Menge zum Auseinandergehen aufgeföhrt. Als ihm geschienen habe, daß diese Aufforderung nicht genügend beachtet werde, habe er seinen Beamten den Befehl gegeben, blank zu stehen und die Straßen zu säubern. Aus der Verhandlung ging hervor, daß zu solchem Vorgehen gar keine Veranlassung vorlag, denn die Menschenmenge war durchaus ungeordnet und verhielt sich anständig und ruhig. Der Kommissar behauptete ferner, es sei zur Kenntnis der Polizei gekommen, daß für den 12. Januar von den Sozialdemokraten etwas besonderes geplant sei. Näheres darüber auszusagen, verweigerte er unter Berufung auf das Amtsgeheimnis. Der Staatsanwalt beantragte, sieben Angeklagte freizusprechen, da ihnen eine Beteiligung nicht nachgewiesen sei. Im übrigen verlangte er die Bestätigung der Strafmandate. Das Gericht entsprach diesem Antrag mit Ausnahme der über die Genossen Ritter und Andreusch verhängten Strafen, die auf je 100 M. erhöht wurden! In der recht eigenartigen Begründung des Urteils hieß es, daß ein solcher Zug ohne jegliche Aufforderung nicht organisiert werden könne. Es sei nicht nachgewiesen, daß Ritter und Andreusch aufgefordert hätten, aber aufgefordert werden müsse sein. Was liegt näher als die Annahme, daß dies durch Ritter als den Einberufer der Versammlung und Andreusch als den Referenten geschah sei. Sie seien mithin Ordner und Leiter gewesen und als solche zu bestrafen, zumal sie sich an der Spitze des Zuges aufgehalten hätten! —

### Raumann.

Herr Raumann hat nach einigem Schwanken endlich wieder seine politische Ruhelage für die nächsten Wochen erreicht. Das Schwanken dauerte so lange, solange es zweifelhaft war, ob die Majorität der Freisinnigen den Prinzipienverrat beim Vereinsgesetz durchführen können. Nachdem dies sicher ist, geht Raumann beruhigt mit der Majorität. Uns überläßt diese Entscheidung nicht und wir wollen mit Herrn Raumann darüber nicht rechten. Dies mögen jene tun, welche an dem politischen Charakter dieses Mannes einmal geglaubt haben. Herr Raumann befindet sich diesmal ausnahmsweise in feiner Selbsttäuschung und ist sich der Bedeutung seines Schrittes voll bewußt. Denn er schreibt selbst, daß die Herren Barth, Gerlach und Breitscheid nicht mehr in der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft werden bleiben können, eine Auffassung, über die die Müller, Wiemer und Fischel, gewiß sehr erfreut sein werden. Raumann weiß also, daß die ehrlichen und entschiedenen Liberalen nicht mehr bei jener Partei bleiben können, von der er sich nicht trennen will. Er entschuldigt sich damit, daß die Aussichten für eine neue Partei aussichtslos seien; „Raumann Sozialdemokrat sein oder man muß zur Gemeinschaft des Liberalismus halten. Etwas drittes gibt es nicht.“ Das mag schon richtig sein, nur vergißt Herr Raumann hinzu-zusetzen, daß es in Deutschland seit der Verschärfung der freisinnigen Programmsätze in der Blockpolitik keinen Liberalismus mehr gibt. Herr Raumann mag künftighin mit größerer Sicherheit als bisher auf einen Sitz im Parlamente rechnen. Aber auf politische Achtung hat dieser Mann keinen Anspruch mehr.

Die großen Gelehrten der „Nordd. Allgem. Stg.“ haben sich allem Anschein nach über unseren Nachweis ihrer Einseitigkeit demmaßen erregt, daß sie völlig ihre geistige Balance verloren haben, denn sie halten in der letzten Nummer ihres unfehligen Dichtblattes nicht nur ihre Behauptung aufrecht, daß der „Vorwärts“ das Zitat „Hic Rhodus, hic salta“ falsch überföhrt habe, sondern fügen in ihrem Berge noch folgendes unverständliche Gedankenrogout hinzu: „Jetzt soll nicht Marx, sondern gar Hegel schuld daran sein, daß — die „Vorwärts“-Redaktion weder Latein noch Lebensart genug besitzt, um eine falsche Verdeutschung, mit oder ohne Motiv, selbständig zu erkennen, und um dieses endgültig erwiesene Mißgeschick dann ehrlich zuzugeben.“ Es war uns aber eine interessante Feststellung, daß die „Verechnung“ der Sozialdemokratie für Karl Marx nicht einmal so weit reicht, um ihm bei der „Vorwärts“-Lektüre den Verdacht zu ersparen, er habe kein Latein verstanden.“

Selbst Gröber dürfte kaum imstande sein, für diese Gehirn-Paralyse die nötige Bezeichnung zu finden. —

### Pfui! die armen Leute.

Krankes, aber nicht direkt gesundheitsgefährliches Fleisch wird in Augsburg in der sogenannten Freibant dem Verkauf unterstellt. Arme Leute sind die Käufer dieses Fleisches. Im gemeindlichen Unterhaus wurde über ein passendes Verkaufsortal der Freibant beraten. Ein Vorschlag wurde von einem liberalen Stadtvater mit den Worten bekämpft, es sei nicht jedermanns Geschmack, die Freibant gegenüber seinem Ansehen zu haben. Die anderen liberalen Stadtväter, darunter zwei gelbe Arbeiter, stimmten dem zu und erklärten sich für Verlegung der Freibant nach der äußersten Grenze der Stadt. — Den braven Leuten schauderte vor dem „armen Gefindel“, das gezwungen ist, das Fleisch von teilweise tuberkulösen Kühen usw. zu essen!

### Wann in der Militärjustiz die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wird.

Vor dem Oberkriegsgericht in Straßburg stand dieser Tage ein Wachmeister der Saarbürger Ulanen, der gegen das Urteil des Kriegsgerichts, das ihn wegen Unterschlagung anbetrauter Gelder zu zwei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilte, Berufung eingelegt hatte. Es handelte sich um 304,53 M. Quartiergehälter, die der Wachmeister nicht abgeliefert hatte.

In der Verhandlung stellte sich heraus, daß der Eskadronchef dem Angeklagten meist freie Hand gelassen, daß der Angeklagte über seine Korrespondenz kein Buch geführt und überhaupt Briefe geschrieben hat, die eigentlich der Mittmeister hätte schreiben müssen. Als der Angeklagte gefragt wurde, ob er einen Brief an den Bürgermeister als dienstlich oder persönlich betrachtet habe, trat der Verteidiger vor und gab folgende Erklärung ab:

„Mein Klient hat mich gebeten, bei meiner Verteidigung unter keinen Umständen einen Schatten auf seinen Mittmeister fallen zu lassen. Das ist ein schöner Zug bei meinem Klienten, im Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit aber kann ich den Herrn Mittmeister nicht schonen. Die Art und Weise, in der der Eskadronchef des Angeklagten den selben — — —“

Weiter kam der Verteidiger nicht. Die Oeffentlichkeit wurde ausgeschlossen, weil das Gericht annahm, daß die Worte des Verteidigers eine Kritik des Mittmeisters seien und deshalb die militärische Disziplin gefährden könnten.

Wie die Sache weiter verlief, löst sich nicht berichten, da die Oeffentlichkeit nicht wieder hergestellt wurde. Eigentümlich ist es jedenfalls, daß die Oeffentlichkeit bei den Militärgerichten immer dann ausgeschlossen wird, wenn Offiziere ins Kreuzfeuer kommen. —

### An die Adresse der Mugdan, Wiener u. Co.

Der Liberale Verein (freisinnig) in Hamburg hielt am Dienstagabend seine Hauptversammlung und nahm nach einem Vortrag des Dr. Peterion über den Reichsvereinsgesetz - Entwurf folgende Resolution an:

„Der Liberale Verein mißbilligt das Kompromiß über § 7 des Reichsvereinsgesetzes - Entwurfs und gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß alle freiheitlichen Abgeordneten im Reichstage gegen den § 7 in jeder Form stimmen werden.“

„Die Versammlung erklärt, daß sie mit der Adresse Barth, Gerlach und Genossen an die Fraktion der Freisinnigen Vereinigung durchaus einverstanden ist.“

„Die Vertretung wird beauftragt, das Zusammengehen mit den Konservativen aufzugeben, sofern der Sprachenparagraf nicht fallen gelassen wird, und nicht jeder deutsche Staatsangehörige das Recht erhält, in der Versammlung in seiner Muttersprache zu reden.“

Zum bedorfiehenden Parteilage wurde dieser Antrag angenommen:

Der Liberale Verein in Hamburg beantragt: Der Delegiertentag wolle beschließen: „Die Parteilassung wird beauftragt, dahin zu wirken, daß bei kommenden Reichstagswahlen nur solche Herren als Kandidaten für die Partei aufgestellt werden, die Gewähr dafür bieten, daß sie die Frage der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen allen anderen Forderungen und allen tatsächlichen Erwägungen, wie etwa der Rücksichtnahme auf die sogenannte Blockpolitik und die liberale Fraktionsgemeinschaft, vorantstellen.“ —

### Frankreich.

#### Staat und Kirche.

Paris, 2. April. In der gestrigen Senatsitzung wurde die Beratung des Gesetzentwurfs über die Verteilung der Kirchengüter fortgesetzt. Minister Briand wies darauf hin, daß die Regierung dieses Gesetz nur ungern eingebracht habe, aber sie sei durch die Haltung der Meritalen dazu gezwungen worden. Der Minister wies weiter auf die Unverantwortlichkeit der Meritalen hin, die schuld an der jetzigen Lage seien, und lobte unter Beifall des Hauses mit Ausnahme der Rechte den anwesenden Abbe Lemire, welcher bemerkt gewesen sei, die Gegensätze zwischen Staat und Kirche zu überbrücken.

#### Der Lieferungsstand.

Paris, 2. April. Die Untersuchung wegen der Skandale in der Fleischlieferung für die Armee wird mit großer Energie fortgesetzt. Weitere Schuldige sollen bereits erwischt sein. Auch die moralische Verantwortlichkeit gewisser Korpsführer soll ernstlich in Mitleidenschaft gezogen sein. So hat z. B. ein General eine ungläubliche Fahrlässigkeit an den Tag gelegt. Der Unterstaatssekretär für den Krieg hatte den General auf die Mißlieferungen aufmerksam gemacht, von diesem aber die Antwort erhalten, daß die Lieferungen in dem Korps unter den besten Umständen erfolgen. Acht Tage später wurden dann die bekannten Zustände aufgedeckt. Wahrscheinlich wird ein ministerieller Beschluß gegen den General geföhrt werden.

### Italien.

#### Polizeistandale.

Rom, 2. April. In der Kammer wurde gestern die jüngst in einer Gerichtsverhandlung enthaltene Korruption der Polizei in Neapel zur Sprache gebracht. Der Abg. Roni wies darauf hin, daß viele Polizisten gemeinschaftliche Sache mit den Mitgliedern der Camorra machen und Leichen schänden, um denselben die Zutwelen, mit denen sie beerdigt wurden, zu entwenden, und ähnliche Schandtatzen verüben. Der Redner tabelte dann die Feindschaft zwischen den Carabinieri und den Polizisten. Die Polizei tue alles mögliche, damit die Verbrechen der Camorra ungestraft bleiben und gäbe sogar die auszuföhrenden Verbrechen an. Giolitti erwiderte, die Regierung habe alles getan, um die Camorra zu vernichten. Wirkliche Heilung sei nur von der Industrialisierung Neapels zu erwarten, die das Lumpenproletariat beseitigen werde.

#### Ferris Verhaftung vor der Kammer.

Rom, den 31. März. Die Diskussion über die Anwendung des Urteils gegen Rasi ist von einem Teil der Kammer bemitt worden, um die Frage von Ferris Verhaftung wieder vor das Parlament zu bringen. Es wurde ein Vorschlag angenommen, am 2. April über alle schwebenden Anträge zum Strafverfahren oder zur Urteilsvollstreckung gegen Abgeordnete zu diskutieren. Die Antragsteller haben der Regierung einen recht schlechten Dienst erwiesen, denn es ist eine recht lange Liste, über die entschieden werden soll. Da sind die Abgeordneten Scaglione und Baranella, gegen die Strafantrag wegen Wahlbestechung gestellt ist, da ist der edle Abgeordnete von Aversa, Romano, der des Betrugs, der Urkundenfälschung und der Unterschlagung öffentlicher Gelder angeklagt ist, da ist Betroni, der einen persönlichen Feinde in einem Gerichtsgebäude Neapels ins Gesicht geschickt hat. Gegen all diese Herren soll — nach Autorisation der Kammer — Strafverfahren eingeleitet werden. Und in dieser Gesellschaft befindet sich Herr Ferris, der die 14 Monate abzusitzen hat, die ihm seine Kampagne gegen die Mißwirtschaft in der Kriegsmarineverwaltung eingetragen hat. Natürlich ist diese Verwendung bürgerlicher und sozialistischer „Delinquenz“ der Regierung nicht angenehm. Die Betrüger, Wahlmögler und Kollinger sind auf ihrer Seite, während der sozialistische Abgeordnete wegen eines Vergewaltigungsverurteiltes ist, dessen selbstlose und edle Absichten selbst das Gerichtsurteil anerkennt.

Nun sagt man wohl, daß gegenüber dem rechtskräftigen Urteil alle Erwägungen aufhören müssen: das Urteil ist zu vollstrecken. Aber die italienische Verfassung schließt jede Verhaftung eines Abgeordneten bei offener Session aus, ohne ausdrückliche Autorisation des Parlaments. Diese Autorisation ist nur dann nötig, wenn der Verurteilte durch das Urteil der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig geht, wie das im Prozeß Rasi der Fall war. Für Ferris ist eine Autorisation nötig.

Da die Regierung sehr wohl weiß, daß Ferris Verhaftung eine ungeheure propagandistische Wirkung haben würde und allem Gerechtigkeitsgefühl Hohn spricht, wird sie alles tun, um die Diskussion noch einmal aufzuschieben. Und so wird, aller Wahrscheinlichkeit nach, die Kammer noch einmal um die Frage herumgehen, und der rechtskräftig verurteilte Genosse Ferris wird weiter in Freiheit bleiben, damit die Reaktionäre sagen können, er genieße unrechtmäßige Vorteile, während in Wirklichkeit der Regierung der Mut fehlt, das Urteil ihrer Richter zu vollstrecken. —

### England.

#### England in Persien.

London, 1. April. Unterhaus. Wedgwood (liberal) regte in einer Anfrage an die Regierung an, sie möge ihren Einfluß bei der persischen Regierung dahin geltend machen, daß bei den Stellenbesetzungen im persischen Heerwesen innerhalb der englischen Einflusssphäre Engländern der Vorrang gewährt werde. Unterstaatssekretär Runciman erwiderte, die englische Regierung beabsichtige nicht, der persischen Regierung einen Vorschlag zu machen, der darauf hinausläufe, die bestehenden Einrichtungen unzulässig zu ändern. Auf eine weitere Anfrage Wedgwoods, ob dem Auswärtigen Amt eine amtliche Mitteilung darüber zugegangen sei, daß die persische Regierung beabsichtige, die im Heerwesen beschäftigten Belgier durch Deutsche zu ersetzen, gab Runciman die Erklärung ab, daß die Regierung keine derartige Mitteilung erhalten habe, daß aber dem Staatssekretär des Äußeren Gresh von der deutschen Regierung mitgeteilt worden sei, sie wünsche keine Veränderung in der Nationalität der Heerbeamten.

### Türkei.

#### Die mazedonischen Reformen.

London, 1. April. Dem Russischen Bureau zufolge übermittelte der russische Botschafter Graf Bendenorf dem Staatssekretär Gresh eine Note, welche die russischen Vorschläge in betreff Mazedoniens enthält. Es finde ein Meinungsaustrausch statt, der zur Ausarbeitung eines Uebereinkommens führen dürfte, das die Vorschläge beider Länder miteinander verschmilzt. —

### Amerika.

#### Der Konflikt mit Venezuela.

New York, 2. April. Die amerikanische Regierung hat beschlossene Prohibitivzölle gegen alle Waren venezuelanischer Abkunft zu erheben. Diese Maßregel richtet sich gegen den Präsidenten Castro.

### Haiti.

#### Verdächtigungen der Lage.

Paris, 2. April. Wie aus Port-au-Prince berichtet wird, hat sich die Lage dortselbst neuerdings verschlimmert. Zwischen Säwarzen und Mulatten finden fortgesetzt hartnäckige Kämpfe statt. General Gabriel, Sekretär des Präsidenten, will den General Eioen verhaften lassen, welcher wegen seiner Grausamkeit verhaftet ist und in der Nacht vom 13. zum 14. März mehrere Tischgenossen ermorden ließ, nachdem er ihnen vorgespiegelt hatte, mit ihnen für den General Ruzin zu konspirieren. Eine Landung amerikanischer Truppen ist sicher für den Fall, daß das Leben der weißen Bevölkerung bedroht ist.

# Stadtverordneten-Verammlung.

15. Sitzung vom Donnerstag, den 2. April 1908, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Herr Schuler eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Es hat in den Abteilungen eine Wahlenwahl von Ausschüssen stattgefunden: nicht weniger als 6 Ausschüsse und 2 Abordnungen in gemischte Deputationen waren zu wählen. In dem Ausschuss für die Vorberatung der neuen Ortsstatuten wegen Anstellung und Weiterbeförderung der Kommunalbeamten und Lehrer ist die sozialdemokratische Fraktion durch die Stadtverordneten Vornmann, Dupont, Ranasse und Schuber vertreten; der gemischten Deputation zur Vorbereitung der Hundertjahrfeier der Städteordnung gehören die Stadtverordneten Singer und Vornmann an; im Ausschuss für die Vorlage betr. die Unterbringung von Fürsorgeerziehungszöglingen in Mielzahn sitzen die Stadtverordneten Dr. Bernstein, Ranasse, Tollsdorf, Barm.

In die Schuldeputation muß ein Mitglied an Stelle des nicht beschäftigten Stadtv. Singer gewählt werden. Vorge schlagen sind Dr. Isaac (A. L.) und Dr. Ritter (F. F.). Gewählt ist ersterer mit 27 von 53 Stimmen; 25 erhält Ritter; 1 Singer; 26 Zettel sind weiß.

Am 6 Uhr findet die Wahl eines Stadtkauptmanns statt. Herr Ludwig Hoffmann wird mit 77 von 91 Stimmen wiedergewählt; 5 Stimmen fallen auf Stadtkauptmann Lindemann, 1 erhält Stadtv. Vornmann, 8 Zettel sind unbeschrieben.

Stadtv. Nettig (A. L.) hat den Ausschussbericht über den Antrag Arons „den Magistrat aufzufordern, schleunigst Maßnahmen zu ergreifen, um die zurzeit in Berlin herrschende Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu lindern“ erstattet. Die Beschlußfassung der Versammlung über das positive Ergebnis der Ausschussberatungen ist bekanntlich längst erfolgt. Von der Veranstaltung einer Arbeitslosenzählung hat die Mehrheit nichts wissen wollen; auch alle übrigen Anregungen fanden bei der Mehrheit keinen Boden.

Stadtv. Dupont (Soz.): Ich kann heute ehrlich eingestehen, daß ich bei der Beratung unseres Antrages am 30. Januar allzu große Hoffnungen auf Erfüllung unserer Wünsche nicht hatte; aber etwas mehr hätte ich doch erwartet. Die Initiative des Magistrats fand in der Vorlage wegen Abtragung des Müllberges auf dem Stralauer Anger ihren Ausdruck. Im Ausschuss bejahte der Magistrat meine Frage, ob dies die einzige Abhilfe sein sollte. Von den 7-800 000 M. ging nun doch noch der Unternehmensgewinn ab; „ja, das ist nun einmal so“, antwortete man mir im Ausschuss. Die Abtragung des Müllberges hat sich bis in diese Tage hinein verzögert; haben jetzt endlich die Arbeiten begonnen? Unsere weitere dringende Bitte, die Arbeiten in Tagelohn zu vergeben, ist nicht erfüllt worden, sondern die Arbeit ist einem Unternehmer übergeben worden, der schon einmal von der Liste der Submittenten gestrichen worden war, weil er der Stadt starke Projektionen verurteilt hatte. Die Arbeiten werden in Afford statt in Tagelohn vergeben. Dieses Verfahren können wir nicht billigen. Warum haben diese Abweichungen stattgefunden und warum ist gerade dieser Unternehmer beauftragt worden? Sind denn nun auch wirklich schleunigst die von der Versammlung verlangten Anordnungen wegen Beschleunigung der städtischen Bauten ergangen? Die Bautätigkeit zu einer neuen Sitzung einzuladen, hat der Ausschuss leider als nutzlos abgelehnt. Ich will nicht wünschen, daß lediglich ein Versprechen gegeben worden ist. Denn es wird doch nicht angenommen werden, daß die Arbeitslosigkeit schon vorüber ist. Die wirtschaftliche Depression ist so stark in der ganzen Welt, daß es eigenläufig wäre, wenn gerade Deutschland und nur Deutschland davon nicht betroffen wäre. Wir haben unterdessen keine Ursache, besonders schwarz zu malen, weil wir selbst in unseren Kämpfen dadurch geschädigt werden; aber das, was ist, müssen wir feststellen. Ich verwirre auf den Bericht der Berliner Handelskammer; danach befinden wir uns mitten in der rückläufigen Konjunktur. Auch der „Arbeitsmarkt“ des Dr. Jastrow hebt hervor, daß in diesem Februar der

Stand der Arbeitslosen 31 Proz. höher war als im Vorjahr; auch die gesteigerte Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften sei kein gutes Zeichen. Das „Reichs-Arbeitsblatt“ vom März betont gleichfalls, daß die schlechte Konjunktur keineswegs nachgelassen hat, und daß in vielen Betrieben nur beschränkte Arbeitszeit gilt. Zu dem Uebel der absoluten Arbeitslosigkeit gesellt sich also das Uebel der relativen Arbeitslosigkeit, denn von der vorübergehenden, von der Teilzeitarbeit kann ein Arbeiter seine Familie nicht ernähren. (Sehr richtig!) Unser Antrag wollte nicht bloß für den Augenblick, sondern auch für die Zukunft vorsorgen. Wir fanden aber keine Gegenliebe; es heißt, das sei nicht unser Auftrag; man wolle keine soziale Tat tun, sondern nur den Anschein einer solchen nach außen erwecken. Ein Vertreter des Kapitalismus in diesem Saale, der Stadtv. Jacobi, zeigte sich im Ausschuss als Fatalist; der meinte, gegen Arbeitslosigkeit gebe es kein Rezept, das werde so bleiben, so lange die Welt stehe. Herr Jacobi weiß doch genau, daß es solche Rezepte gibt, nur möchte er sie nicht anwenden, weil er fürchtet, das ganze Wirtschaftsgebäude des Kapitalismus bricht darunter zusammen. Da man uns in keiner Weise entgegen gekommen ist, zitiere ich noch die Äußerung eines Stadtrats, der in einem Artikel über den Unterstützungswohnsitz im „Tag“ Anschörungen verfaßt hat, die denen unserer Freunde entsprechen: „Armenpflege überflüssig machen, ist besser als Armenpflege üben“. Genau diesen Standpunkt vertritt unser Antrag. Man sollte den Berufsorganisationen einen Teil ihrer Last abnehmen, hätten wir gebeten; man sollte sich doch mit dem Center System beschäftigen. Berlin könnte doch einmal vorangehen, und der Magistratsrat für eine soziale Tat sich einlegen. In einer ganzen Reihe von Kultur ländern, Frankreich, Dänemark, England behandelt man jetzt die Frage der Unterstützung der Arbeitslosen. In Dänemark zahlen die Kommunen einen Zuschuß neben der staatlichen Unterstützung. In England geben 25 Kommunen Unterstützung bei Arbeitslosigkeit. Die Auffassung unter den Arbeitervertretern in Deutschland über Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung ist nicht die gleiche; Dr. Max Hirsch wandte sich 1894 gegen die Zwangsunterstützung. Wir unterliegen nicht der Regelung durch eine Reichsversicherung für das einzig Richtige. Solange daran in Deutschland und auch in Preußen nicht zu denken ist, müssen die Kommunen diesen Weg beschreiten. Straßburg ist vorangegangen; ob Berlin vorangehen möchte, wollten wir gar nicht behaupten, sondern nur im Ausschuss darüber Erörterung pflegen. Aber es erfolgte ein einfaches Nein und die Ablehnung einer zweiten Beratung! Der Straßburger Versuch hat nach einem unbedeutenden Zeugnis gezeigt, daß die berufsgenossenschaftliche Grundlage dafür die praktikable ist; jeder Vertrag gegen Tarifverträge wird dort als Kündigung angesehen; das städtische Arbeitsamt nimmt einen durchaus neutralen Standpunkt ein; wer nach überstandener Krankheit nicht sofort Arbeit erhält, wird ebenfalls von der Stadt unterstützt, und zwar bis zu 1 M. pro Tag. Auch die Unterstützungen der Berufsorganisationen können doch nur ein Pflichten des Lebens, kein normales Dasein ermöglichen. In meinem Verufe müssen wir jetzt neben einem Wochenbeitrag von 1 M. noch einen Extrabeitrag von 1 M. pro Woche erheben, um unsere Arbeitslosen über Wasser zu halten. (Hört! hört!) Auch für die Ausgeschickerten soll jetzt etwas getan werden. Die neueste Nummer des Nachrichten der Tischlermeister und Holzindustriellen weist nach, daß noch über 3000 Arbeitslose in diesem einen Zweige vorhanden sind. Berufsarbeiter kann man auch nicht einfach mit solchen unqualifizierten Arbeiten wie auf dem Anger beschäftigen; man müßte doch auch Rechnung getragen werden. Ueber die Spezialverhältnisse der Bildhauer hätten wir und gern ebenfalls gründlich im Ausschuss ausgesprochen. Der Magistrat hat nun den Versuch einer tausendfachen Arbeitslosenzählung machen wollen; haben wir baldigst eine Vorlage darüber zu erwarten? Eine augenblickliche Zählung ist abgelehnt worden. Der Berichterstatter nannte die Zahl 40 000;

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil veranw.

genaues ist aber nicht festgestellt worden. Die Gewerkschaftskommission hätte dem Magistrat 24 000 Jähler kostenfrei angeboten; man ging darauf nicht ein, man hat auch in die so ermittelten Riffern kein genügendes Vertrauen haben könne. Erfolgreich ist aber immerhin, daß laufende Zählungen stattfinden sollen. Eine Abänderung der Aufnahme muß stattfinden, da die Krankenlorenziffern deshalb unrichtig sind, weil ein großer Teil der Arbeiter in kleinen Betrieben bis zu 14 Tagen bei Arbeitslosigkeit nicht abgemeldet wird. (Hört! hört!) Dem Herrn unseres Antrages ist also nicht nahegetreten worden; man hat sich an der Oberläche gehalten. Der Berliner Carlsmann meint denn auch: „Bringt nur recht viel Schutz und Müll nach Berlin, damit die Arbeitslosen zu tun haben!“ Folgen Sie doch wenigstens dem Kollegen Nathan, der ja auch die bestehende Arbeitsweise nicht umsitzen (Geisterzeit), sondern die Arbeiterklasse verschonen will. Wir beantragen zunächst, die Materie an den Ausschuss zurückzugeben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtrat Fischeb: Die Bedingungen der Vergabe der Ab-räumung des Müllberges hat die Straßenreinigungskommission zu bestimmen; sie gehören nicht ganz hierher. Die Beratungen darüber sind sofort in Angriff genommen worden. Der Lohn für die Arbeiter wird auf 4-4,50 M. pro Tag sich belaufen. Der schleunige Antrag, den die Versammlung am 13. Februar annahm, ist vom Magistrat am 15. Februar angenommen, und die entsprechenden Weisungen sind an sämtliche Betriebsverwaltungen und Deputa-tionen ergangen; von einigen liegen uns schon Berichte über die Ausführung dieser Beschlüsse vor. Zum Teil hatten schon vorher die betr. Verwaltungen ähnliche Beschlüsse gefaßt, so die Tiefbauverwaltung, die hat 300 Arbeiter 500 Arbeiter beschäftigt. Die Hochbauverwaltung hatte Kredite von 24 Millionen zur Verfügung und ermägt bereits, wie die Arbeitsgelegenheit vermehrt werden kann. Das Anerbieten der Gewerkschaftskommission mußte abgelehnt werden, weil die geplante Art der Aufnahme keine wissenschaftliche werden, weil die geplante Art der Aufnahme keine wissenschaftlich verbürgte, zuverlässige Statistik ergeben könnte, weil jede Kontrolle fehler. Die Deputation für Statistik berät über eine Ausgestaltung ihrer Arbeiten dadurch, daß mit den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen in Verbindung getreten wird. Nach der uns heute zugegangenen Berliner Arbeitsnachweisstatistik des Dr. Freund, scheinen die Dinge doch anzufangen, sich zu bessern. Auch die Krankenlorenziffern weisen eine kleine Zunahme auf.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.): Hat der Ausschuss seine Aufgabe bereits erfüllt? Mir scheint nein. Die Anwendungsmöglichkeit des Center Systems müßte gründlich geprüft werden. Schwierigkeiten sind ja dabei zu überwinden; aber die Unmöglichkeit der praktischen Durchführung ist nicht dargelegt. Für die Arbeitslosenversicherung hat sich auch Dr. Max Hirsch später erklärt. Die Deputation für Statistik hat noch wenig getan. Die Mitwirkung der Arbeiterberufsbereine sollte man nicht ablehnen; man kann doch für jedes Haus noch einen Ehrenzähler für die Kontrolle ernennen und hätte eine billige und doch brauchbare Statistik. Die heute für die An- und Abmeldung bei der Krankenkasse gebrauchten Formulare sind nicht einbeillig; dieser Mangel müßte abgeleitet werden. Der vom Kollegen Dupont erwähnte Hilfsbrauch ließe sich wohl in der Presse bekämpfen und so beseitigen. Uebrigens hat auch Herr Schuppel durchaus bestritten, daß wir es mit einem besonderen Krisenjahr zu tun hätten. Die gute Zeit ist aber einwieilen vorbei. Ich bitte wiederholt, den Ausschuss nochmals mit der Frage zu befaßen. Wir sollen doch vorbeugend wirken.

Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortsz.): Eine wesentliche Klärung der Frage ist immerhin seit dem 30. Januar zu verzeichnen; Stadtrats Fischeb hat heute zugeben müssen, daß damals eine Arbeitslosigkeit bestand, was er damals bestritt. Die Lebensmittelpreise sind im März gegen Februar weiter gestiegen. In normalen Zuständen sind wir noch längst nicht wieder, ob Krisis, ob niedergehende Konjunktur, ist nur ein Streit um Worte. Die Hauptsache ist eine annähernd richtige Arbeitslosenziffer nach Kategorien. Sie zu beschaffen ist nicht leicht, aber auch nicht unmöglich. Die Juridikweisung des Angebots der Gewerkschaften ist nicht zu zweifeln. Von der Mitwirkung der großen Betriebe verpöndle ich mir nicht viel. Eine Kommune wie Berlin muß über diese Frage fortlaufend gut unterrichtet sein. Neben anderen läme auch noch das Stuttgarter System hier in Betracht. Ist der Umfang der Krise erkannt, so muß für Beschäftigung gesorgt werden. Schon sind 2 Monate vergangen, und der Scherbenberg wird noch nicht abgetragen! Damit ist den Arbeitslosen nicht gedient; es zeigt das wieder unsere bürokratische Schwere-fälligkeit. Solche Arbeiten müssen parat gehalten werden. Es handelt sich hier gar nicht bloß um ein Interesse des vierten Standes, sondern auch um die Interessen der bürgerlichen Gesellschaft. Der Liberalismus muß zeigen, daß er auch zu aufbauender Tätigkeit fähig ist. Die bisherige Tätigkeit des Ausschusses war ein Nullum; in einem Nachmittag wurde die schwierige Frage erledigt! Desavouieren Sie ihn, indem Sie die Materie ihm nochmals zur Beratung übergeben! Solche Vorgänge wie diese Ausschussberatung liefern dem Professor Wagner den Stoff zu seinem bekannten Urteil über Berlin!

Stadtv. Brunzlow (A. L.): Ich habe am 30. Januar die Arbeitslosigkeit auf Streiks zurückgeführt. Dem hat Kollege Glode widersprochen, da die Arbeitnehmer gar keine Forderungen aufgestellt hätten. Tatsächlich sind damals von den Holzarbeitern so wohl zehnprozentige Lohnhöhrungen als auch Verkürzung der Arbeitszeit gefordert worden. Auch wurde der obligatorische partiellistische Arbeitsnachweis gefordert, den die Arbeitgeber niemals zu-gestehen können, ebensowenig wie die Abschaffung der Affordarbeit, die schon im Interesse der Kalkulation nicht einbehalten werden kann. Die Zentralkasse des Holzarbeiterverbandes hat im Januar 1907 an die Jahrestellen ein Zirkular erlassen, worin vor leichtfertigen Streiks, wie sie zahlreich im Jahre vorher infiziert worden seien, gewarnt wird. Gegen nochmalige Ausschussberatung habe ich nichts einzuwenden.

Stadtv. Werner (A. L.) behauptet, daß die Steigerung der Arbeitslöhne in den letzten Jahren die Verteuerung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände durch den Posttarif usw. immer noch erheblich übersteigt. Auch sei das Ausnahmestück 1906 als allgemeiner Nachlass ungeeignet. Der radikalsozialistische Minister John Burns sei den Arbeiterforderungen betr. der Sicherung gegen Arbeitslosigkeit in England als zu weitgehend entgegengetreten. Die 25 englischen Kommunen, die solche Maßregeln getroffen hätten, kämen der Gesamtheit der 30 000 englischen Kommunen gegenüber nicht in Betracht; auch die Leistungen nach dem Center System in Belgien und diejenigen in Frankreich und Dänemark seien recht unbedeutend.

Stadtv. Glode (Soz.): Der Koll. Brunzlow hat mir Unrichtigkeiten nachgesagt, die ich in der Sitzung vom 30. Januar vorgebracht haben soll. Die Dinge liegen so, daß wir sowohl die Arbeitgeber den Vertrag geschündigt haben und wir bereit waren, auch ohne Vertrag weiter zu arbeiten, wenn aber ein Vertrag abgeschlossen werden sollte, wir dann auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Verkürzung der Arbeitszeit bestehen würden. Das kann Herr Brunzlow nicht bestreiten. Es wurde und dann auch entgegengehalten: „Ja, das glauben wir schon, daß Sie jetzt nichts fordern, aber wie, wenn eine Hochkonjunktur kommt?“ Die Ausschussberatung ist eingetreten, weil wir erklärt hatten: wir wollen keinen Vertrag, wenn wir keine Verbesserung erhalten; die Unternehmer aber erklärten: „ohne Vertrag wird nicht weiter gearbeitet“. Wenn Herr Brunzlow dann noch einen Gegensatz zwischen mir und dem Kollegen Dupont konstruieren wollte in der Auffassung der Wirkung der Arbeitszeitverkürzung, so ist er auf dem Holzwege, das würde er auch erkennen, wenn er sich mit der Frage genauer beschäftigen wollte. Wenn die Affordarbeit deshalb unentbehrlich sein soll, weil die Arbeitgeber sonst nicht kalkulierbar könnten, so liegt darin doch eine Umkehrung des wirklichen Verhältnisses. Das erwähnte Zirkular läßt nur erkennen, daß wir in der Tat keine Streikhörer sind, sondern daß mögliche Juridikhaltung gelöst werden soll, also auch wieder ein Beweis, daß nicht der Verband, sondern aus-

schließlich die Arbeitgeber an der Ausschüttung Schuld sind. Die großen Summen, welche die Gewerkschaften für Streiks ausgeben, können besser für die Arbeitslosen verwendet werden, meinte Herr Werner. Ja, aber die Ausschüttung von uns auch 2 1/2 Millionen gefordert; da hätten wir viel mehr für Arbeitslose tun können, wenn die Unternehmer die Ausschüttung nicht proboziert hätten. Heute ist die Existenz der Arbeitslosigkeit und der niedergebenden Konjunktur anerkannt worden; der kleine Ausschuss, der sich schon wieder gezeigt haben soll, ist nur Scheinbar.

Stadtv. Dupont: Von Herrn Brunzlow wurde schon in der Ausschussberatung der Versuch gemacht, Vorkommnisse in einer bestimmten Berufsgruppe zum Ausdruck zu bringen, und wäre nicht energisch dagegen Protest erhoben worden, so wären wir dabei hängen geblieben. Auch hätte Herr Brunzlow das sehr gut unterlassen können. Kollege Werner ist wenigstens sachlich auf die wichtigste Frage der Materie eingegangen. In Dänemark wird durch die staatlichen Unterstützungen keineswegs die anderweitige Tätigkeit der Gewerkschaften unterbunden; die Entschädigung wird gezahlt bei „unbeschuldeter“ Arbeitslosigkeit. Wenn man uns Schuppel und Galver als Kränkungen gegen unsere Auffassung vorführt, so wird doch damit nichts bewiesen. Auf eine dauernde Zählungsmaßnahme dürfen wir ja jetzt rechnen. Der Vorwurf, den Stadtrat Fischeb gegen die gewerkschaftlichen Zähler erhebt, könnte auch anderen ehrenamtlichen Zählern, wie bei der Volkszählung usw. gemacht werden. In Ragsburg hat Prof. Silbergleit mit gewerkschaftlichen Zählern sehr gute Arbeit gemacht.

Stadtrat Fischeb: Gegen die Zuverlässigkeit der Zähler habe ich kein Wort gesagt; es würde aber an jeder Kontrolle gefehlt haben, denn die betreffenden männlichen und weiblichen Personen hätten nur die Zettel abgegeben und nach einigen Tagen wieder abgeholt.

An der weiteren Debatte beteiligen sich nochmals die Stadtv. Brunzlow und Werner, der dabei bleibt, daß in Dänemark die Zahlungen nicht geleistet werden dürfen bei Streiks und Ausschüttungen.

Stadtv. Ritter (Soz.) stellt als Mitglied der Gewerkschaftskommission fest, daß dem Stadtrat Fischeb ein Jertum unterlaufen sein muß. Es seien 20 000 männliche Jähler, keine weiblichen dem Magistrat angeboten worden.

Stadtv. Dupont: Herr Werner hat von den gewerkschaftlichen Verhältnissen in Dänemark keine Ahnung, sonst würde er nicht glauben, daß die dänische Arbeiterschaft sich so etwas bieten lassen würde.

Damit schließt die Diskussion. Nach dem Antrag Dupont beschließt die Mehrheit, die Sache im Ausschuss nochmals beraten zu lassen.

Der „Pflasterauschuss“ hat an der Vorlage betr. die Ausbesserung der Rechnungsjahre 1908 neu- und umzupflasternden Straßen und Plätze einige Veränderungen vorgenommen.

Die Vorlage wird nach dem Beschluß des „Pflasterauschusses“ ohne Debatte verabschiedet.

Schluss 9 Uhr.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Einigungsverhandlungen im Baugewerbe.  
München, 2. April. (B. Z. W.) Bei den Tarifverhandlungen im Baugewerbe wurde heute nachmittags eine Einigung erzielt über die Frage der Ueberstunden, die Einteilung der Arbeitszeit und der Affordarbeit. Ueber die Frage der Lohnzahlung und die Höhe des Lohnes wird morgen nachmittags weiterberaten.

Kavalerei!  
Meh, 2. April. (B. Z.) Vor kurzer Zeit wurde gemeldet, daß in Meh ein Leutnant des dort garnisonierenden 4. bayerischen Infanterie-Regiments wegen Betruges verhaftet worden sei. Fast gleichzeitig verlaute mit Bestimmtheit, daß das hiesige Dragoner-Regiment Nr. 9 (weiße Dragoner) verlegt werden soll, und zwar wegen unliebsamer Wechselangelegenheiten zweier Leutnants. Die Verlegung des Regiments dürfte unmittelbar bevorstehen, zumal mit aller Bestimmtheit auftretenden und bisher unüberwunden gebliebenen Angaben zufolge ein weiterer höchst peinlicher Fall das gleiche Regiment betroffen hat. Danach soll in diesen Tagen ein Leutnant des Regiments wegen Wechselfälschung, deren Entdeckung am 1. April als dem Jälligkeitstage unmittelbar bevorstand, ins Ausland gegangen und wegen Fahnenstahl und Wechselfälschung nunmehr flehentlich verfolgt werde.

Ungetreuer Postbeamter.  
Wismarschütte, 2. April. (B. Z.) Mit 17 000 M. amtlichen Geldern ist der Postbeamte Brosel vom hiesigen Postamt verschwunden. Von dem Verschwinden fehlt jede Spur.

Die Schwester erschossen.  
Plegitz, 2. April. (B. Z.) Aus Unvorsichtigkeit erschoss gestern der Fleischermeister Sohn Richter seine neunjährige Schwester Lisbeth. Das Mädchen war sofort tot.

Ueberhäufener Patriotismus.  
Weßbaden, 2. April. (B. Z.) Wegen nächtlicher Unruhe, begangen bei der letzten Kaiser-Geburtstagsfeier im Hotelrestaurant „Burghof“ (es war damals ein Schuhmannsaufgebot von 8 Mann gegen die Aufhänger ins Feld geführt worden), hatten 5 Teilnehmer dieser Feier Strafmandate zu je 10 M. seitens der hiesigen Polizei erhalten. Sie hatten gegen diese Strafmandate Einspruch erhoben, über den heute vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Ein Teilnehmer wurde freigesprochen, bei den vier anderen wurde die Geldstrafe auf je 5 M. herabgesetzt.

## Ein Blutbad.

Rom, 2. April. (B. Z. W.) Heute nachmittags fand hier das Begräbnis eines bei der Arbeit verunglückten Maurers statt, an welchem etwa 1500 Personen und mehrere Vereine mit Fahnen teilnahmen. Als der Zug, vom Spital Consolazione kommend, entgegen den polizeilichen Dispositionen die Balazza Venzivo erreichen wollte, fand er auf dem Wege dahin die Via Plebisidici abgesperrt und suchte nun den Durchgang dadurch zu erzwingen, daß der Leichenwagen gegen den Polizeiforton vorgeschoben wurde. Die Menge bewaffnete sich mit Ziegelsteinen, drängte dem Wagen nach und schleuderte die Steine gegen die Polizei, wobei ein Kommissar und mehrere Agenten verwundet wurden. Es fiel auch ein Schuß, wie der diensttunende Kommissar und mehrere Schüsse verfielen, aus den Reihen der Manifestanten. Als die Polizei sich bedroht sah, wurden auch von ihrer Seite einige Schüsse abgegeben, worauf die Menge sich zerstreute. Zwei Tote und zwölf Verwundete wurden nach dem Hospital Santo Maria Consolazione gebracht.

Die „einige Schüsse“, die die Polizei abgab, scheint ein regelrechtes Salbfeuer gewesen zu sein, denn zwei Tote und zwölf Verwundete bedeuten das Schlachtfeld!

Diamantschleiferausschuss.  
Amsterdam, 2. April. (B. Z. W.) Die in der Diamantschleiferei angestellten Arbeiter haben mit 5001 gegen 390 Stimmen beschlossen, für die Dauer von vier Wochen in den Generalausstand zu treten.

Der unangenehme Posthalter.  
Washington, 2. April. (B. Z. W.) Auf deutsch-amerikanischem Boden. Der Senat hat die Ernennung Hils zum Posthalter in Berlin bestätigt.

Reichstag.

188. Sitzung vom Donnerstag, den 2. April 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Entwurfs eines Vereinsgesetzes.

§ 1 lautet nach den Kommissionsbeschlüssen: „Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln. Dieses Recht unterliegt polizeilich nur den in diesem Gesetz und anderen Reichsgesetzen enthaltenen Beschränkungen.“

Die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Landesrechts finden Anwendung, soweit es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handelt.“

Die Abg. Trimborn und Genossen (3.) beantragen, hinzuzufügen:

„Ausländer können Mitglieder von Vereinen werden und an Versammlungen teilnehmen. Beschränkungen dieser Rechte der Ausländer als Erwidrerung der im Auslande gegen Reichsangehörige angeordneten Beschränkungen bleiben dem Bundesrat vorbehalten.“

Im Falle der Ablehnung dieses Antrages aber hinzuzufügen:

„Ein Verein darf von der Behörde nicht deshalb aufgelöst werden, weil ihm Ausländer als Mitglieder angehören. Wegen Beteiligung von Ausländern darf eine Versammlung durch die Behörde weder verboten, noch in ihrem Verlaufe behindert, noch aufgelöst werden.“

Abg. Brandts u. Gen. (Vole) beantragen, diesen Eventualantrag überhaupt hinzuzufügen.

Abg. Trimborn (3.): Bei § 1 beabsichtigen meine Freunde nicht, eine Generaldebatte herbeizuführen, denn wir wollen unseren ganzen Widerstand auf § 7 konzentrieren. Wir beschränken uns hier auf den Inhalt des § 1, wobei wir anerkennen, daß die Frage der polizeilichen Beschränkungen in der Kommission eine zufriedenstellende Lösung gefunden hat. Nicht genügend gelöst ist dagegen die Frage der Rechte der Ausländer. Deshalb haben wir unseren Zusatzantrag zu § 1 gestellt. Sollte er abgelehnt werden, so muß doch mindestens unser Eventualantrag angenommen werden. Der Staatssekretär hat zwar in der Kommission eine Erklärung abgegeben, die dahin geht, daß in der Praxis nach diesem Antrag verfahren werden soll. Die Erfahrungen aber, die mit der preussischen Polizei gemacht sind, nötigen zur Vorsicht und zur gesetzlichen Festlegung der Befugnisse. (Sehr richtig!) im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Stolberg

teilt mit, daß über § 7 und § 10a namentliche Abstimmung beantragt ist.

Abg. Heine (Soz.):

Die Herren von der Mehrheit, denen wir den Entwurf der Kommission verdanken, stehen ja auf dem Standpunkte, sie hätten eine der größten nationalen und freiheitlichen Taten seit der Gründung des Deutschen Reiches getan, beinahe möchte ich sagen, verdorren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Müller-Meinungen hat den Gegenentwurf eine der größten freiheitlichen Errungenschaften genannt. Daß Sie ihn dafür halten, geht ja wohl auch daraus hervor, daß Sie so große Opfer gebracht haben, um wenigstens das zu erreichen, Opfer des Intellektes und Opfer der Ueberzeugung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), um nicht von ernsthaften Dingen zu sprechen. (Weiterleft.) Wir vermissen nicht, daß der Entwurf auch einige Verbesserungen gegenüber dem bestehenden Zustand bringt, nämlich gegenüber dem bestehenden Zustand in Mecklenburg. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir pflegen allerdings die deutsche Freiheit und die nationale Ehre nicht gerade am Maßstab von Mecklenburg zu messen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir erkennen an, daß auch am Maßstab von Preußen gemessen das Gesetz wenigstens einen wesentlichen Fortschritt zeigt. Herr Müller-Meinungen hat ihn mit den Worten ausgedrückt: Die erste Frucht des Todes ist der deutschen Frau in den Schoß gefallen. Aber das ist auch alles, was wir in dem Gesetz an wesentlichen Fortschritten finden, selbst für Preußen. Im übrigen zeigt das Gesetz eine verhängnisvolle Neigung, die vereins- und versammlungswirtschaftlichen Zustände des ganzen Deutschen Reiches auf das Niveau Preußens zu bringen, kurz gesagt,

alles zu verpreußen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Kommission hat sich dies auch in dem Löwenmüt gezeigt, mit welchem die Re-

gierungsvertreter für die Aufrechterhaltung der polizeilichen Befugnisse gekämpft haben, und zwar mit Erfolg. Das ist auch in den Beschlüssen der Kommission so ziemlich zum Ausdruck gekommen. Nach den Beschlüssen der Kommission heißt es: Dieses Recht, nämlich das Versammlungswirtschaft, unterliegt polizeilich nur den in diesem Gesetz und anderen Gesetzen enthaltenen Beschränkungen. Nach meinem Sprachgefühl ist das geschmacklos und unklar. Würde man sagen, das Recht unterliegt den polizeilichen Beschränkungen, so wäre das zwar auch kein gutes Deutsch, aber doch wenigstens klar. Was es aber bedeuten soll, das Recht unterliegt polizeilich den Beschränkungen, weiß ich nicht. Das muß, glaube ich, schon aus stilistischen Gründen geändert werden. Es genügt aber nicht, die allgemeine Frage der polizeilichen Befugnisse in § 1 zu regeln. Wir haben deshalb wieder beantragt, den § 1 in folgender Weise zu fassen:

„Vereine und Versammlungen aller Art sind nur den Beschränkungen der Reichsgesetze unterworfen. Die geltenden landesrechtlichen Gesetze über Vereine und Versammlungen sind aufgehoben, neue dürfen nicht erlassen werden.“

Anordnungen von Verwaltungsbehörden aller Art, wodurch die Abhaltung von Versammlungen und Vereinssitzungen allgemein oder in einzelnen Fällen verhindert oder beschränkt wird, sind nur nach Maßgabe des Reichsrechts zulässig.

Verfahrende und religiöse Vorträge sowie Zusammenkünfte zum Zwecke körperlicher Ausbildung der Teilnehmer unterliegen nur diesem Gesetz. Soweit der Betrieb eines schulpflichtigen Unterrichts von Personen, die der staatlichen Volksschulpflicht noch nicht genügt haben, vorliegt, unterliegen sie der staatlichen Schulpflicht.“

Wir halten es also für notwendig, allen Verwaltungsbehörden gegenüber die Vereinsfreiheit zu schützen. Denn sonst könnte die Judikatur irgend eine Verwaltungsbehörde für nicht polizeilich erklären, und dann sähen wir mit unserer schönen Definition im Reichsvereinsgesetz auf. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Preußen hat man neuerdings Vorträge wissenschaftlichen oder politischen Charakters für Schulunterricht erklärt, und ihn dann durch die Schulbehörde, nicht durch die Polizei verboten, oder nur durch die Polizei als Beauftragte der Schulbehörde. Das hat dann die preussische Judikatur nicht für eine polizeiliche Verfügung angesehen. Deshalb haben wir in unserem Antrag die Verwaltungsbehörden aufgenommen und um im Schlagsatz noch ausdrücklich gegen die Uebergriffe der staatlichen Schulbehörden gewandt. (Während dieser Ausführungen des Redners ist es auf der Rechten und bei den Nationalliberalen immer lauter geworden, so daß schließlich von Heines Ausführungen gar nichts mehr zu verstehen ist. Unter diesen Umständen spricht der Redner nicht weiter. Laute Zurufe rechts: Hört! hört!) Ich habe nicht die Absicht, Sie zu überschreiten. Dazu ist mir meine Stimme zu schade. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, große anhaltende Unruhe rechts, bei der nun auch keine einzige Silbe des Redners mehr zu hören ist. Schließlich nimmt Abg. Heine sein gesamtes Aktenmaterial unter den Arm und verläßt mit den Worten: „Vor solchen Manieren muß ich von der Reichstagstribüne weichen!“ unter lebhaftem Beifall bei den Sozialdemokraten das Rednerpult.)

Präsident Graf Stolberg: Ich erteile dem Abg. Heine wiederum das Wort. Ich bitte diejenigen Herren, welche dem Redner nicht zuhören wollen, ihre Unterhaltungen draußen zu führen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten, große anhaltende Unruhe rechts.)

Abg. Heine (Soz.):

Da der Herr Präsident so freundlich war, mir wieder das Wort zu geben, werde ich fortfahren. (Lautes Brüllen rechts: Lauter! Lauter!) Ich denke nicht daran, mit Ihnen, die Sie über Hundert sind, um die Worte zu reden. (Gebrüll rechts: Lauter! Lauter! Stürmische oft wiederholte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Geben Sie doch raus! Machen Sie doch, daß Sie hinauskommen!) Ich habe in der Kommission darauf aufmerksam gemacht, daß eine ganze Reihe von Beschränkungen des Vereins- und Versammlungswirtschafts nicht auf vereinseigenschaftlicher Basis beruht. Der Staatssekretär hat darauf erwidert, daß er jeden schikanösen Eingriff in die Vereins- und Versammlungsfreiheit vermeiden, aber nicht jedes polizeiliche Einschreiten gegen Vereine und Versammlungen des Vereinsrechts wegen ausschließen könne. Niemand könne deswegen eine Befreiung von den allgemeinen polizeilichen Bestimmungen verlangen, weil er von seinem Vereins- und Versammlungswirtschafts Gebrauch mache. Ich habe daraufhin im Laufe der Kommissionsberatung wiederholt an den Staatssekretär die Frage ge-

richtet, ob nach seiner Auffassung unter dem neuen Reichsvereinsgesetz die Polizei oder irgend eine Zentralbehörde eines Bundesstaates das Recht haben werde,

Präventivverbote gegen Versammlungen

zu erlassen. Ich habe darauf hingewiesen, daß im Großherzogtum Sachsen-Weimar sozialdemokratische Versammlungen von vornherein auf Grund der allgemeinen Befugnisse der Landesverwaltung, die öffentliche Ruhe und Sicherheit aufrecht zu erhalten, verboten werden. Ich habe auf meine wiederholten Fragen

keine Antwort erhalten.

Weiter habe ich in der Kommission gefragt, ob auch nach dem neuen Reichsvereinsgesetz die Polizeibehörde das Recht haben sollte, Auskunft über die Mitglieder und die Zusammensetzung eines Vereins zu verlangen. Auch darüber habe ich keine Erklärung vom Regierungstische erhalten. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der zweiten Lesung hat der Entwurf in dieser Beziehung eine etwas günstigere Fassung erhalten als früher. Deshalb frage ich heute noch einmal den Staatssekretär, ob nach seiner Auffassung und nach der der Mehrheitspartei, wenn der Entwurf Gesetz wird, solche Präventivverbote wie sie in Sachsen-Weimar üblich waren (Zuruf bei den Polen: In Preußen auch!), nein, in Preußen sind sie unzulässig, möglich sein sollen. Eine bindige Erklärung von möglichst vielen Seiten ist für die künftige Auslegung des Gesetzes von der größten Wichtigkeit. Allgemein ist es natürlich besser, sich nicht auf Erklärungen zu verlassen, sondern die Frage deutlich im Gesetz zu regeln, wie es Absatz 2 und 3 unseres Antrages tun.

Noch einige Worte zu dem vom Abg. Trimborn erörterten Frage. Eine Petition des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften protestiert gerade gegen die Beschränkung der Vereinsfreiheit auf die Reichsangehörigen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie führt aus, daß Hunderttausende fremder Arbeiter in Deutschland beschäftigt seien, daß sie zum Teil ausdrück-

Lohnbrüder

herangezogen würden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und daß die deutsche Arbeiterschaft daher das größte Interesse daran habe, die fremdsprachlichen Arbeiter für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen. In der Kommission ist viel davon geredet worden, ob das Deutsche Reich sich nichts vergebä, wenn es den Ausländern Rechte einräumt. Aber die Ausländer haben ja in Deutschland schon gewisse Rechte. Das Recht auf den Schutz der Gerichte und der Polizei haben sie genau wie die Inländer. Es ist also nichts als eine irreführende Redensart, daß den Ausländern aus fremden polizeilichen Gründen keine Rechte eingeräumt werden dürften. Wir beschränken auch eine schikanöse Handhabung des Gesetzes gegen die Inländer unter dem Vorwand, daß Ausländer an ihren Versammlungen teilnehmen. In Schlesien ist eine Versammlung aufgelöst worden, weil Ausländer an ihr teilnahmen und auf Weisung des überwachenden Postfiskus nicht hinaus gingen. Die Ortspolizei, der Regierungspräsident und der Oberpräsident haben diese Maßregel bestätigt mit der Begründung, daß Ausländer überhaupt keine Rechte hätten, von der Polizei aus dem ganzen Bezirk, also auch aus Versammlungen ausgewiesen werden könnten. (Weiterleft links.) Der Oberpräsident, der diese Entscheidung gefällt hat, ist Mitglied des Hauses. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei ist sie natürlich ganz falsch, denn zwischen der Ausweisung aus dem Staatsgebiet und der aus einer Versammlung ist ein großer Unterschied. Nach dem Grundsatze in majore ro minus (in dem weitergehenden Begriff ist der engere enthalten) könnte man schließlich auch den Ausländer aus seiner Wohnung oder aus seiner Hofe ausweisen. (Große Heiterkeit links.) In Preußen hatten die Ausländer bisher ein Recht darauf, zu Vereinen und zu Versammlungen zusammenzutreten. Erst neuerdings hat die Polizei, nachdem sie es ein halbes Jahrhundert lang geduldet hat, versucht, mit Hilfe der Fremdenpolizei die Versammlungen der Inländer, an denen Ausländer teilnehmen, zu schikanieren. Deshalb wünsche ich, die Beschränkung des § 1 auf Reichsangehörige überhaupt zu streichen; sollte aber unser Antrag abgelehnt werden, so empfehle ich Ihnen den Antrag Brandts. Wir protestieren aber gegen diesen § 1 nicht nur mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Inländer, sondern auch, weil wir die nationale Ehre Deutschlands vor dem Auslande beschützen wollen. (Lautes anhaltendes Lachen rechts.) Sie mögen lachen, so viel Sie wollen, wir sind der Ueberzeugung, daß wir von nationaler Ehre mehr verlieren als Sie. (Lautes Lachen rechts.) Sie mögen noch so laut lachen, Sie mögen noch größere Töne an-

zurütteln sucht, damit er sie in ihrer Rosserade bewundere, gleitet der Körper hart und leblos vom Stuhle auf den Boden. Der Mann hat Bankrott gemacht und sich erschossen. Und als ob es des Grellen damit noch nicht genug wäre, stürmt gleich die Polizei mit einem Befehlsbefehl ins Zimmer und jemand erklärt in einem Tone moralischer Genugtuung: der Tote hat die Bühne selbst an sich vollzogen.

Notizen.

Die Hypnose im Drama. Ludwig Fulda, der bisher alle literarischen Wenden mitmachte, hat in seinem neuesten Drama den Anflug verpasst. Ein Drama im entscheidenden Augenblick durch die Kunst eines Hypnotiseurs entscheiden zu lassen, das ist schon jenseits aller literarischen Wenden. „Der Traum eines Bildhauers“ (vorsichtigerweise mit dem Redentitel einer „Phantastie“) hatte denn auch bei der Uebersetzung im Hamburger Schauspielhaus nur einen mäßigen Erfolg. Ein plötzlich heimkehrender Gatte — das ist der Inhalt — findet zuerst im Traume und dann in der Wirklichkeit, daß er betrogen wird. Ein Freund, der vorsichtigerweise gleich dabei ist, hypnotisiert ihn und suggeriert ihm dann, daß die unliebsame Entdeckung nur ein Traum war.

Der freisinnige Dichter — Schuppatorn. In der für ein Porträt von Vanaußen berechneten Weltreimerei, die Herr Müller-Meinungen mit Herrn Roeren im Reichstage des öfteren zu veranlassen pflegt, wurde auch der samose Dichter Müller von der Werra herbeigeholt. Der wädrere Meininger nahm sich des Dichtergesährten mit Empfindung an und ließ etwas wie Grabrede oder ähnliches fallen, weil die Plänen dieses Trefflichen nicht genügend respektiert würden. Und siehe da: Nicht genug, daß dieser Verfälscher dem Müller-Meinungen als Dichter kongenial ist, er ist auch als Prinzipienwahrer ein echter freisinniger meiningerischer Späte. Zu den Wädreren deutscher Vetterpatrioten an Napoleon, die nach Louis Vabinguetts (alias Napoleons III.) Sturz in den Tuilerien gefunden wurden, hat auch der wädrere Müller von der Werra beigetragen. Er bekam auch eine goldene Schuppatornabacussdose (mit hoffentlich Vorgeb). Daß dieser eade Deutsche und gumnationale Sozialistenbekämpfer aber auch noch kurz vor Siebzig Napoleon anfang und dann nach Württemberg daselbe Opus „König Wilhelm Barbarossa“ weichte, dabei aber im Inhaltverzeichnis den alten Titel stehen ließ, das verrät jemand zur rechten Zeit in der „Frankf. Rtg.“ Diese schnorrende Weiterfahne für sich zu reklamieren, ist ein beinahe genialer Einfall des Müller-Meinungen. Der Werrafränger ist der geborene Schuppatorn der Freisinnigen.

Girardi Heimkehr. Girardi ist nach dem Berliner Festspiel glücklich nach Wien zurückgekehrt. Bei seinem ersten Auftreten als Zimpan im „Zigeunerbaron“ (im Raimund-Theater) wurde er wie ein Sieger gefeiert. Die Wiener wollten den Berliner zeigen, daß sie mindestens so dämlich sind wie diese.

Kleines feuilleton.

Ein modernes Dramenproblem in altgriechischer Fassung. Vor einem Jahr gelang es dem französischen Gelehrten G. Levesbre in Ägypten einen Papyrus mit 1800 Versen des altgriechischen Dichters Menander aufzufinden. Menander († 290 v. Chr.) gehört zu den Dichtern der sogenannten neuen Komödie, die nach Athens politischem Verfall das altgriechische bürgerliche Drama und Sittenlustspiel pflegten. Von seinen Werken ist keines ganz erhalten. Aber die römischen Komödienmacher Plautus und Terenz haben seine Stücke weidlich geplündert. Auch die neuen Funde geben nur Bruchstücke aus vier verschiedenen Dramen Menanders. Das besterhaltene Stück ist die Komödie „Epitrepontes“ („das Schiedsgericht“); es interessiert uns in besonderer Maße, da es, abgesehen von den üblichen Verwickelungen und Vertauschungen, die an die moderne französische Posse erinnern, ein Problem behandelt, das uns sehr modern anmutet. Prof. A. Körte hat im Aprilheft der „Neuen Rundschau“ darauf hingewiesen. Es handelt sich um Charisios, der Pamphile, die Tochter des reichen Smikrines, bei einem Feste verführt und einige Monate später — ohne sie wiederzuerkennen — geheiratet hat. Nach kurzen Hütterwogen macht er eine längere Weile und in seiner Abwesenheit gebiert Pamphile ein Söhnchen, das im Walde ausgelegt wird. Charisios ist außer sich, als er bei seiner Rückkehr dies erfährt; er behält zwar die Frau im Hause bei sich, aber er fängt ein wüßtes Schlemmerleben an. Tag für Tag sucht er durch Gastmähler und Festgelage in Gesellschaft einer Hütterspielerin seinen Nummer zu betäuben. Schließlich wird durch eine Intrige dieser Hütterspielerin Charisios auf den Gedanken gebracht, daß sie selbst die in jener Nacht von ihm Verführte ist und daß sie ihm einen Sohn geboren hat; und nun erscheint ihm sein eigenes Verhalten gegen die Gattin in ganz anderem Lichte. Was hat er ihr denn vorzuwerfen, das er nicht auch getan? Er hat ein Vassardind so gut wie sie, und gewiß ist ihre Schuld geringer gewesen als die seine. Seine Reue wird noch verschärft durch die Standhaftigkeit, mit der sie alle Aufforderungen ihres Vaters, den liebedürftigen Gatten zu verlassen, abgewiesen hat. Die Entschiedenheit, mit der hier, freilich von einem verliebten jungen Mann, die Fehltritte beider Geschlechter gleich bewertet werden, ist vielleicht die größte Ueberschätzung des ganzen Papyrus. Das Motiv von Björnsons „Händschuß“ bei einem griechischen Dichter des vierten Jahrhunderts v. Chr. erklingen zu hören, hätte sicherlich niemand erwartet. Charisios ist völlig verzweifelt und macht sich seinen früheren Zügelstolz bitter zum Vorwurf; damit ist er reif geworden für das erlösende Wort, das ihm Gattin und Kind zugleich besichert, und dieses Wort wird von der Hütterspielerin ausgesprochen. „Es ist eine enge Welt“, so sagt Professor Körte seine Charakteristik zum Schluß zusammen, „in der Menanders Komödie lebt. Von den großen Heilbegehrenheiten, den gewaltigen Kämpfen der Diabologen um das Weltreich Alexanders dringt kaum

**Schlogen (Heiterkeit).** Sie mögen wieder, das ändert an unserer Auffassung nichts. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Kommissionsfassung des § 1 kam jeder Subalterne Schutzmann, jeder untergeordnete Polizeivorgesetzte, wenn ein internationaler wissenschaftlicher Kongress das Unglück hat, unter dem Schutze des preussischen Adlers zu tagen, erklären, daß der Professor Sombold, Mitglied vieler Akademien, in Deutschland nicht reden darf, weil er kein Inländer ist. Schon die Möglichkeit von solchen Vorkommissen, die Deutschland Schande machen müßten, sollte Sie veranlassen, diese Beschränkung des Vereinsrechts aufzuheben. (Zuruf bei den Freisinnigen: § 7) Nein, darum handelt es sich hier nicht, der Ausländer darf in Deutschland künftig nicht mehr reden, auch wenn er deutsch sprechen will. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte Sie daher, die Beschlüsse der Kommission abzulehnen und unsere Anträge anzunehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Ich will heute nur zur Ausländerfrage sprechen. Welches ist bezüglich der Ausländer der gegenwärtige Rechtszustand nach dem einzelstaatlichen Vereinsgesetz? Wir ist kein einzelstaatliches Vereinsgesetz bekannt, das den Ausländern das Vereins- und Versammlungsrecht garantiert. Trotzdem aber beteiligen sich tatsächlich in den Deutschen Reichs Ausländer alle Tage an Versammlungen. Dieser Zustand wird auch nach Inkrafttreten des Vereinsgesetzes bestehen bleiben. Ich verstehe deshalb nicht, daß der Abg. Heine sagen konnte, wenn dieser Entwurf Gesetz würde, dann erst würden wir es erleben, in welcher Weise den Ausländern die Möglichkeit der Teilnahme an Vereinen und Versammlungen beschnitten wird. Es wird gar kein neuer Rechtszustand geschaffen, sondern der gegenwärtig in Preußen bestehende Zustand auf ganz Deutschland ausgedehnt. In einigen wenigen Bundesstaaten gibt es allerdings die Bestimmung, daß nur Angehörige des betreffenden Staates Mitglieder der politischen Vereine werden können. Diese Beschränkung fällt in Zukunft weg. Wir ist auch keine ausländische Gesetzgebung bekannt, die den Ausländern das Vereins- und Versammlungsrecht garantiert und meiner Ansicht nach mit Zug und Recht. Gewiß gibt es eine Menge Vereine geselliger und künstlerischer Art, an denen Ausländer ohne weiteres teilnehmen können. Aber diese Vereine interessieren uns bei diesem Gesetz so facto gar nicht, sondern nur die politischen Vereine und die politischen Versammlungen. Da greife ich es vollkommen, wenn ein Staat, der das Recht der politischen Vereine und Versammlungen regelt, diese Rechte den Ausländern nicht garantiert. Andere Rechte mag man den Ausländern gewähren, aber nicht das Recht, politische Vereine zu bilden. Der Abg. Trimborn sagte, er verfolge mit seinem Antrage praktische Zwecke: einmal wollte er die Inländer in der Ausübung ihres Vereins- und Versammlungsrechtes vor Beeinträchtigungen schützen und außerdem wollte er den Ausländern eine gesetzliche Sicherheit gewähren. Was die Inländer anlangt, so habe ich in der Kommission ausdrücklich erklärt, daß aus der Tatsache, daß an einem Vereine oder einer Versammlung Ausländer teilnehmen, den Inländern in keiner Weise Schwierigkeiten erwachsen würden und auch nicht erwachsen können. (Hört, hört! im Zentrum.) Denn das Vereinsgesetz umgrenzt ja die Befugnisse der Polizeibehörden rücksichtlich ihres Einschreitens gegen Vereine und Versammlungen ganz genau und ich verstehe nicht, wie man begründete Beforgnis haben kann, daß trotzdem die Rechte der Inländer nicht gewahrt werden. Was die Ausländerfrage anlangt, so befindet sich der Abg. Trimborn in einem Irrtum. Gewiß wird kein Staat Ausländer, die an Vereinen und Versammlungen teilnehmen, ohne dadurch diejenigen Pflichten, die ihr Aufenthalt in einem fremden Staate ihnen auferlegt, deswegen schanieren. Wenn aber der Abg. Trimborn den Ausländern dieses Recht ausdrücklich garantieren will, dann beschwört er die Gefahr heraus, daß ein Staat Ausländern gegenüber, welche sich ungesetzlich benehmen, schnell zu dem allerhöchsten Mittel, dem Mittel der Ausweisung greifen muß und das möchten wir doch verhüten wissen. Dann hat der Abgeordnete Heine mich provoziert auf eine Erklärung über das Präventivverbot. Er hat gesagt, ich sei dieser Erklärung in der Kommission aus dem Wege gegangen. Die Mitglieder der Kommission werden mir bestätigen, daß das Gegenteil richtig ist. Ich will aber meine Erklärung hier wiederholen. Ebenso wenig wie in Preußen heute ein Präventivverbot zulässig ist, wird das künftig in Deutschland der Fall sein. Das Oberverwaltungsgericht hat ausdrücklich die Unzulässigkeit des Präventivverbotes festgestellt, weil im preussischen Gesetz davon nichts steht. Genau derselbe Zustand wird künftig im Reich bestehen. Ich hoffe, daß diese Erklärung klar und unabweisbar ist. (Beifall beim Bloß.)

Abg. Dr. Hieber (nall.): Der Abgeordnete Heine behauptet, das Gesetz bringe fast gar keine Fortschritte. Aber der Prof. Labandt, auf den er sich berufen, nennt den Entwurf freisinnlicher als irgend eines der in Deutschland bestehenden Vereinsgesetze. Herrn Trimborn bemerke ich, daß der von ihm zitierte Professor Franke den Entwurf als einen sozialpolitischen Fortschritt und eine nationale Tat begrüßt.

Abg. Dr. Müller-Weinigen (fr. Op.): Ich beschränke mich auf die Erklärung, daß wir an der Kommissionsfassung des Gesetzes festhalten und alle Änderungsanträge ablehnen, so sympathisch sie und auch im einzelnen sind. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Weil sonst das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet wäre. Diese Verantwortung wollen wir nicht übernehmen; denn trotz des Sprachparagrafen und des Verbotes für Jugendliche in § 10a enthält das Gesetz sehr wesentliche Fortschritte. (Zustimmung bei den Freisinnigen. Lebhafter Widerspruch im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Sie haben doch die Regierungsvorlage als einen Fortschritt bezeichnet (Sehr richtig! bei den Freisinnigen), wir haben sie noch verbessert, weshalb also bekämpfen Sie uns so leidenschaftlich? Nichts ist leichter als sich hinter dem Schilde der vollen und ganzen Unentwegtheit aufzustellen. Auch einer der Ihrigen hat Ihnen einmal zugeworfen: „das Prinzip hoch halten kann jeder, der nichts gelernt hat, dazu gehört nichts.“ Auch wir jubeln nicht über das Gesetz, auch sind beklüßelt die gegenwärtige Fassung nicht; da es aber einen sehr wesentlichen Fortschritt bedeutet (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten), wäre sein Scheitern eine unverantwortliche Torheit. Deshalb müssen wir wünschen und verlangen, daß der Gesetzesentwurf möglichst rasch zur Annahme kommt. (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen. Starker Widerspruch bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Abg. Graf (wirtsch. Bgg.) beantwortet die unveränderte Annahme des § 1 nach den Beschlüssen der Kommission. Im Interesse der heimischen Arbeiter hätten wir gern eine Ausdehnung der Versammlungsfreiheit gesehen, aber wir halten an dem Kompromiß fest und lehnen alle Änderungsanträge ab.

Abg. Breßk (Vole): Das Vereinsgesetz entspricht in seinem Wortlaut genau der kleinen Umschreibung von 1897. Gewiß sind auch wir für eine reichsgesetzliche Regelung der ganzen Materie, auch der Rechte der Ausländer. Es ist aber nicht wahr, daß der gegenwärtige Zustand für die Ausländer erträglich sei und deshalb zum künftigen Zustand gemacht werden könne. Die preussische Polizeipraxis schikaniert täglich Ausländer, nur weil sie an politischen Versammlungen teilnehmen. (Hört! hört! bei den Polen.) Es ist ferner nicht wahr, daß es in Preußen keine Präventivverbote gibt. Ich kante zahlreiche solche Verbote ansprechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und bei den Polen.) Man sollte ruhig Verbesserungen an dem Entwurf vornehmen, denn wir glauben nicht, daß die Regierung das Gesetz an Gefährlichkeit weitern lassen wird.

Abg. Bindewald (Reformp.) tritt für die ursprüngliche Fassung des Regierungsentwurfs ein, die den Vorzug der Einfachheit und Klarheit hat. Ich kann mich nicht damit befremden, daß freisinnliche Bestimmungen, die sich jahrzehntlang in einzelnen Bundesstaaten bewährt haben, durch ein Gesetz ersetzt werden, das polizeilichen Schikanen Tür und Tor öffnet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Es ist ungerecht, bestehende Freiheiten zu verkümmern. Ich spreche allerdings nicht für meine Fraktion, sondern ich spreche als Hesse gegen das Gesetz. Mit einer Minderung der vereinseigentlichen Freiheiten in meiner heftigen Debatte kann ich mich nicht einverstanden erklären und werde deshalb gegen das Gesetz stimmen. (Unruhe bei den Freisinnigen, Bravo! bei den Sozialdemokraten.) In § 3 des Gesetzes . . .

Vizepräsident Dr. Paasche: Wir sind in der Spezialberatung von § 1.

Abg. Bindewald (fortfahrend): Die Dinge hängen zusammen, und Graf Stolberg hat den anderen Rednern das Eingehen auf diese Dinge gestattet. Also bei den Bestimmungen über die Notwendigkeit des Anmeldens von Versammlungen (Zürn bei den Freisinnigen und Aufse: § 1) hat die Kommission in § 3 hinzugefügt, daß „öffentliche“ Versammlungen einer Anzeige nicht bedürfen, und daß die Erfordernisse der Bekanntmachung die Landeszentralbehörde bestimmt. Das kann dazu führen, daß in einzelnen Bundesstaaten als Erfordernis der Öffentlichkeit die Bekanntmachung im Kreisblatt bestimmt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ueber § 7 mag man sagen was man will, in der ursprünglichen Fassung war er wenigstens klar. Wenn er Gesetz wird, kann man nicht mehr von einem Rechtsstaat sprechen; denn er stellt ein Ausnahmegesetz gegen die Polen dar, ohne daß man das doch gerade heraus zu sagen magt. (Zürn bei den Freisinnigen, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem könnte ich, um dem Bloß entgegenzukommen, bei milder Handhabung der Bestimmungen für den § 7 stimmen, aber das Vereinsgesetz als solches kann ich nicht annehmen. (Zürn, Lachen und ironisches Bravo!) Was ist da zu lachen? Das Gesetz geht mir freisinnlich in keiner Weise weit genug. Unsere Zustände nicht zu verschleiern, sind wir den Männern von 1848 schuldig. (Ärmliche Unterbrechungen im Bloß); damals sah sich der Großherzog von Hessen genötigt, zu erklären, daß die Hessen sich frei versammeln können, ohne jede polizeiliche Überwachung. (Andauernde Unruhe bei den Freisinnigen.) Die zweite heftige Kammer, der auch der national-liberale Regierungsrat Haas angehört, hat einstimmig den Beschluß gefaßt, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat gegen das Gesetz zu stimmen. (Zürn bei den Radl. und Freil.) Ich weis also, daß meine Bestimmung von dem größten Teile der heftigen Bevölkerung geteilt wird. Dieses Gesetz würde uns nicht vorwärts, sondern rückwärts bringen. (Zustimmung im Zentrum und bei den Sozialdemokraten, andauernde Unruhe bei den Freisinnigen und Nationalliberalen.) Wägen die Nationalliberalen dafür sorgen, daß der Herr Regierungsrat Haas hier bei den namentlichen Bestimmungen zugegen ist. (Zürn bei den Liberalen, worunter die nächsten Worte des Redners verloren gehen.)

Heftiger Bundesratsbevollmächtigter Regierungsrat Dr. v. Reichardt: Hessen hat kein Bedürfnis nach Aenderung der gesetzlichen Zustände auf dem vereinseigentlichen Gebiete; aber in nächster Zeit auf die Schaffung eines einheitlichen Vereinsrechtes für ganz Deutschland hat die heftige Regierung im Bundesrat für den Entwurf gestimmt. Uebrigens möchte ich doch betonen, daß man auch in Hessen auf Grund der bestehenden Gesetze und Verordnungen die Versammlungen sehr beschränkt kann.

Abg. Trimborn (Z.): Der Herr Staatssekretär hat erklärt, nichts seien im Vereinsgesetz Ausländer einbezogen. Das stimmt nicht. Das braunschweigische Gesetz spricht von Landeseinwohnern, und das können auch Ausländer sein. Und in Schwarzburg-Sondershausen (Stürmische Heiterkeit) heißt es: jedermann hat das Recht usw. Also sind dort Ausländer ausdrücklich eingeschlossen. Weiter hat der Staatssekretär gesagt, wenn den Ausländern das Recht, an den Vereinen teilzunehmen, ausdrücklich zugesprochen würde, so würde man gegen ungesetzliche Ausländer stets sofort mit der scharfen Waffregel der Ausweisung vorgehen, diese Folgerung ist aber keineswegs nötig. (Zustimmung im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Ich will die Herren nur bitten, die hier so zahlreich und schon um mich herumstehen, daß sie unsere Anträge annehmen. (Heiterkeit und Bravo! im Zentrum.)

Abg. Legien (Soz.):

Das neue Vereinsgesetz enthält irgendeine Bestimmung über ein Präventivverbot nicht. Preußen hat das Präventivverbot, und es würde infolgedessen nach diesem Entwurf auch im ganzen Reich gelten. Im Großherzogtum Sachsen-Weimar hat das Präventivverbot nicht bestanden, trotzdem hat die Polizeibehörde sich das Recht herausgenommen, solche Verbote zu erlassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte den Vertreter von Sachsen-Weimar fragen, ob die Polizeibehörde das auch in Zukunft tun wird. Keine Antwort haben wir auf die Frage erhalten, ob die Polizei auch in Zukunft das Recht haben soll, von den Vereinen Auskunft über die Mitglieder zu fordern. In Preußen war das bisher zulässig, die Polizei hat sich aber niemals auf die Bestimmung des Vereinsgesetzes gestützt, sondern auf ihre allgemeinen Befugnisse. Die Bestimmung bezüglich der Ausländer, sagt der Staatssekretär, sei nicht von weittragender Bedeutung, denn sie beziehe sich nur auf politische Vereine und Versammlungen. In unserer Judikatur stehen aber öffentliche und politische Angelegenheiten ineinander; der höchste preussische Gerichtshof sagte in einem Urteil über gewerkschaftliche Angelegenheiten: zu politischen Gegenständen im Sinne des Vereinsgesetzes gehören auch solche, welche die Sozialpolitik betreffen, insbesondere die Arbeitszeit. Wir müssen deshalb in diesem Gesetz eine Definition geben, was politische Angelegenheiten sind. Und das wollen wir mit unseren Anträgen. Der Staatssekretär sagt, die Gewerkschaften sollen nicht unter dieses Gesetz fallen. Warum wollen Sie aber dann unsere Anträge nicht annehmen? Wenn Streikbrecher in großer Zahl ins Land kommen, sind wir genötigt, Ausländer kommen zu lassen, die ihre Landleute durch Vorträge in Versammlungen aufklären, um sie vom Streikbruch abzuhalten. Wir haben es aber erlebt, daß die Polizeibehörde solchen Ausländern erklärt hat: Wenn du in der Versammlung sprichst, wirst du ausgewiesen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie das nicht wollen, Herr Staatssekretär, warum weigern Sie sich dann, eine Bestimmung zu treffen, durch welche den Ausländern der Zutritt zu Vereinen freigegeben wird. Wollen Sie es aber, so besteht die Pflicht, den

Großunternehmern einen Dienst zu erweisen,

Streikbrecher für sie heranzuziehen und uns die Möglichkeit zu nehmen, die Ausländer vom Streikbruch abzuhalten. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alles das trifft auch für Sie zu (zu den Freisinnigen). Sie dokumentieren, wenn Sie unsere Anträge ablehnen, daß Sie weit davon entfernt sind, die Interessen der deutschen Arbeiter vertreten zu wollen. (Widerstand bei den Freisinnigen, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Hieber sagte, auch im Auslande haben Angehörige einer fremden Nation nicht das Recht, politischen Vereinen anzugehören. Das ist nicht richtig. In Frankreich dürfen sie lediglich nicht Vorstandsmitglieder sein. Schließlich ist aber für uns nicht das Ausland maßgebend, sondern entscheidend sind die Verhältnisse in Deutschland. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.) Und wir haben uns durch die Praxis zu unseren Anträgen gezwungen gesehen, weil man den ausländischen Arbeiter aus unseren gewerkschaftlichen Organisationen fernhalten und den Unternehmern entgegenkommen will. Mamentlich haben die Verhandlungen der Kommission und gezeigt, daß diese Gefahr für unsere wirtschaftlichen Organisationen besteht. Entscheidend ist, daß man es im Ausland, trotzdem dort eine solche Bestimmung nicht vorhanden ist, als selbstverständlich ansieht, daß dort Angehörige anderer Nationen Mitglieder der Organisationen sind und an den Versammlungen teilnehmen. Die Praxis geht dort dahin, dem Ausländer dasselbe Recht einzuräumen wie dem Inländer. Bei uns in Deutschland dagegen ist das nicht der Fall. Hier haben wir die Praxis, den Ausländern die Teilnahme zu erschweren.

Weil wir diese Praxis für die Zukunft verhindern wollen, müssen wir bestimmte Bedingungen schaffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun erklärt Herr Müller-Weinigen, seine Fraktion werde gegen alle Änderungsanträge stimmen, weil die Regierung erklärt habe, diese Anträge seien unannehmbar. Wenn man von diesem Gesichtspunkt ausgeht, so ist der

Reichstag eigentlich überflüssig.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn alles, was für die Regierung unannehmbar ist, auch für den Reichstag unannehmbar sein soll, wozu brauchen wir dann diesen zweiten Faktor der Gesetzgebung? Von solchen Gesichtspunkten dürfen wir nicht ausgehen. Der Reichstag hat ein Recht zur Mitbestimmung bei den Gesetzen, und wenn die Regierung eine Bestimmung für unannehmbar erklärt, warum soll man dann das Gesetz nicht lieber fallen lassen und noch einige Jahre warten? (Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Widerspruch bei den Freisinnigen.) Es ist nur die Frage einer sehr kurzen Zeit, daß ein Kreisvereinsgesetz kommt. (Sehr richtig! bei den Soz., Widerspruch bei den Freisinnigen.) Denn der heutige Zustand ist nicht aufrechtzuerhalten. Man sieht eben hieran nur, wie weit die Freisinnigen nach rechts gerückt sind. Die Praxis der Rechte war es immer, wenn es sich um Volksrechte handelte, alles anzunehmen, was die Regierung verlangte, weil es schon reaktionär genug war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie (zu den Freisinnigen) als Volksvertreter aber sollten zur Regierung sagen: Wenn euch unannehmbar ist, was wir vorschlagen, so ist auch für uns unannehmbar, was ihr vorschlagt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Statt dessen

geben Sie alle liberalen Grundzüge preis,

blöß um das Gesetz zu stande zu bringen, und räumen es dann als eine Frucht der liberalen Aera, als Frucht der Blockpolitik! Herr Müller-Weinigen erklärte, der Entwurf habe in der Kommission eine sehr weitgehende Verbesserung erfahren. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich verstehe nicht, wie es zu einer solchen Erklärung kommen kann. Ist vielleicht der § 10a, der das Verbot der Teilnahme der Jugendlichen an politischen Vereinen und Versammlungen enthält, eine solche Verbesserung? (Aufse rechts: Ja!) Diese Bestimmung geht noch über die reaktionäre Verordnung von 1850 hinaus, und die Liberalen bringen sie in das Gesetz hinein, obwohl die Regierung hier bei der ersten Lesung erklärt hat, sie könne darauf verzichten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was bringt denn die Vorlage überhaupt an Verbesserungen des bestehenden Zustandes? Die Teilnahme der Frauen an politischen Vereinen und Versammlungen, ein Verbot, das schon lange nicht mehr aufrecht zu erhalten war, ich erinnere nur an den bekannten Segmente laß des preussischen Ministers des Innern. Weiter bringt das Gesetz Befreiung der Vereine von der Verpflichtung, Mitgliederlisten an die Polizei einzureichen. Aber auch das will nichts befragen, denn was will die Polizei mit dem vielen Papier machen? Ferner fällt die Überwachungsmaßnahme der Mitgliederversammlungen fort. Nun, praktisch war die Überwachung längst nicht mehr möglich und durchführbar, schon aus dem Grunde, weil nicht genügend Beamte vorhanden sind. Diesen sogenannten Verbesserungen stehen aber sehr

erhebliche Verschlechterungen

gegenüber. Unsere Anträge zu § 1 stützen sich auf unsere langjährigen Erfahrungen. Wir bitten Sie, sie anzunehmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Die Frage, wie die Polizei sich im einzelnen verhalten soll, kann nur mit den allgemeinen Grundätzen des Vereinsgesetzes beantwortet werden. Und diese allgemeinen Grundätze bestimmen, daß die Landesgesetzgebung ausgeschloffen ist, soweit sie nicht ausdrücklich aufrecht erhalten ist. — Auf die Frage, ob die Polizei in Zukunft das Recht haben soll, Mitgliederlisten von politischen Vereinen einzufordern, erwidere ich, daß dies nach dem vorliegenden Entwurf nicht zulässig ist.

Abg. Zimmermann (Reformp.) legt Protest gegen die Behauptung des heftigen Bundesratsbevollmächtigten ein, daß die antisemitische Bewegung in Hessen Ausführungen begangen habe. Wenn Ausschreitungen vorgekommen sein sollten, so waren sie provoziert durch das übermäßige und das Volk aufwühlende Judentum. (Heiterkeit links.) Wenn in einer Versammlung das Wort Jude fiel, so wurde sie sofort aufgelöst. (Lachen links.) Bauernseife wurden damals verboten, während man den Sozialdemokraten Unmähge in Offenbach gestattete. (Stürmische Heiterkeit links.) Herr Bindewald hat nur für seine Person gesprochen; die Mehrzahl meiner Partei wird für das Vereinsgesetz stimmen. (Heiterkeit.)

Großherzoglich heftiger Bundesratsbevollmächtigter Reichardt: Herr Zimmermann hatte es damals in der Hand, die Bewegung im Jügel zu halten. (Zuruf: Haben wir getan.)

Damit schließt die Diskussion.

Fernöstlich bemerkt Abg. Heine (Soz.), daß der Oberpräsident, von dem er vorhin gesprochen habe, nicht Mitglied dieses Hauses sei.

In der Abstimmung wird der Antrag Albrecht gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt werden mit den Stimmen des Bloß die Anträge Trimborn und Brandys. Die Abstimmung über den § 1 in der Kommissionsfassung ist eine namentliche. Sie ergibt die Annahme des Paragrafen mit 124 gegen 104 Stimmen.

Es folgt die Beratung des § 1a.

§ 1a lautet in der Kommissionsfassung: „Ein Verein, dessen Zweck die Strafgesetze zu widerläufig, kann aufgelöst werden. Die Auflösungsverfügung kann im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens und, wo ein solches nicht besteht, im Wege des Rekurses nach Maßgabe der Vorschriften der §§ 20 und 21 der Gewerbeordnung angefochten werden. Die endgültige Auflösung eines Vereins ist öffentlich bekannt zu machen.“

Die Abg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragen, dem § 1a folgende Fassung zu geben: „Ein Verein, dessen Zweck die Strafgesetze zu widerläufig, kann aufgelöst werden. Aufklösungen von Vereinen können durch Beschwerde an die vorgelegte Behörde angefochten werden. Die Frist zur Beschwerde beträgt 14 Tage und ist von der Zustellung des Beschlusses an zu berechnen. Gegen die Entscheidung in der Beschwerdebekanz kann der Beschwerdeführer innerhalb zwei Wochen nach seiner Wahl die Verwaltungsbeschwerde oder die Klage erheben. In Staaten, in denen ein Verwaltungsgerichtsverfahren besteht, finden auf die Beschwerde und die Klage die Vorschriften über das Verwaltungsgerichtsverfahren Anwendung. Als oberstes Verwaltungsgericht zu gelangen, das aus unabhängigen richterlichen Beamten besteht und an denen Mitglieder der Verwaltungsbehörden nicht teilnehmen dürfen. Wo kein solches Verwaltungsgerichtsverfahren besteht, ist die Klage bei der Zivilkammer des Landgerichts zu erheben, gegen deren Entscheidung der Kläger Berufung an das Oberlandesgericht einlegen kann. Gegen das Urteil des Oberlandesgerichts steht dem Kläger die Revision an das Reichsgericht ohne Rücksicht auf die Höhe des festgesetzten Streitwertes zu. Die Bestimmungen des Gerichtsverfahrgesetzes und der Zivilprozessordnung finden auf dies Verfahren Anwendung. Die Verwaltungsgerichte und Zivilgerichte sind in keiner Weise an die Entscheidungen der Verwaltungsbehörden gebunden.“

§ 1a lautet: „Auf die Ansetzung der Auflösung einer Versammlung finden die Vorschriften des § 1a Anwendung.“

Abg. Heine (Soz.):

Wenn wir die §§ 1a und 1b gemeinsam behandeln, so soll unser Antrag natürlich ohne weiteres auch den Rechtsweg gegen die Auflösung von Versammlungen regeln. Unser Antrag hat folgenden Zweck: Nach den Kommissionsbeschlüssen soll für Auflösung von Versammlungen und Vereinen ein Rechtsweg eingeführt werden. In Preußen haben wir dafür die Verwaltungsbeschwerde und die

Moge im Verwaltungsstreitverfahren. Andere Bundesstaaten haben kein Verwaltungsstreitverfahren, und da hat sich die Kommission dadurch geholfen, daß sie den Rechtsweg der Gewerkschaften, das Rekursverfahren in Konzeptionsangelegenheiten hierauf ausdehnt. Aber diese Form genügt uns nicht, sie läßt den Landesgesetzen hinsichtlich der Einrichtung der Richterkollegien und des Instanzenganges viel zu viel Freiheit. Wir wünschen alle Fälle in der obersten Instanz durch ein oberstes Verwaltungsgericht beurteilt zu sehen, das mit unabhängigen richterlichen Beamten besetzt ist und an dem Mitglieder der Verwaltungsbehörden nicht teilnehmen. (Die folgenden Ausführungen des Redners gehen im Lärm der Reden vollständig verloren. Schließlich ruft die Rechte wieder: Lauter! Lauter!) Ich spreche so laut, daß mich jeder verstehen kann (Widerspruch rechts), wenn es still ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe die Erfahrung gemacht, daß es in diesem Hause manchen Mitgliedern geht wie den Konarziendögeln: Je lauter man spricht, desto mehr schreien Sie auch! (Große Heiterkeit.) Meine Stimme soll in diesen Tagen noch manches aushalten, und ich kann sie nicht deswegen strapazieren, weil Sie so unhöflich sind, sich laut zu unterhalten. Wenn die Mehrheit so geschlossen ist wie bei der letzten Abstimmung und auch noch so gut begründete Anträge ablehnt, so sollte sie doch wenigstens nicht so unhöflich sein, mit dem Redner noch zu diskutieren. Das verlangt die Kollegialität und der Anstand. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gestatten Sie mir nun, daß ich zur Sache zurückkehre. (Heiterkeit.) Jetzt ist in manchen Bundesstaaten das Ministerium die letzte Instanz. Da können wir ein objektives Urteil nicht erwarten, denn es ist

#### Richter in eigener Sache.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen ferner verhindern, daß die Gerichte sich an die Zweidrittelentscheidungen der Verwaltungsbehörden gebunden glauben und sich in ihrem Urteil ausschließlich auf die Formalien beschränken. Es besteht bei der Verwaltungsjustiz und bei der Justiz auch ein eigentümliches Revolutionsprinzip, die Entscheidung möglichst auf eine andere Behörde abzugeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich würde daher nicht, was ich gegen unseren Antrag einwenden freye, sei es vom liberalen, sei es vom konservativen Standpunkt. Lehnen Sie unseren Antrag ab, so tun Sie es nur, weil er von gegnerischer Seite kommt. Uns aber erscheint er besonders notwendig, um den letzten Erklärungen des Staatssekretärs über die Grenzen des Vereinsrechts und des sonstigen Polizeirechts, die Konflikte nicht hindern werden. Er sagte z. B., daß vereinsrechtlich kein Verein zur Auskunftserteilung verpflichtet sei, daß die Polizei aber von ihm Auskunft wie von jeder Einzelperson verlangen könne.

#### Der Nachsatz hebt den Vordersatz einfach auf.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man braucht danach nur landesgesetzlich oder landesbehördlich zu bestimmen, daß jeder Person Auskunft erteilen muß, wo er seine Adresse zubringt, und das Reichsvereinsgesetz ist aufgehoben. Als höchste Instanz schlagen wir das Reichsgericht vor, um eine einheitliche Judikatur zu bekommen. Das Reichsvereinsgesetz ist ein Polizeigesetz des Reiches, die Handhabung aber ist den Einzelstaaten überlassen. Deshalb wird man uns, wenn wir Widerspruch zur Sprache bringen, antworten, daß die Handhabung des Vereinsgesetzes nicht Reichssache sei. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts zu kritisieren, haben wir hingegen ein formales Recht. Deshalb bitte ich Sie, unseren Antrag anzunehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Trimborn (Z.): Meine politischen Freunde können dem Antrage Abrecht nicht zustimmen.

Damit schließt die Debatte. In der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Polen abgelehnt.

Es folgt die Beratung des § 2, der folgenden Wortlaut hat: „Jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt (politischer Verein), muß einen Vorstand und eine Satzung haben.“

Der Vorstand ist verpflichtet, binnen einer Frist von zwei Wochen nach Gründung des Vereins die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen. Ueber die erfolgte Einreichung ist eine kostenfreie Bescheinigung zu erteilen. Ebenso ist jede Änderung der Satzung sowie jede Änderung in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen einer Frist von zwei Wochen nach dem Eintritt der Änderung anzuzeigen.

Die Satzung sowie die Änderungen sind in deutscher Fassung einzureichen. Ausnahmen von dieser Vorschrift können von der höheren Verwaltungsbehörde zugelassen werden.“

Die Abgg. Abrecht u. Gen. (Soz.) beantragen, die Absätze 2, 3 und 4 wie folgt zu fassen:

„Als politisch im Sinne des Vereinsgesetzes sind anzusehen die Zwecke, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Teilnehmer oder weitere Kreise herbeizuführen oder zu erhalten, oder die geistige oder körperliche Ausbildung der Teilnehmer weiterer Kreise zu fördern, sowie religiöse Zwecke, auch wenn diese Zwecke durch Einwirkung auf die Gesetzgebung verfolgt werden.“

Der Vorstand eines politischen Vereins ist verpflichtet, die erfolgte Gründung des Vereins binnen zwei Wochen der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen.

Die Anmeldung von Vereinen, die ihre Tätigkeit über den Bezirk eines Ortes ausdehnen, z. B. durch Abhaltung von Versammlungen, Versendung von Druckschriften, Errichtung von besonderen Zweigvereinen, Filialen, Poststellen oder dergleichen, hat nur an dem Ort zu erfolgen, wo der Sitz der Zentralverwaltung ist.“

Die Abgg. Brandys u. Gen. (Polen) beantragen, dem Absatz 1 des § 2 folgende Fassung zu geben:

„Jeder Verein, der eine Erörterung politischer Angelegenheiten in Versammlungen bezweckt (politischer Verein), muß einen Vorstand und eine Satzung haben.“

Die Abgg. Trimborn u. Gen. (Z.) beantragen, dem § 2 Absatz 1 folgenden Satz hinzuzufügen:

„Vereine, welche diese Einwirkung nur im Rahmen der Berufs- und Standesinteressen bestimmter Personenzreise bezwecken, gelten nicht als politische Vereine.“

Ferner beantragen sie im zweiten Absatz des § 2 nach dem ersten Satz folgenden Satz einzufügen:

„Bei Vereinen, die ihre Tätigkeit durch Errichtung von Zweigvereinen, Filialen, Poststellen, Ortsgruppen und sonstigen örtlichen Unterabteilungen über den Bezirk eines Ortes ausdehnen, hat die Einreichung nur an dem Ort zu erfolgen, wo der Sitz der Zentralverwaltung ist.“

Abg. Schiffer (Z.) begründet den Antrag des Zentrums, der notwendig sei, damit die Gewerkschaften nicht als politische Vereine erklärt werden. Die Erklärungen, die wir Arbeiterführer gemacht haben, müssen uns vorsichtig stimmen; mehr als einmal ist es mir vorgekommen, daß eine Gewerkschaftsversammlung, die noch gar nicht eröffnet war, als eine politische erklärt und verboten wurde. Nun hat zwar der Abgeordnete Dr. Müller-Reinigen gesagt, sie würden keinen Antrag heute mehr annehmen. Aber darauf ist nicht so viel zu geben. Hat er doch feierlich zweimal in der Kommission erklärt, daß er keinen Schritt hinter die freisinnigen Anträge erster Lesung zurückgehe. (Widerspruch Müller-Reinigen.) Ja, Sie haben es zweimal gesagt,

Träger und Sie. (Lebhaftes Echo wahr! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Auch die freisinnigen Arbeiter haben gegen dieses Vereinsgesetz protestiert. Aber Sie (zu den Freisinnigen) haben längst jede Fühlung mit den Arbeitern verloren. (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Die gesamte organisierte deutsche Arbeiterklasse ist der Ueberszeugung, daß in diesem Vereinsgesetz ihre Interessen nicht gewahrt sind. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Legien (Soz.):

Der Abgeordnete Dr. Müller-Reinigen hat vorhin gemeint, wir hätten ein großes Interesse daran, dem deutschen Volk nicht zu sagen, wie große Fortschritte dieses Vereinsgesetz bringt. Anscheinend ist es mit diesen Fortschritten nicht so sehr weit her, denn sonst läge doch nichts näher, als daß Dr. Müller-Reinigen sie hier zur öffentlichen Kenntnis brächte. Das Schweigen der Bloßpartei deutet aber auf

#### kein gutes Gewissen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie (zu den Freisinnigen) spielen sich ja sonst gern als Vertreter der Kirch- und der Freisinnigen Organisationen auf. Weisen Sie uns doch einmal nach, daß von diesem Gesetz die organisierte Arbeiterklasse nicht die Nachteile hat, die wir befürchten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir sehen diese Schädigungen voraus, und haben deshalb unsere Änderungsanträge gestellt, deren Notwendigkeit sich aus unserer praktischen Erfahrung ergibt. Im § 2 beantragen wir, das Erfordernis der Einreichung der Satzung zu streichen. Die preussische Polizeipraxis und Judikatur bezeichnen nämlich auch

#### alle Agitations- und Lohnkommissionen als politische Vereine

und verlangt von ihnen Satzungen, die sie gar nicht haben. Der Staatssekretär hat wiederholt erklärt, die Polizei beanpruche kein Aufsichtsrecht über Vereine und Versammlungen. Was soll denn das Einreichen der Satzungen sonst bedeuten? Was die Polizei etwa den Vereinen Rat schlägt über zweidrittelige Statutenfassung geben? (Heiterkeit.) Das glauben Sie wohl selbst nicht. „Staatsfeindliche“ Vereine legen ihre staatsfeindliche Tendenz auch nicht in den Satzungen fest. Die Einreichung der Satzungen ist also ganz überflüssig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter beantragen wir, den Begriff der politischen Angelegenheiten näher zu definieren, damit gewerkschaftliche Organisationen künftig nicht wie bisher mit den lästigen Bestimmungen behelligt werden, die für politische Vereine gemacht sind. Wenn sie das nicht klar und deutlich zum Ausdruck bringen, werden in Zukunft die gewerkschaftlichen Organisationen noch schlechter gestellt sein als bisher. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Denn das bisherige Vereinsrecht verlangt die Einreichung der Mitgliedslisten. Jetzt aber sollen die Vorstandsmitglieder der Polizei bekannt gegeben werden, und dadurch werden gerade die leitenden Personen und treibenden Kräfte der Organisation der

#### Maßregelungsgefahr ausgesetzt.

Denn allzu oft teilt die Polizei unter Bruch der Amtsverschwiegenheit und des Rechtes den Arbeitgebern ihre Listen mit. Aus unserem sehr reichhaltigen Material nur ganz wenige Fälle. Der Bürgermeister in Staffort teilte der Fabrikantenvereinigung regelmäßig mit, welche Arbeiter sich in den Versammlungen besonders hervorgetan hätten, und hielt es mit seiner besonderen Ehre als preussischer Beamter vereinbar, den Unternehmern die Maßregelung der politisch und gewerkschaftlich tätigen Personen zu empfehlen. Der Amtsvorsteher von Opatowitz gewährte den Unternehmern Einblick in die Listen des Verbandes der Fabrik- und Hülfsarbeiter. Die Beschwerde wurde zurückgewiesen, auch von dem Landrat, weil den Arbeitgebern die Listen nicht „ausgehändigt“, sondern nur zur Einsichtnahme gezeigt worden seien. Der Bürgermeister in Kulmbach hat, wie gerichtlich festgestellt wurde, der Direktion der Aktienbrauerei nach den Berichten des überwachenden Polizeibeamten die Arbeiter namhaft gemacht, die in den Versammlungen öffentlich austraten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In den kleineren Orten sind die Amtsvorsteher vielfach zugleich Arbeitgeber, und dem sollen ihre eigenen Arbeiter sich jetzt als Gewerkschaftsvorstände anzeigen. Wenn der § 2 in der Kommissionsfassung angenommen wird, wird die Maßregelungsgefahr für die Arbeiter noch erhöht. Denn danach soll jeder Verein einen Vorstand und Satzungen haben und diese sowie die Mitglieder des Vorstandes der Polizei einreichen, welche nach allgemeiner preussischer Polizeipraxis die Namen der Vorstandsmitglieder dem Unternehmer auf direktem oder indirektem Wege zugänglich machen wird. Die Unternehmer haben es dann in der Hand, jedes gewerkschaftliche Leben, besonders an kleinen Orten, zu vernichten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wollen Sie das nicht, so müssen Sie nach unserem Antrage eine Definition des Begriffes „politische Angelegenheiten“ geben. Außerdem genügt es, wenn der Polizei einfach Mitteilung von der Gründung des Vereins gemacht wird. Nach der polizeilichen Praxis in Preußen und Sachsen werden auch Bildungsvereine, Turnvereine, Gesangsvereine als politische Vereine erklärt. Wollen Sie, daß das in Zukunft nicht mehr stattfindet, so müssen Sie unseren Antrag annehmen. Daß Vereine nur an der Stelle des Sitzes des Vorstandes angemeldet werden sollen, beantragen wir ebenso wie das Zentrum, und in der Begründung kann ich mich dem Korredator anschließen. Vielfach ist tatsächlich von Zweigvereinen der Gewerkschaften die Einreichung besonderer Statuten verlangt worden. Wenn Sie diese Praxis nicht wünschen, müssen Sie unsere Anträge annehmen. Wenn ich auch überzeugt bin, daß bei der Geschlossenheit des Blocs das Neben vergeblich ist, so erspare ich es Ihnen doch nicht,

#### vor aller Welt zu zeigen,

welche Bewandnis es mit der Erklärung des Herrn Müller-Reinigen auf sich hat, daß dieses Gesetz große Vorteile bringt. Sie haben hier den zweiten Beweis, daß es eine Verschlechterung sogar des preussischen Gesetzes ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Schließlich wenden wir uns noch gegen den Absatz des Kommissionsantrages, daß die Satzungen in deutscher Sprache eingereicht werden müssen. Auch diese Verpflichtung ist nicht als eine Schikanierung der fremdsprachlichen Reichsangehörigen. Aber nach der Meinung der Freisinnigen soll wohl auch das eine Verbesserung der Vorlage sein. Wenn Sie wirklich das Interesse der Mehrheit des Volkes wahren wollen, hätten Sie andere Vorschläge machen müssen, dann müßten Sie unseren Anträgen zustimmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein seitens der Bloßpartei gestellter Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Persönlich bemerkt Abgeordneter Dr. Müller-Reinigen (fr. Vp.), er habe in der Kommission nicht erklärt, daß die Freisinnigen den § 7 nicht annehmen würden.

Abg. Schiffer (Z.) verbleibt bei seiner gegenteiligen Behauptung, die Müller-Reinigen nochmals unter Heiterkeit des Hauses für einen Irrtum erklärt.

Abg. v. Dzembovski (Pole) (persönlich): Obwohl wir Anträge zu § 2 gestellt haben, ist kein einziger unserer Redner zu Worte gekommen, sondern die Debatte geschlossen worden. (Stürmisches Hört! hört! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Trejsh (Pole) (zur Geschäftsordnung): Die Debatte ist geschlossen worden, entgegen der ausdrücklichen Bestimmung der Geschäftsordnung, daß dem Antragsteller das Wort verbleibe werden muß. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum, Rufo rechts: Wo steht das in der Geschäftsordnung?)

In der Abstimmung wird unter Ablehnung aller Änderungsanträge der § 2 in der Kommissionsfassung mit den Stimmen des Blocs angenommen. Für den Zentrumsantrag, nach dem die Vereine, die eine Einwirkung im Rahmen der Berufs- und Standesinteressen bezwecken, nicht als politische Vereine gelten sollen, stimmen auch die Freisinnigen Abgg. Potthoff und Reumann-Döfer.

§ 2a, der die Wahlversammlungen von der Anmeldepflicht entbindet, wird debattelos einstimmig angenommen.

Bei § 3 beantragt Abg. Trimborn (Z.) Verlagerung. Der Antrag wird angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Fortsetzung. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Die ostafrikanischen Kolonialbahnen vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 2. April)

Die Debatte über den Ankauf von Anteilsscheinen der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft wird fortgesetzt; es sind hierfür 15 Millionen in den Etat eingestellt. Mit der Erwerbung der Anteilsscheine würde die Regierung Einfluß auf die Bahn Dar es Salaam-Morogoro erlangen, denn diese Bahn gehört der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft, und es ist der Gesellschaft seinerzeit eine Konzession erteilt worden, die ein würdiges Seitenstück zu den Tuppelsoverträgen bildet. Aus der Denkschrift über den Weiterbau der Bahn von Morogoro ab ist zu ersehen, daß erstens das Reich seinerzeit eine dreiprozentige Garantie des Kapitals der Gesellschaft übernahm und sich verpflichtete, die Anteile mit 120 Proz. einzulösen, daß aber auch dann noch den ehemaligen Aktienbesitzern ein Anrecht auf die 5 Proz. übersteigende Dividende verbleibt auf die ganze Lebenszeit der Eisenbahn. Ferner erhielt die Eisenbahngesellschaft das Vorrecht auf den Weiterbau der Bahn bis zum Victoria-Nyanja und Tanganjika-See, will die Regierung hier vorgehen, kann sie es nicht ohne Zustimmung der Gesellschaft. Weiter hat die Gesellschaft absolute Tarifhoheit und endlich erhält sie ganz bedeutende Landkonzessionen, die obendrein noch die Klausel enthalten, daß die Gesellschaft bei Landkäufen oder Verpachtungen durch die Regierung das Recht hat, in einer gewissen Frist in diesen neuen Vertrag einzutreten. Durch diese geradezu ungläublichen Konzessionen an die Gesellschaft wird die Regierung nach ihrem eigenen Geständnis in der Denkschrift vollständig in ihrer Bewegungsfreiheit gehindert. — Vielleicht erfährt man im Plenum, wer verantwortlich für diese Abmachungen mit der Eisenbahngesellschaft zu machen ist.

Nach langer Debatte werden die 15 Millionen für den Ankauf von Anteilsscheinen der Gesellschaft bewilligt.

Kaumehr geht die Kommission zur Beratung des neuen Bahnprojekts selbst über. Es handelt sich um eine Linie von 700 Kilometern, welche rund 70 Millionen Baukosten erfordert. Für später ist noch eine Fortsetzung nach dem Tanganjika-See geplant, das ist wiederum eine Strecke von rund 800 Kilometern, so daß die ganze Linie Dar es Salaam-Tanganjika-See etwa 1200 Kilometer lang sein würde.

Als erste Garantie sind 8 Millionen gefordert, welche als Darlehn der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft gegeben werden sollen. — Die Eisenbahnpläne des Kolonialamtes haben eine ganze Flut von neuen Eisenbahnwünschen und Bauprojekten gezögert; so eine Ansbeldung ist oder geplant wird, da soll eine Bahn hinziehen. Was das in einem Lande, das doppelt so groß als Deutschland ist, befragen will, braucht nicht besonders erörtert zu werden. Diese Eisenbahnwünsche sind natürlich alle von den direktesten Gewinninteressen diktiert; wie diese Leute denken, das zeigt eine Petition der Klimmstarko-Plantungsgesellschaft, dessen Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Schroeder-Pogelow in Berlin ist. Die Gesellschaft beschwert sich bitter darüber, daß der Lohn der Eingeborenen von 3 auf 4 Rupien pro Monat, das ist von 12 auf 15 Pfennig pro Tag bei eigener Bekleidung gestiegen ist. Die Gesellschaft verlangt Erhöhung der Hüttensteuer, um die Eingeborenen zur Arbeit zu zwingen. Ferner bebauert sie, daß ein vom Bezirksamt Moshi vorgeschlagener direkter Arbeitszweig dergestalt, daß jeder Eingeborene vor Bezahlung der Hüttensteuer unter allen Umständen bei einem Europäer gearbeitet haben muß, vom Gouvernement abgelehnt wurde.

Der Staatssekretär Dernburg bespricht alle diese Wünsche und Projekte und kommt in den eingehenden Darlegungen dazu, daß vom Standpunkt der Kolonialverwaltung einzig und allein die vorgeschlagene Bahn Morogoro-Labora in Frage kommen könne. In späterer Zeit würde wohl auch die Südbahn von Kilwa nach dem Victoria-See und im Norden eine direkte Verbindung nach dem Victoria-See in greifbarer Nähe rücken, aber man könne doch dieses gewaltige Gebiet nicht in einem Jahrzehnt mit einem ganzen Eisenbahnnetz versehen. Die Südbahn allein würde 78 Millionen Kosten verursachen, ohne große wirtschaftliche Bedeutung zu haben. Im Norden genüge vorerst die englische Uganda-Bahn.

In der Debatte spricht sich Liebert für die geplante Bahn aus. Abg. Arning bespricht einige andere Projekte, stimmt aber auch der Regierungsvorlage bei, wie auch das Zentrum und die Freisinnigen zustimmen. Auf Anfrage schildert Dernburg nochmals die wirtschaftliche Bedeutung der Bahn. Nach seiner Darstellung durchschneidet die Bahn ein fruchtbares Land mit einer arabischen Bevölkerung, die nur durch die Pflanzenpraktiken der Karawanen von der Straße weggetrieben sei. Die Bahn würde der Viehzucht und dem Bau landwirtschaftlicher Produkte sehr zu statten kommen.

Bedebour greift die zur Sprache gekommene Landkonzession des Konsortiums Schöllert auf und richtet an Liebert die Frage, ob er diesem Konsortium erst großen Landbesitz verkaufen und hinterher Teilhaber desselben geworden sei. Für Liebert antwortet Dernburg, der andeutet, daß Liebert über seine Tätigkeit als Gouverneur nicht auslegen dürfe. Er versichert: Liebert sei niemals Mitglied eines ostafrikanischen Konsortiums gewesen, Liebert werde das selbst noch bestätigen. Der Angegriffene schweigt aber.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen wird die Bahn wie vorgeschlagen genehmigt.

Endlich findet noch Genehmigung die letzte der Kolonialbahnen, die 183 Kilometer lange Strecke von Seehe in nach Kalkfontein in Südwestafrika. Der Bau soll 16 Millionen Mark kosten. Hier handelt es sich weniger um eine wirtschaftliche, als um eine Kriegsbahn. Der Staatssekretär glaubt zwei Kompagnien Soldaten, das sind 500 Mann, damit sparen zu können. Und da der Soldat in Südwestafrika jährlich 6000 Mk. koste, würde durch diese Ersparnis schon die Vergütung aufgebracht. An sich sei die Bahn nicht rentabel, aber sie sei, abgesehen von dem militärischen Wert, auch nicht ganz unwirtschaftlich.

Nach kurzer Debatte wird dem Vorschlag der Regierung zugestimmt.

Einige kleine weiterhin für Südwestafrika geforderte Summen finden keine Veranlassung, nur die beschriebene Unterstützung von Privatärzten führt zu einer kleinen Debatte.

Norgen wird der Rest des südwestafrikanischen Nachtragsetats und die Finanzierungsfrage behandelt.

# Schutz gegen Influenza!

Die Influenza ergreift nur diejenigen, deren Blut resp. Blutzirkulation nicht stark genug sind, um erfolgreich den Kampf gegen die einströmenden Infektionsbakterien aufzunehmen. Die Wallung des Blutes muss stärker sein, die Herzaktivität erhöht werden; deshalb trinke man 1/2 Stunde vor jeder Mahlzeit, also vor dem 2ten Frühstück, vor dem Mittag- und Abendessen je 1/2 Glas

### Santa Lucia Kraft-Rotwein.

Derselbe wirkt heilend auf den ganzen menschlichen Organismus.

# Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. — Sektion der Putzer.

**Achtung! Putzer! Achtung!**

Sonntag, den 5. April 1908, vormittags 10 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59.

Tages-Ordnung:

1. Die gegenwärtige Lage im Baugewerbe.
  2. Vereinsangelegenheiten.
  3. Verschiedenes.
- Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe keinen Zutritt.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand. J. A.: E. Schulte.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Col. I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Col. III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 5. April, vormittags 10 Uhr bis nachm. 1 Uhr, finden die

## Wahlen der Delegierten zum diesjährigen

Gewerkschaftskongress als wie auch die Urabstimmung über Neuregelung unserer Generalversammlung in folgenden Lokalen statt:

- Milbrodts Gesellschaftshaus, Müllerstr. 7.
- Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
- Obiglos Festsäle, Schwedterstr. 23.
- Borussia-Säle, Uckerstr. 6/7.
- Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42.
- Elysium, Landsberger Allee 40/41.
- Sauers Restaurant, Schönhauser Allee 134a.
- Litfins Festsäle, Memelerstr. 67.
- Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
- Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I).
- Fröhlichs Restaurant, Muskauerstr. 1.
- Grumbachs Festsäle, Schönleinstr. 6.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
- Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
- Thiel, Rixdorf, Bergstr. 152.
- Hoppe, Rixdorf, Hermannstr. 49.
- Fritsch, Steglitz, Florastr. 2a.
- Huth, Spandau, Linden-Ufer 17.
- Warnecke, Ober-Schönevide, Wilhelminenhoffstr. 18.
- Tempel, Kummelsburg, Alt-Borhagen 56.
- Lehmann, Köpenick, Bahnhofstr. 40.
- Robkopf, Weiskamer, König-Chaussee 38.
- Halfes, Tegel, Brunowstr. 23.
- Rozycki, Pankow, Kreuzstr. 4.

**Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen!**

Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt. Wahlleiter ist der Kollege Otto Handke, Charitéstr. 3.

## Versammlung der Bauanschläger

Sonntag, den 5. April, vormittags 10 Uhr: im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen E. Hellmann über: „Die Lottis in Arbeiterkämpfen.“ 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Es ist Pflicht aller Kollegen zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

## Graveure! Achtung! Ziseleure!

Sonntag, den 5. April 1908, abends 6 Uhr: **Versammlung mit Damen** in der „Lebensquelle“ (früher Arminhallen), Kommandantenstraße 20. Vortrag mit Lichtbildern über: Constantin Meunier. Referent: Dr. Osborn. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung. Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Möbel!

Spezialität: Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen von 300—10000 Mark. Einzelne Ersatzmöbel in großer Auswahl **spottpbillig.**

## Umsonst

und ohne Kaufzwang ist die Besichtigung meiner Läger jedem Interessenten gern gestattet. Langjährige Garantie. Kulante Zahlweise.

## Hermann Piehl

Schweiterstr. 10. Fernsprecher: Amt III, 5684.

# Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Schullokale: Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1 Tr.

## Lehrplan für das 2. Quartal 1908.

Montag: **Gesetzeskunde.** (Die Entwicklung des neueren deutschen Rechts. Bis zur Gründung des Deutschen Reichs.)  
1. Der Ausbau der landesherrlichen Gewalt. Verfall des Rittertums. Die Landstände. Reichsgewalt und Landesfürsten. 2. Die Unterdrückung des Bauernstandes. Bauernaufstände. Die Einführung der Leibeigenschaft. 3. Das römische Recht. Aufkommen des Berufsbeamtenums und der stehenden Heere. 4. Die Kirchenrevolution. Enteignung der Kirche. Staatskirchentum. 5. Niedergang der Städtefreiheit. Verfall der Zünfte. Die Gesetzgebung gegen die Arbeiter. 6. Der Höhepunkt des Despotismus. Aufgeklärter Absolutismus. Das preußische Landrecht. 7. Der Zerfall des Reiches. Einwirkungen der französischen Revolution: „Selbstverwaltung“ und „Bauernbefreiung“. 8. Die staatlichen Umwälzungen von 1806—1807. 9. Der Sieg der bürgerlichen Gesellschaft: Gewerbefreiheit und Konstitution. 10. Die Kämpfe um das Kirchenrecht. Partikularismus und Rechtsseinheit.  
Vortragender: Simon Katzenstein.

Montag: **Geschichte.** (Aus der Geschichte der politischen Parteien in Deutschland.)  
Die konservative, nationalliberale, Zentrums- und freisinnige Partei in ihrem aktiven Verhalten gegenüber der praktischen Politik seit der Gründung des Deutschen Reiches. — Rückblick auf die Geschichte dieser Parteien in Preußen seit 1848. — Die Programme und theoretischen Grundsätze der bürgerlichen Parteien.  
Vortragender: Julian Borchardt. (Dieser Kursus findet in Steglitz bei Schellhase, Ahornstr. 15a, statt.)

Dienstag: **Rednerschule.**  
1. Die Bedeutung und Notwendigkeit der freien Rede. Die Grenzen der natürlichen Beredsamkeit. Die Redekunst. Die Rede nach Form und Inhalt. Dispositionalehre. 2. Technische Hilfsmittel: Die Registratur. Die Nachschlage-Bibliothek. Das Manuskript. 3. Praktische Übungen im Reden und Diskutieren.  
Vortragender: Max Grunwald.

Donnerstag: **Nationalökonomie.** (Theorie und Methode der Statistik.)  
1. Begriff und Inhalt der Statistik als Wissenschaft. Die Gesetzmäßigkeit gesellschaftlicher Massenereignisse. 2. Die Technik des statistischen Verfahrens. Zeit- und Kostenanschläge. Das Zählungsverfahren. Die Beobachtungen bei Zählungen und ihre Fixierung. Die Zusammenstellung. Die Darstellung der Ergebnisse. 3. Geschichte der amtlichen deutschen Statistik, insbesondere der Arbeiterstatistik. 4. Statistische Leistungen und Aufgaben der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen.  
Vortragender: Max Grunwald.

Sonntag: **Geschichte.** (Geschichte des Wahlrechts und der Wahlrechtsbewegungen.)  
1. Das englische Wahlrecht vom Mittelalter bis zur englischen Revolution. 2. Das Wahlrecht in England und Amerika während des 18. Jahrhunderts. 3. Die französische Revolution und das Wahlrecht bis zum Jahre 1792. 4. Das französische Wahlrecht von der ersten Republik bis zur Julirevolution. 5. Der Kampf um die Parlamentarierreform in England. 6. Chartistenbewegung. 7. Französische Reformbewegung und Februarrevolution. 8. Das deutsche Reichstagswahlrecht seit 1848. 9. Geschichte des preußischen Wahlrechts. 10. Wahlrecht und Wahlrechtskämpfe in den letzten Jahrzehnten.  
Vortragender: Dr. A. Conrady.

In Berlin beginnt der Unterricht in **Gesetzeskunde:** Montag, den 6. April; **Rednerschule:** Dienstag, den 7. April; **Nationalökonomie:** Donnerstag, den 9. April; **Geschichte:** Sonnabend, den 11. April; **Geschichte in Steglitz:** Montag, den 6. April.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8—9 Uhr geöffnet.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokale Grenadierstraße 37, Hof geradezu 1 Treppe, und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 43; Vogel, Lortzingstr. 37; Fahrow, Ravenstr. 6; Horsch, Engelufer 15; Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Otto Geithner, Berlin NO. 18, Friedenstraße 70 III, rechts, Geldsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasenheide 60, zu senden. Der Vorstand.

**Berichtigung.**  
Im Inserat der Firma **Carl Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112** („Vorwärts“ No. 78, vom 1. 4. 08) muß es heißen unter Cigaretten: **Kyriazi Frères.**

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15: **Sitzung der Ortsverwaltung.**

## Rahmenvergolder. Versammlung.

Montag, den 6. April, abends präzis 7 1/2 Uhr, bei Warkowski, Andreasstraße 26: Tages-Ordnung: 1. Unser Tarif von 1907. 2. Verschiedenes. Da um 9 Uhr in demselben Lokal die Vertrauensmännerprüfung stattfindet, wird ersucht, pünktlich zu erscheinen. Der Branchenleiter.

## Versammlung der arbeitslosen Verhandlungsmitglieder.

Heute, Freitag, nachmittags 2 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshain: Tages-Ordnung: Strafe, Trunk und Karteile. Referent Genosse J. Kalliskl. Verhandlungsangelegenheiten. Die Bezirksvertrauensmännerversammlung findet Montag, den 6. April statt.

## Zentralverband der Lederarbeiter.

Filliale I Berlin. Sonntag, den 5. April, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schmidt, Prinzen-Allee 33:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Malfeier. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der wöchentlichen Tagesordnung wegen ist pünktliches und zahlreiches Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

# Bolero

ist nach dem Urteil aller Sachverständigen die **feinste 2 Pf.-Zigarette.**

Garantiert Handarbeit!

## Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“

Sitz: Offenbach a. M. Mitgliederzahl: 90 000.

Der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“, welcher sich über ganz Deutschland, die Schweiz und einen Teil Oesterreichs erstreckt und die größte radsporthliche Organisation ist, bietet seinen Mitgliedern für ein Eintrittsgeld von 60 Pfg. und einen Monatsbeitrag von 20 Pfg. folgendes:  
1. Das monatlich zweimal erscheinende Bundesorgan: „Der Arbeiter-Radfahrer“.  
2. **Unfall-Unterstützung** und zwar im 1. Jahre der Mitgliedschaft 1 Mk., im 2. Jahre 1,25 Mk. und im 3. Jahre 1,50 Mk. pro Tag für die Dauer von 13 Wochen, für Rad- und Motorrad-Unfälle. Bei Unfällen mit tödlichem Ausgang 60 Mk. und nach einer einjährigen Mitgliedschaft 100 Mk.  
3. **Sterbe-Unterstützung** nach einer einjährigen Mitgliedschaft an die Hinterbliebenen 50 Mark.  
4. **Gewährung von Rechtsschutz** in Fällen, welche für das Radfahren von Bedeutung sind.  
5. **Zollfreie Ueberschreitung der Grenzen** nach allen Ländern für Rad- und Motorfahrer.  
6. **Wegekarten** für Rad- und Motorfahrer werden an die Bundesvereine gratis sowie an die Mitglieder zu ermäßigten Preisen abgegeben.  
Alle Sportgenossen und -Genossen, welche unserem Bunde noch fernstehen, fordern wir auf, sich unserem Bunde als Mitglieder anzuschließen. **Tretet ein in die Reihen Eurer Klassengenossen, in den Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“.**  
Alle Zuschriften resp. Meldungen sind zu richten an die Geschäftsstelle:

**Karl Fischer, Offenbach a. M., Bismarckstraße 32.**

## Rheumatismus

Gicht, Gliederreizen, Nervenschmerzen, Hüftweh etc. sind oft unerträglich. Deshalb gebrauche man **Reichels „Elektrikum“** (Reichelsches Stiefelnadel-Extrakt). Einfaches u. unerschöpfliches Naturprodukt von harter durchgreifender, schmerzstillender Wirkung. Tausende verdanken „Elektrikum“ ihre Gesundheit. Fl. 1.— u. 2.—. Die Wirkung wird noch erhöht durch d. inneren Gebrauch von Reichels Wachholder-Extrakt „Medico“, Fl. 75 Pf., M. 1.50 u. 2.50, in den Drogerien und Apotheken erhältlich u. zu besch. durch **Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4.**

## Grosse Betten 12 Mk.

(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen) mit doppeltgereinigtem neuen Bettfedern, bessere Betten 15, 20, 24, 28, 32, 36, 40, 44, 48, 52, 56, 60, 64, 68, 72, 76, 80, 84, 88, 92, 96, 100, 104, 108, 112, 116, 120, 124, 128, 132, 136, 140, 144, 148, 152, 156, 160, 164, 168, 172, 176, 180, 184, 188, 192, 196, 200, 204, 208, 212, 216, 220, 224, 228, 232, 236, 240, 244, 248, 252, 256, 260, 264, 268, 272, 276, 280, 284, 288, 292, 296, 300, 304, 308, 312, 316, 320, 324, 328, 332, 336, 340, 344, 348, 352, 356, 360, 364, 368, 372, 376, 380, 384, 388, 392, 396, 400, 404, 408, 412, 416, 420, 424, 428, 432, 436, 440, 444, 448, 452, 456, 460, 464, 468, 472, 476, 480, 484, 488, 492, 496, 500, 504, 508, 512, 516, 520, 524, 528, 532, 536, 540, 544, 548, 552, 556, 560, 564, 568, 572, 576, 580, 584, 588, 592, 596, 600, 604, 608, 612, 616, 620, 624, 628, 632, 636, 640, 644, 648, 652, 656, 660, 664, 668, 672, 676, 680, 684, 688, 692, 696, 700, 704, 708, 712, 716, 720, 724, 728, 732, 736, 740, 744, 748, 752, 756, 760, 764, 768, 772, 776, 780, 784, 788, 792, 796, 800, 804, 808, 812, 816, 820, 824, 828, 832, 836, 840, 844, 848, 852, 856, 860, 864, 868, 872, 876, 880, 884, 888, 892, 896, 900, 904, 908, 912, 916, 920, 924, 928, 932, 936, 940, 944, 948, 952, 956, 960, 964, 968, 972, 976, 980, 984, 988, 992, 996, 1000. **Gustav Lustig, Berlin S. 20, Prinzenstr. 40, Erbt. Spezial-Verkauf Deutschl.**

### Die amerikanische Krise in sozialistischer Beleuchtung.

Genosse Hillquit, der Vertreter der amerikanischen Sozialdemokratie im Internationalen Bureau, wurde von seinen Genossen beauftragt, dem Bureau einen Bericht über die amerikanische Krise einzubringen. Diefem Auftrag ist Hillquit jetzt nachgekommen und wir bringen in Nachstehendem einen Auszug aus diesen interessanten Schilderungen:

Hillquit tritt zunächst den Versuchen der Kapitalistenklasse entgegen, als ob der schwere, wirtschaftliche Niedergang für Amerika bereits gehoben sei. Die herrschende Klasse habe natürlich ein starkes Interesse daran, die Lage als möglichst günstig zu schildern, wogegen die Sozialisten weder Recht noch Ursache haben, die ganze Größe des Elends, in das das Land durch die planlosen und verwerflichen Produktionsmethoden geworfen wurde, zu verheimlichen. Sie betrachteten es vielmehr als ihre Pflicht, ihren Arbeitsgenossen in Europa die zurecht bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse im richtigen Lichte zu zeigen und nur in Erfüllung dieser Pflicht der Interessengemeinschaft und nicht von dem engherzigen Wunsch besetzt, ausländische Arbeiterkonkurrenz von den Küsten der Vereinigten Staaten fernzuhalten, wünschten sie ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck zu verleihen, daß die Vereinigten Staaten heute sich nicht nur einer leichten Geschäftshörnung gegenübersehen, sondern daß sie vor einer schweren, richtigen und wahrscheinlich langen, wirtschaftlichen Krise stehen. Seitdem die Vereinigten Staaten die Laufbahn der kapitalistischen Produktion betreten haben, seien Perioden allgemeinen, wirtschaftlichen Stillstandes mit furchtbaren Regelmäßigkeit in Zyklen von 16 bis 20 Jahren wiederkehrend. Im vergangenen Jahrhundert waren solche zu verzeichnen 1818, 1837, 1857, 1873 und 1893. Allen diesen Krisen gingen Perioden außerordentlicher, wirtschaftlicher Tätigkeit, die sich durch Eröffnung neuer Märkte und Industrien, sowie einer ungeheuren Ausdehnung des Handels auszeichneten, voraus. Im letzten Jahrzehnt seien alle Zweige der Industrie in einem Umfang und auf einer Basis geführt worden, wie das bisher in den Vereinigten Staaten nicht bekannt gewesen. Hillquit fährt dann wortlich fort:

„Große Trusts und Kiefenkombinationen wurden die Beherrscher des Tages und mit ihnen kam die unermessliche Veräußerung der Aktien und der Handel in Kommunalpapieren.“ Man schätzte den Kennwert dieser „Sicherheiten“ im Jahre 1907 auf nicht weniger als 40 Milliarden oder fast ein Drittel des gesamten Nationalvermögens des Landes. Aber auch der Geldmarkt folgte dieser Ausdehnung in allen seinen Zweigen. Von 1898 bis 1907 produzierten die Vereinigten Staaten 3,2 Milliarden Dollar Gold oder halb so viel wie in den ganzen hundertfünfzig Jahren von 1700 bis 1850; im Jahre 1907 gab es nicht weniger als 14 000 Banken in diesem Lande, die über 18 Milliarden Dollar in Depositen, von denen aber der bei weitem größte Teil in der Industrie angelegt und an diese ausgeliehen war, verfügten. Die Gruben, Fabriken und andere Betriebe arbeiteten mit höchster Anspannung aller Kräfte, Arbeiter aller Gewerbe wurden gebraucht, und die Löhne stiegen. Als alle regulären Industriezweige über die Massen ausgenutzt und ausgenutzt worden waren, suchten sich die unternehmungslustigen Kapitalisten neue Felder für ihren Raubbau, etablierten neue Trusts, gründeten abenteuerliche Gesellschaften. In allen größeren Städten wurden Tausende von Gebäuden einzig aus Spekulation errichtet, unbebautes Land in den neueren Teilen der Ortschaften im Preise verdoppelt und verdreifacht, die Mieten in den besetzten Sektionen ins Ungeheure in die Höhe getrieben und die Preise auf eine bisher ungeahnte Höhe gebracht. In der zehnjährigen Periode von 1898 bis 1907 stieg der Preis der Nahrungsmittel um durchschnittlich 20 Proz. und die der übrigen Lebensnotwendigkeiten um über 30 Proz. Und als das wahnsinnige Rennen vorüber war, kam der unermessliche Zusammenbruch unerwartet und mit vernichtender Gewalt. Gleich zu Anfang des Jahres 1907 fand man, daß die großen Warenlager, die man in Erwartung künftiger Verkäufe geschaffen hatte, nicht verringert werden konnten; die Kleinhändler selbst hatten einen überzogen Vorrat. Die Fabrikanten, die zum großen Teile auf Kredit fabriziert hatten, vermachten nicht, ihren Verpflichtungen nachzukommen, das Gefühl der Ungevißheit und der Mangel an Vertrauen ersetzte den Markt, man suchte überall Kredit und schließlich wurde das Marktenhaus, hier unser „finanzielles System“ genannt, vom ersten Windstoß zusammengeblasen. Aber die allgemeine industrielle Depression, die sich mit der finanziellen Panik einstellte, machte sich bald trotz aller offiziellen Proklamationen und Erklärungen in grimmiger Weise geltend. Das Ende des Jahres 1907 zeigte 10 265 Stillsetzungen in der Geschäftswelt, die eine Gesamtverbindlichkeit von 383 Millionen Dollars fürs ganze Jahr hinterließen, gegen 1885 Stillsetzungen mit einer Gesamtverbindlichkeit von 127 Millionen Dollars fürs Jahr 1908. Die meisten Bahnverlängerungen oder Verbesserungen, die begonnen oder beabsichtigt waren, wurden aufgegeben, ein Schritt, dessen verderbliche Wirkung auf die Industrie man begreifen wird, wenn man bedenkt, daß die veranschlagten Kosten dieser Arbeit in New York allein über 500 Millionen Dollars betragen. Zur selben Zeit wurde der Fracht- und Passagierverkehr auf allen Bahnlagen fast reduziert und Tausende von Wagnisgeflüchten in allen Teilen des Landes wurden temporär entlassen oder „abgelassen“. Der amerikanische Stahltrust schränkte seine Arbeiten ein und reduzierte die Zahl der Arbeiter um die Hälfte; der Tabaktrust schloß viele seiner Fabriken ganz und gar; die Chicagoer Schlachthöfe, die Eisen- und Glaswerke und andere der hauptsächlichsten Industrien wurden nur zum Teil betrieben und in den Vaugewerken und den Baumaterialfabriken wurde die Beschäftigung zur Ausnahme und die Arbeitslosigkeit zur Regel.“

Genauere Daten über die Ausdehnung der Beschäftigungslosigkeit stehen leider auch in Amerika nicht zur Verfügung. Hillquit kommt aber auf Grund der Berichte der staatlichen Arbeitsämter zu dem Schluß, daß innerhalb der letzten Monate das stehende Heer der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten um mehr als eine Million vermehrt worden ist. Und das trotz der ungemein starken Einwanderung von Arbeitern nach Europa. Hillquit tritt ferner der Auffassung entgegen, als ob der höchste Punkt der wirtschaftlichen Krise schon erreicht sei. Seiner Meinung nach ließe diese erst in ihrem Anfange. Die gegenwärtige Situation in Amerika, dem Haupttheater der Trusts und Kombinationen, demonstrierte deutlich, daß industrielle Krisen vom kapitalistischen Regime unzertrennlich sind, und daß der Sozialismus die einzige Heilung für die periodisch aufbrechenden Geschwüre der modernen Gesellschaft sei. „Wägen“ — so schließt der Bericht — „die Arbeiter Amerikas Lehren aus dieser harten Lektion ziehen und sich endlich zum Kampf gegen die verdrückende kapitalistische Wirtschaft auf die Seite der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung stellen.“

### Aus der Partei.

#### Gemeindevahlerfolge.

Wreslau, 2. April. (Privatbesprechung des „Vorwärts“.) In Kleinlebusch brachte die Gemeindevahlerwahl einen prächtigen Sieg unserer Genossen, die die Mehrheit im Gemeinderat erreichten. Sie haben jetzt im Dorparlament von zwölf Sitzen acht Sitze inne. Die geeinigten Sozialisten und die französischen Gemeindevahler. Paris, 31. März. (Sig. Ver.) Der Nationalrat der geeinigten Partei, der am Sonntag zusammentrat, hatte sich namentlich mit

der Taktik der Partei in den bevorstehenden Gemeindevahlen zu befassen, da in Bezug auf die Auslegung der Beschlüsse des Parteitages von Chalon über diesen Gegenstand Meinungsverschiedenheiten bestanden. Es wurden schließlich folgende Zeitsätze angenommen: Im ersten Wahlgang hat die Partei, wo es nur irgend angeht, den Kampf mit ihren eigenen Kräften aufzunehmen. Koalitionen mit bürgerlichen Parteien sind ausgeschlossen — doch wird die Möglichkeit außerordentlicher Ausnahmen vorgesehen, die indes auf ein Minimum eingeschränkt sind. In solchen Fällen ist die Zustimmung der föderalen Organisation notwendig. Die Parteilandboten sind verhalten, das Parteimanifest zu platzieren und in den Versammlungen die sozialistischen Prinzipien zu erläutern, sowie die Beschlüsse der nationalen und internationalen Kongresse als bindend anzuerkennen.

Im zweiten Wahlgang hat die Taktik zu gelten, die durch die Interessen der Partei und der sozialen Republik geboten ist. Zur Entscheidung über die unter dem heutigen Wahlsystem unermesslichen Vereinbarungen mit anderen Parteien sind die Sektionen und Föderationen berufen. Die Parteigenossen werden vor den Projekten gewarnt, die eine angebliche freiwillige Einführung des Proportionalsystems zum Gegenstand haben und in Wirklichkeit auf eine Blockpolitik im Wahlkampf hinauslaufen. Die Partei hält die Forderung des Listenstimmens mit Proporz aufrecht.

Aus der Debatte ist namentlich eine Episode hervorzuheben. Ein Deputierter der Vetragne brachte zur Sprache, daß in machen Gemeinden die Konfessionen eher geneigt wären, den Sozialisten eine proportionale Vertretung in der Gemeinde zu gewähren als die Radikalen. Die folgenden Redner wiesen eine solche Abmachung von sich, darunter Laurens, der sie als unmoralisch bezeichnete und Lafargue, der bemerkte, unmoralisch seien alle Koalitionen mit bürgerlichen Parteien, aber eine solche wie die vorgeschlagene würde in der Meinung des Volkes Mißdeutungen hervorzuführen.

Von den anderen Beschlüssen des Nationalrats sei noch der über das Recht der Organisationen, über die Unterschrift ihrer Erwählten zu disponieren, hervorgehoben. Ein solches Recht wurde nur für den Nationalrat in Anspruch genommen. Die Föderationen und Sektionen der Partei dürfen über die Unterschrift der Gewählten nicht ohne deren Zustimmung verfügen.

Ueber die Parteisteuer der Deputierten konnte der Kassierer diesmal einen günstigeren Bericht erstatten. Die Rückstände sind teils abgeführt, teils auf angemessene Abschlagstermine verteilt. Der Nationalrat beschloß in diesem Sinne, der Verwaltungskommission die Ausarbeitung eines Reglements zu übertragen, das die regelmäßige Entrichtung der Steuer von April an vorsieht und für die Abzahlung der noch geschuldeten Beträge Termine festsetzt, deren letzter mit dem Ende der laufenden Gesetzgebungsperiode zusammenfällt.

#### Der außerordentliche Parteitag der sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich

am Sonntagnachmittag in Altstetten bei Zürich war überaus zahlreich besetzt. Genosse Wanz referierte über die Gesetzesvorlage betreffend den Neubau der Universität, über die am 26. April das Volk abzustimmen hat. Er beantragte im Auftrage der Geschäftsleitung der Partei, die Abstimmung der Parteigenossen über die kantonale Vorlage freizugeben. Es gilt, auch in dieser Frage die völlige Einigkeit der Partei herzustellen und alle Kräfte zu konzentrieren auf den Kampf gegen das Antifreizgesetz. In der Diskussion trat sehr lebhaft Genosse Regierungsrat Ernst für die Annahme der Vorlage ein, gab sich aber mit der Freiheit der Stimmabgabe zufrieden. Mit 138 Stimmen wurde schließlich die Freiheit der Stimmabgabe beschlossen, für Verwerfung der Vorlage stimmten nur 9 Delegierte. Ueber das Antifreizgesetz referierte Gen. Bezirksrichter Luwinger. Er fasste seine Ausführungen in folgende Resolution der Arbeiterunion zusammen:

„Die Arbeiterklasse erklärt in dem vom Kantonsrat angenommenen Streifgesetz einen bewußten Einbruch in die allgemeine Rechtsordnung, eine Parteinahme des Staates zugunsten des Unternehmertums im proletarischen Befreiungskampf. Sie empfindet das neue Gesetz als ein Ausnahmegesetz, gegen das sie den entschiedensten Protest erhebt und das sie mit allen Mitteln bekämpfen wird. Der neueste Versuch des Unternehmertums, die staatlichen Nachmittels seinem Klasseninteresse dienlich zu machen, beweist von neuem die Notwendigkeit des politischen Kampfes und die Einheit und Zusammengehörigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Aktionen. Die Arbeiterklasse hat die Pflicht, geschlossen wie ein Mann, mit Einsetzung aller Kraft, den schmachvollen Versuch des Unternehmertums zurückzuweisen, den bisher am schlechtesten gestellten Volksklassen durch ein elendes Gelegenheitsgesetz den Kampf um die Lebenshaltung zu erschweren. Sie wird das Antifreizgesetz damit beantworten, daß sie mit erneutem Eifer am Ausbau der Arbeiterorganisation und an der Eroberung der politischen Macht fortarbeitet. Sie wird vor allem die bevorstehenden Wahlen in das kantonale und eidgenössische Parlament benutzen, um ihren politischen Einfluß zu härten und zu befestigen.“

Sodann machte der Referent Mitteilungen über die umfassende Organisation der Agitation gegen das Ausnahmegesetz. In Sachen der Regierungswahlen wurde beschlossen, zu dem bisherigeren einen sozialdemokratischen Sitz in der Regierung einen zweiten Sitz in der Regierung zu beanspruchen. Es wurde sodann einstimmig Genosse Dr. med. Kraft, Stadtrat in Zürich, als Kandidat aufgestellt neben dem bisherigen Regierungsrat Ernst als zweiten Kandidaten.

#### Polkzeiliches, Gerichtliches usw.

##### Ablehnung eines Richters.

Am Mittwoch sollte sich der Genosse Schlegel von der „Frankischen Tagespost“ vor dem Schöffengericht Nürnberg wegen Verleumdung der Vorstände der gelben Organisation in dem Augsburger Werk der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Nürnberg-Kugelsburg verantworten. Es kam jedoch nicht zur Verhandlung, da vor Eintritt in dieselbe der Beklagte folgende Erklärung abgab: Als vor einigen Wochen vor dem gleichen Gericht und dem gleichen Vorsitzenden, Amtsrichter Bierlein gegen die Genossen Schlegel und Dr. Weil in einer anderen Privatklage, in der beide unter Ablehnung des Wahrheitsbeweises zu je vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt wurden, verhandelt wurde, habe der klagerrische Anwalt in seinem Plaidoyer behauptet, daß die Beklagten andere gewerkschaftlich in den Schmutz zögen. Als darauf der Verteidiger Dr. Schlegel diese schwere Verleumdung zurückwies, habe der Amtsrichter ihn unterbrochen mit der Bemerkung, er habe diese Worte wohl gehört, aber keine Veranlassung gesehen, sie zu rügen. Ferner habe der Richter in der gleichen Sache in dem schriftlichen Urteil es den Beklagten strafschwerend angerechnet, daß sie versucht hätten, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Aus diesen Gründen sei der Beklagte zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Richter nicht umfänglich über ihn zu urteilen vermöge, weshalb er ihn zu seinem Bedauern ablehnen müsse. Dem Besetze gemäß mußte die Verhandlung ausgesetzt werden.

#### Soziales.

##### Gesindeordnungs-Tabelle.

Welche Mannigfaltigkeit auf dem Gebiete des Gesindedrechts herrscht, zeigt nachfolgende Zusammenstellung, in der lediglich die Gesindeordnungen ohne Zustimmung der besondern gegen das

Gesinde in den einzelnen deutschen Vaterländern bestehenden Ausnahmegeetze enthalten sind. Die Verschiedenheit der Rechtssetzungen erschwert auch abgesehen von dem mittelalterlichen Inhalt der Gesindeordnungen die Rechtsverfolgung dem Gesinde ungemein. Und doch hat die Reichsregierung noch keine Zeit zur einheitlichen Regelung dieser Materie gefunden:

- 1) Preußen hat 19 Gesindeordnungen, nämlich folgende, dem Alter nach geordnete: 1. Dienstoffenerdikt für das Herzogtum Lauenburg vom 22. Dezember 1782. 2. Gesindeordnung für die Stadt Kassel, Marburg, Kintelen und Ganau vom 15. Mai 1797. 3. Juristische Verordnung vom 18. Mai 1801, das Gesindewesen in den Landstädten und auf dem Lande betreffend. 4. Gesindeordnung für die Preussischen Provinzen vom 8. November 1810. 5. Verordnung vom 28. Dezember 1816, das Gesindewesen in dem Großherzogtum Fulda betreffend. 6. Kassische Verordnung, die Dienstverhältnisse des Gesindes betreffend, vom 15. Mai 1819. 7. Gesindeordnung für die freie Stadt Frankfurt a. M. und deren Gebiet vom 6. März 1822. 8. Dienstoffenerdikt für den Regierungsbezirk Osnabrück vom 28. April 1833. 9. Gesindeordnung für Schleswig-Holstein vom 25. Februar 1840. 10. Allgemeine Dienstoffenerdikt für das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen vom 31. Januar 1843. 11. Allgemeine Dienstoffenerdikt für das Fürstentum Hohenzollern-Hechingen vom 30. Dezember 1843. 12. Gesindeordnung für die Herzogtümer Bremen und Verden vom 12. April 1844. 13. Dienstoffenerdikt für die Landdrosten-Bezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg und für den Hatzbezirk vom 15. August 1844. 14. Gesindeordnung für die Rheinprovinz vom 19. August 1844. 15. Gesindeordnung für Neu-Vorpommern und Rügen vom 11. April 1845. 16. Dienstoffenerdikt für das Land Hadeln vom 12. Oktober 1853. 17. Großherzoglich Hessische Verordnung, die polizeiliche Aufsicht über die Dienstoffenerdikt betreffend, vom 7. April 1857. 18. Landgräflich Hessische Verordnung vom 9. Oktober 1857. 19. Dienstoffenerdikt für Ostfriesland und Hagefingler Land vom 10. Juli 1859.

- 2) Bayern: vom 9. Juni 1899. 3) Sachsen: 31. Mai 1898. 4) Württemberg: 28. Juli 1899. 5) Baden: 20. August 1898. 6) Hessen: vom 8. August 1899. 7) Mecklenburg-Schwerin: 9. April 1899. 8) Sachsen-Weimar: 11. Oktober 1899. 9) Mecklenburg-Strelitz: 9. April 1899. 10) Oldenburg: 15. Mai 1899. 11) Braunschweig: 18. August 1899. 12) Sachsen-Weinungen: 12. März 1901. 13) Sachsen-Altenburg: 25. November 1897. 14) Sachsen-Koburg-Gotha: 8. Dezember 1899. 15) Anhalt: 21. April 1899. 16) Schwarzburg-Rudolstadt: 28. Februar 1900. 17) Schwarzburg-Sondershausen: 29. Juli 1899. 18) Waldeck: 14. März 1899. Mit Zusätzen und Änderungen vom 31. März 1896, 22. Dezember 1890, 9. Dezember 1891 und Artikel 11 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch. 19) Neuchâtel: vom 25. März 1828. 20) Neuchâtel: vom 11. November 1898. 21) Schaumburg-Lippe: vom 14. August 1899. 22) Lippe: 17. November 1899. 23) Paderborn: 19. Juli 1899. 24) Bremen: 22. Juni 1894. (Abgeändert durch das Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18. Juli 1899). 25) Hamburg: vom 7. Dezember 1898. (Mit Änderungen vom 11. Oktober 1901.) 26) Elbe-Verdringen: vom 26. Juli 1903.

### Aus Industrie und Handel.

#### Vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt.

Die Fachschrift „Stahl und Eisen“ schreibt in ihrer letzten Nummer: „Vom deutschen Roheisenmarkt ist zu berichten, daß das Roheisenindikat in seiner Sitzung vom 21. v. M. beschlossen hatte, mit Rücksicht auf die unabänderlich festen Preise des Roheisenindikats die Preise für Kuddel- und Stahleisen ebenfalls wie bisher mit 74 und 76 M., beides Frachtgrundlage Siegen, bestehen zu lassen. Daraufhin hat die Verlaufsstätigkeit auch in den genannten Sorten begonnen; verschiedene Abschlüsse sind bereits zustande gekommen. Das Geschäft in Gießereiroheisen ist in den letzten Tagen wesentlich lebhafter geworden.“

Die „W.-W.“ urteilt über die Lage des Eisenmarktes folgendermaßen: Die Beschäftigung ist schwach, der Betrieb nicht mehr voll aufrecht zu erhalten; Einschränkungen und Festschichten sind an der Tagesordnung. Die Preisbewegung nach unten scheint noch nicht abgeschlossen; die Unterbreitungen im Inland wie im Ausland sind noch stark. Die Aussichten auf eine Besserung in diesem Jahre sind gering und maßgebende industrielle Kreise glauben nicht daran. Die Lage des internationalen Marktes ist ebenfalls ungeklärt.

Rein Preisnachlass für Erzeugnisse der Kleinindustrie. Eine Verammlung des Vereins der mächtigen Kleinindustrie beschloß, an den bisherigen Verkaufspreisen festzuhalten, weil die fortbestehenden hohen Kohlen- und Roheisenpreise eine Ermäßigung nicht zulassen und die Aufschläge in der Kleinindustrie bisher außerst gering waren.

Allgemeine Berliner Omnibus-N.-G. Die von der Gesellschaft vorgenommene Tarifreform, die angeblich den Zweck haben sollte, die nicht befriedigend erachteten Ueberschüsse zu steigern, hat ihre Schuldigkeit getan. Für das Geschäftsjahr 1906 wurde eine Dividende von 5 Proz. auf 6 300 000 M. alte und von 4 Proz. auf 6 300 000 M. neue Aktien ausgeschüttet. Ueber das Erträgnis des letzten Jahres macht die Verwaltung folgende Mitteilung: Die Einnahmen betragen 9 100 816 M. (i. S. 8 445 486 M.), die Ausgaben: 8 057 159 M. (6 800 585) und der Ueberschuß 1 052 657 M. (1 644 891). Neben den ordentlichen Abschreibungen von insgesamt rund 1 300 000 M., worin etwa 600 000 M. für Pferde und etwa 280 000 M. für Kraftwagen enthalten sind, sollen außerordentliche Abschreibungen erfolgen: aus dem Rückstellungskonto Viktoriapfänder auf das Grundstück Rippen der Straße 24a 90 000 M. und für Pferde der älteren Jahrgänge bis einschließlich 1906 250 000 M., so daß sich ein Reibetrag von 549 048 M. ergibt, der aus dem gezielten Reiserbonds zu decken ist. Dieser ermöglicht sich damit von 5 045 000 M. auf 4 495 000 M. Im Betriebsjahre sind aus dem Bankguthaben etwa 9 1/2 Millionen Mark für Erwerb und Bebauung von Grundstücken für Depotzwecke sowie für Bezahlung der früher bestellten Kraftwagen verausgabt. Die Einnahmen im laufenden Geschäftsjahre haben sich bisher ungünstig gestellt. Im März betragen die Bruttoerträge des Pferde- und Automobilbetriebes 616 296 M. (751 865). Die Mindereinnahme von

195 899 R. entfällt — angeblich zu gleichen Teilen auf den Kraft- und Pferde-Draisinbetrieb.

**Der amerikanische Eisenmarkt.** Iron Age berichtet: Das Geschäft in Schienen, Platinen und Baustahl war während der Berichtswochend unbedeutend, und im Export kommt das Nachlassen der Nachfrage in den hauptsächlichsten Industrieländern zum Ausdruck. Besonders geringfügig ist der Bedarf für Brückenbaumaterialien. Der Preis für leichte Schienen erhöhte eine Abwärtsdrift bis 23 Dollar per Tonne franko Westport. Die im Staate Alabama gelegenen Hochöfen nehmen die meisten Aufträge für Gießereierzeugnisse zum Preise von 12 bis 12 1/2 Dollar pro Tonne franko Birmingham, und zum Preise von 14 bis 14 1/2 Dollar pro Tonne franko Virginia-Hochöfen herein.

## Gewerkschaftliches.

### Mißmutige Scharfmacher!

Die Abmachungen, die in Berlin für das Baugewerbe getroffen worden sind, haben nicht überall den Beifall der Scharfmacher gefunden. Der Bauunternehmerverband in Wiesfeld befindet an alle Bauunternehmer-Vereine ein Zirkular, welches ein Anschreiben an den Bundesvorstand enthält. Es wendet sich gegen die Abmachungen der Einigung in Berlin. Das Zirkular selber lautet:

In dem vorstehenden Schreiben vom 28. d. M. und dem anliegenden Vertragsmuster finden wir zu unserem größten Erstaunen und Bedauern die Festsetzung der tarifmäßigen Preisverhältnisse über die vor dem Gewerbegericht in Berlin gepflogene Verhandlung beziehungsweise erzielte „Einigung“. Eingedenk der früheren geraden Haltung und der denselben in den Generalversammlungen zu Berlin und Hannover durch die geradezu unpopuläre Einmütigkeit der Bundesmitglieder zuteil gewordenen Vertrauensumgebungen und Unterstützung wegen wagen wir bei dem Hinblick des neuen „Vertragsmusters“ unseren Augen nicht zu trauen. In unseren Reihen erhebt sich nur eine Stimme der Entrüstung über die dem Bunde widerfahrene Niederlage. Leider vermögen wir nur eine solche in der sogenannten „Einigung“ zu erblicken. Den Einwendungen der Gewerkschaften ist entgegen den in Hannover mit absoluter Einstimmigkeit und wahrer Begeisterung gefassten Beschlüssen in allen Punkten fast entgegengesetzt, und diese Generalversammlung sowie die im Geiste derselben anschließend daran mit den Unternehmern geführten isolierten Verhandlungen erhalten dadurch den Stempel der Komödie. In Wirklichkeit lag für einen derartigen Rückzug absolut kein Anlaß vor. Im Gegenteil, und jetzt kommt die Hauptfrage: Die Chancen des Bundes waren zuletzt so günstig wie nie zuvor. Denn man hatte überall die Vorsehrungen getroffen, den Kampf eventuell aufzunehmen und dann auch zum Siege zu führen. Wie ist die Lage jetzt? Jeder weiteren Verhandlung ist der Boden entzogen, und was wir am schlimmsten empfinden: Das unverständliche Vorgehen des Vorstandes ist nur zu geeignet, die Festigkeit des Bundes zu erschüttern. Dazu darf es nicht kommen! Wir halten nach Lage der Sache die Einberufung einer Generalversammlung für unumgänglich behufs Wahrung unseres Ansehens und Wiederherstellung unserer Macht. Wir richten daher an den Vorstand das ergebene Ersuchen und glauben darin mit sämtlichen Mitgliedern übereinzustimmen — ohne Bezug eine Generalversammlung einzuberufen und bis dahin jeden Abschluß eines Tarifvertrages auf Grund des neuen Vertragsmusters zu verhindern. Von dem vorstehenden Schreiben haben wir sämtlichen Unternehmerverbänden Kenntnis gegeben.

(Folgen die Unterschriften vom Wiesfelder Verband.)

Diesem Zirkular liegt noch ein Anschreiben bei, daß auch andere Ortsverbände gegen die Einigung Protest erheben müßten.

Man kann den Schmerz der Herren begreifen, die nach eigenem Geständnis überall Vorsehrungen getroffen hatten, den Kampfaufzunehmen, daß es nun zu einem solchen unter Umständen nicht kommt. Sie wollten aber doch überlegen, daß in Wirklichkeit trotz aller Vorbereitungen dieser Kampf nur ein improvisierter war, während der eigentliche Schlag im Jahre 1910 beabsichtigt war. Die Zentralleitung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe verdient wahrlich nicht den Vorwurf, daß sie die Interessen des Unternehmertums nicht rücksichtslos wahrnehme. Wenn sie den Boden der Einigung mit den Arbeiterorganisationen betrat, tat sie es wahrlich nur, weil sie die Ueberzeugung hatte, daß die Niederringung eines solchen Gegners — zumal nach der Einigung der Arbeiter in Berlin — selbst in dieser Zeit der schlimmsten Konjunktur kein kleines Stück Arbeit und ein Unternehmen von höchst zweifelhaftem Erfolg sei.

Das Aufstattern solcher Scharfmacherwünsche aber, wie der oben angezeichneten, zeigt, daß die Arbeiter keine Veranlassung haben, sich von den Friedenschalmeyern im Scharfmacherlager in den Schlaf wiegen zu lassen. Es heißt für die Arbeiterschaft nach wie vor, den Segnern mehr auf die Fäuste als aufs Maul zu sehen.

### Berlin und Umgegend.

**Der Streik bei Hartung** dauert ununterbrochen an. Die Streikenden kamen gestern morgen zu einer Besprechung zusammen und konstatierten mit Genugtuung, daß aus ihren Reihen nur ein einziger (unter 148) abtrünnig geworden ist, obgleich der Kampf jetzt vier Wochen währt. Die Zahl der angeworbenen Streiklöser beträgt allerdings schon 98, doch ist der Mut der unabhängigen Arbeiter noch ungebrochen. Sie verfolgen aufmerksam den Lauf der Dinge in Hartungs Fabrik und sind der Ueberzeugung, daß kein Geschäftsmann auf die Dauer mit Schaden arbeiten kann. Und der Schaden ist gegenwärtig groß in Hartungs Betrieb, g r ö ß e r , als der Besitzer selbst es sich träumen läßt. So hat man festgestellt, daß Herr Hartung viel „Bruch“ verheimlicht wird. Sobald man des Morgens seine Ankunft erwartet, wird viel verdost und verstedt, damit er nicht den ganzen Schaden, den die Arbeitswilligen machen, wahrnehmen kann. Jedenfalls kommt ihm die wirklich geleistete Arbeit jetzt weit teurer zu stehen, als jemals vorher. Die Streikenden erwarten, daß Herr Hartung über kurz oder lang die Hand zum Frieden bieten wird.

### Deutsches Reich.

**Zimmererkreis.** In A l e n a e. S. trat die Zimmerer in den Ausschuss. Zu den Vergleichsverhandlungen, die vom Bürgermeister Höpfer geleitet werden sollten, erschienen die Unternehmer nicht.

**Streik der Schuhmacher in Magdeburg.** Am Mittwoch haben die Schuhmacher in Magdeburg, wie erwartet, beschlossen, in den Streik zu treten. Die Ursache des Streiks ist die Ablehnung der Janung, mit der Gewerkschaft in Unterhandlungen zweeks Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu treten. Der alte Tarif war von den Gehäfen zum 1. April gekündigt worden. Gleichzeitig sollten sie eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes um 20 Proz. für den Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu treten. Eine Anzahl Arbeitgeber hat bereits bewilligt; sie wollen nämlich den Lohn zahlen, den sich die Gehäfen durch ihre Lohnbewegung erkämpft. Die Schuhmacher beschlossen jedoch, auch die diese Arbeitgeber mit in den Streik einzubeziehen.

In den Anstand getreten sind am 1. April die Läden Steinfeyer, Hammer und Hülsarbeiter, da die Unternehmer ihren Forderungen gegenüber nicht das geringste Ent-

gegenkommen bewiesen haben. — Auch die organisierten Schuhmacher Läden traten am 1. April in den Streik, weil die von ihnen aufgestellten Forderungen in keiner Weise erfüllt werden sollen.

**Der Streik der Gärtner Lübeck** ist am Montag beendet worden, nachdem die bedeutenderen Gärtnervereine den wesentlichsten Teil der Forderungen der Streikenden bewilligt haben.

### Zum Tariffkämpfe der Maler und Anstreicher in Mittel- und Süddeutschland.

Die Maler und Anstreicher in Hessen und Hessen-Rassau nahmen in ihrer beider Verammlungen erneut Stellung zu den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband in Mannheim. In allen Verammlungen herrschte frohe Kampfesstimmung zum Streik. In Frankfurt a. M., Darmstadt, Hanau, Friedberg, Raubheim, Wiesbaden und Homburg wurde nachfolgende Resolution angenommen:

„Die Versammelten erklären sich mit der seitherigen Taktik der Verbandsvertreter einverstanden; insbesondere mit deren Stellung gegen die Zulassung der Hirsch-Dunderschen und der christlichen Organisation. Sie betrachten das Ansinnen der Arbeitgeber, mit Organisationen zu verhandeln, die über keine oder nur wenige Mitglieder verfügen, als eine offene Herausforderung des freien Verbandes.“

Die Verammlung lehnt den von den Arbeitgebern übermittelten Tarif ab und erklärt sich durch die Verbandsvertreter auf Grund des von den vier Landesvorständen (Baden, Hessen, Hessen-Rassau und Pfalz) mit den Bezirksleitern ausgearbeiteten Vertragsmusters zu weiteren Verhandlungen bereit.

Um der von den Arbeitgebern beabsichtigten Verschleppungstaktik entgegen zu treten, erwartet die Verammlung, daß die jetzigen Kollegen abweisen. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sind bis zur Beilegung der Differenzen strikte zu vermeiden, ebenso wird ein vernünftiges, sauberes Arbeiten empfohlen. Die Verbandsleitung wird beauftragt, alle weiteren, notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um einen zufriedenstellenden Tarif herbeizuführen.“

In Mittelranken scheinen die Unternehmer den Ablauf der Tariffkämpfe zu einer Kraftprobe benützen zu wollen. In Erlangen sind bereits am 1. April, an welchem Tage der Tarif abließ, die Arbeiter ohne weiteres ausgesperrt worden. In Nürnberg haben die Unternehmer auf die schon im Februar eingereichten Forderungen der Arbeiter endlich Bescheid erteilt dahin, daß sie alle drücklichen Verhandlungen ablehnen müßten, bis der Hauptvorstand des Zentralverbands der Maler den von den Unternehmerorganisationen ausgearbeiteten Generaltarif für ganz Deutschland anerkannt habe. Dieser Tarif ist aber den Arbeitern bisher überhaupt noch nicht vorgelegt worden. Eine Verammlung der letzteren nahm mit Bedauern Kenntnis davon, daß die Unternehmer am Orte auf keine Verhandlungen eingehen wollen, wie es mit Entschiedenheit die Zustimmung zürück, daß der Hauptvorstand einen Generaltarif annehmen solle, den die Arbeiter gar nicht kennen. Die Maler Nürnbergs wären gern bereit gewesen, auf friedlichem Wege zu unterhandeln, wenn das nicht möglich sei, so solle die Verantwortung für die Folgen den Unternehmern zur Last.

Der Verbandsvorstand hat ganz Süddeutschland mit Hessen-Rassau für Maler gesperrt. Zugang ist fernzuhalten.

### Die Gipsrausperung in Seibelberg.

Diese Ausperung zeitigt von Tag zu Tag tollere Blüten. Drei Ausperer wurden mit polizeilichen Strafmandaten von je 100 M. bezw. 15 Tagen Haft bedacht, weil sie ein Flugblatt verbreitet hätten, ohne vorher das vorgeschriebene Pflichtexemplar beim Polizeiamt hinterlegt zu haben. Dieses Strafmaß ist ein exorbitant hohes; das Strafmaßimum ist nur 150 M., und in anderen ähnlichen Fällen pflegte man stets nur die verantwortliche Streikleitung mit einem einzigen Mandat in Höhe von 3 bis 5 M. zu belegen. Daß unter solchen Umständen die Entwertung nicht nur der an der Ausperung beteiligten, sondern auch der gesamten rechtlich denkenden Arbeiterschaft von Tag zu Tag zunimmt, ist nur zu begreiflich. Geradezu standlos ist die Haltung, die die bürgerliche Presse Seibelbergs dazu einnimmt. Diese hebt die Polizei unangelegentlich gegen die Ausgesperrten, indem sie ihr deren Verhalten als aufrührerische Verleumdung und Freiheitsbeschränkung denunziert. Im übrigen ist eine Anzahl Streikbrecher trieder abgereist, nachdem sie zur Erkenntnis der ihnen zugewiesenen Handlungsweise gekommen sind; weitere werden in den nächsten Tagen folgen. Es steht zu hoffen, daß die ausgesperrten Arbeiter, wenn sie standhaft bleiben, den Kampf trotz Polizei und Preßhege gewinnen werden.

### Ausland.

#### Ausperung in der schweizerischen Stidereiindustrie.

Die größte Stidereiabrik in der Schweiz, die von Heine u Cie., Aktiengesellschaft, in Arbon am Bodensee, hat nach erfolgter Kündigung ihre Arbeiter ausgesperrt, nachdem circa 100 Weiber, Ausrußer usw., meistens Arbeiterinnen, seit etwa vier Wochen im Streik seien. Nach der Arbeiterpresse beträgt die Zahl der Ausgesperrten circa 700, nach der bürgerlichen Presse 1500, wahrscheinlich ist letztere Zahl richtig. Die Ausperung ist nicht nur die Antwort auf den Streik, sie ist auch das Gewaltmittel, um den noch bis zum August laufenden, mit der organisierten Arbeiterschaft abgeschlossenen Tarifvertrag zu brechen. Wiederholt machte der Leiter der Firma, der vor mehreren Jahren aus Amerika einwanderte reiche Jude Heine, den Versuch, den Tarif durch Lohnreduktionen zu brechen, aber jedesmal ohne Erfolg, und nun soll der Tarifbruch jetzt durch die Ausperung gewalttätig durchgeführt werden. Dabei hat die Firma genügende Aufträge und für 1907 hat sie ihren Aktionären 10 Proz. Dividende verteilt. Es ist eine brutale Maßnahme, die Heine macht und deren erfolgreiche Zurückweisung durch die gut organisierte Arbeiterschaft von der Summe der verfügbaren Mittel abhängt.

**Der Streik der 60 Konfektionschneider der Firma „Globus“** in Zürich endete nach eintägiger Dauer mit einem schönen Erfolge, indem die Löhne für Maßkonfektion um 20 bis 25 Proz. für die gewöhnliche Konfektion um 10 bis 15 Proz. erhöht, und der minimale Wochenlohn für die Kleinarbeiter auf 85 Franken bei neunstündiger Arbeitszeit festgesetzt wurde.

#### Arbeitsentstellung in der holländischen und belgischen Diamantindustrie.

Der Vorstand des Allgemeinen niederländischen Diamantarbeiterverbandes hat nach Beratung mit den beiden christlichen Verbänden beschlossen, alle Arbeit in der Diamantindustrie vom 4. April ab auf die Dauer von vier Wochen ruhen zu lassen, und dieser Beschluß wird sicherlich auch die Billigung der Mitglieder finden. Es ist eine Gegenmaßregel gegen die von der Juwelierversammlung ausgegangene Kündigung der Lohnsätze. Als Grund oder Vorwand für die Kündigung diente den Juwelieren der Umstand, daß bei der großen Arbeitslosigkeit, die im letzten Sommer einsetzte, ein Teil der Diamantarbeiter selbstständig arbeiteten. Von Ersparnissen aus der guten Geschäftszeit der letzten Jahre kauften sie sich Rohdiamant, bearbeiteten ihn und verkauften ihre Waare, berechneten aber für ihre Arbeit geringeren Lohn, als sie bei den Juwelieren erhalten hätten. Der Diamantarbeiterverband verhandelte lange Zeit mit den Juwelieren über die Befestigung dieser „Eigentümlichkeiten“, die ja beiden Parteien vom Schaden gereichen müßte, verlangte aber dafür, daß der Brillantenlohn für ein mindestens 20 Proz. erhöht werde. Dies lehnten die Juweliere ab, obwohl es sich nicht um eine wirkliche Lohnsenkung, sondern nur darum handelte, den Minimallohn mit dem während der guten Geschäftszeit erzielten höheren Löhnen einermäßen in Einklang zu bringen und so Lohnverschlechterungen abzuwehren. Als der Beschluß der Arbeitsentstellung bekannt wurde, wollte ein Teil der Eigentümer nach Antwerpen, der belgischen

Konkurrenzstadt der Amsterdamer Diamantindustrie, verziehen, um dort die Arbeit fortzusetzen. Dies erscheint jedoch zwecklos, da der Antwerpen Diamantarbeiterverband jedenfalls dieselbe Maßregel treffen wird wie der niederländische, der Kampf sich also auf beide Städte erstrecken wird.

## Aus der Frauenbewegung.

### Der Indifferentismus der Frauen.

„Darum brauche ich mich nicht zu kümmern, das verstehe ich nicht und es geht auch wohl ohne mich.“ hört man oft, leider noch allzu oft, die Frauen sagen, wenn man gelegentlich ihr Interesse für das politische Leben zu wecken versucht. Daß eine große Anzahl Frauen von den Dingen des öffentlichen Lebens, die oft erschütternd in das Dasein des Proletariats eingreifen, nichts oder wenig verstehen, ist leider nur zu wahr. Man fragt sich: wie ist das nur möglich? War nicht jede Frau, die tagtäglich am eigenen Leibe erfährt, daß sie in einem Klassenstaate lebt, Interesse daran haben, die Ursachen, warum es so ist, zu verfolgen? Ursachen? Das ist es ja eben, daß die meisten Frauen überhaupt nicht darauf kommen, daß alle Erscheinungen bestimmten Ursachen entspringen. Es war eben immer so! Der Fatalismus, der aus solcher Auffassung entspringt, ist der Erkenntnis Hindernis.

Die Sehnsucht nach besseren Verhältnissen besteht überall, die Unzufriedenheit mit den jämmerlichen Zuständen ist vorhanden, nur die Erkenntnis, daß diese Zustände zu beseitigen sind, fehlt.

Nicht jede Frau findet jemand, der ihr das Evangelium des Sozialismus predigt und zwar so predigt, daß sie überzeugt wird. Der Frau muß die kapitalistische Wirtschaftsweise als Quelle der Armut, Sorgen und Plage gezeichnet werden. Dann ist sie nicht nur unzufrieden mit ihrem Lose, sondern sie kennt die Ursachen, und wer diese begriffen hat, wird auch leicht den Gedanken des Sozialismus in sich aufnehmen. Und die Erkenntnis gebiert den Willen, das Bestehende durch Besseres zu ersetzen. Aber schwer ist es, den Frauen die Quellen der Erkenntnis zu erschließen. Alle die Armen, die in harter Fron der Heimarbeit seufzen oder die eine große Familie haben und in der eigenen Händlichkeit kaum die Arbeit bewältigen können, kommen selten mit Leuten zusammen, die ihnen Aufklärung geben. Eine Zeitung oder ein Buch zu lesen haben sie keine Zeit, oft auch kein Geld, um den Leiestoff zu beschaffen. Die Männer, Väter und sonstigen männlichen Hausgenossen gehören vielfach entweder selbst zu den Indifferenten oder sie sind wegen ihres eigenen geringen Wissens nicht imstande, andere zu belehren. Allerdings soll nicht verschwiegen werden, daß es auch Männer und gute Parteigenossen gibt, die sich nicht der Mühe unterziehen, im eigenen Hause den Sozialismus zu lehren.

Die Frau, die als industrielle Arbeiterin in der Fabrik mit vielen Kollegen und Kolleginnen zusammenkommt, ist schon leichter für den Sozialismus zu gewinnen. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen ist in den letzten Jahren bedeutend gestiegen, ein Beweis für das erwachende und wachsende Interesse für wirtschaftliche Angelegenheiten. Sobald eine Frau Interesse für wirtschaftliche Fragen an den Tag legt, läßt sie sich auch leicht für politische Dinge interessieren. Daß unter den Fabrikarbeiterinnen auch noch zahlreiche Indifferenten vorhanden sind, die sich keiner Organisation, keiner Belehrung zugänglich erweisen, ist leider wahr. Einen großen Teil der Schuld tragen in diesem Falle teilweise die männlichen Arbeitskollegen. Sie betrachten die Frau nicht als vollwertig und lassen sich nicht auf ernste Unterhaltung mit ihr ein.

Allerdings gibt es auch Frauen, deren politisches Verständnis hoch entwickelt ist, aber man darf im allgemeinen nicht vergessen, daß das weibliche Geschlecht durch seine Erziehung von frühesten Jugend an in dem Vantkreis bürgerlicher Aufzucht gehalten wird. Jahrzehnte waren nötig, den männlichen Proletariat aufzuklären. An dieser Aufgabe ist zu erkennen, wieviel Arbeit aufgewendet werden muß, um die viel rückständiger erzogene Frau zu einer denkenden, zielbewussten Mitstreiterin zu machen. Daß dies aber notwendig ist, sollen dem Vormarsch der modernen Arbeiterbewegung nicht schwere Hindernisse und Hemmnisse ersetzen, hat jeder weitsichtige Politiker nun doch wohl erkannt. Gält man aber etwas für dringend nötig, dann muß man auch das tun, was der Erreichung des Zieles zweckmäßig entspricht und das ist: Förderung und Unterstützung der proletarischen Frauenbewegung!

### Verammlungen — Veranstaltungen.

**Charlottenburg.** Mittwoch, den 22. April 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstraße 3: Vortrag und Rezitation. Frau Johanna Meyer: „Von Kinde und für das Kind“.

**Rummelsburg.** Samstag, den 4. April, in den Markgrafen-Sälen, Markgrafenstrasse 34: Stiftungsfest. Beginn 9 Uhr.

## Gerichts-Zeitung.

### Unzulässigkeit des Verwaltungstreibs bei Verfügungen im Schulaufsichtsweg.

Nachdem dem Schriftföher Max Papi in Rixdorf als Vorkummer der „Freien Turnerersch.“ beehrdlich verbotten worden war, an Kinder Turnunterricht zu erteilen, wandte er sich an die Regierung in Potsdam und suchte die Genehmigung nach. Die Genehmigung wurde verlag und ihm der Turnunterricht an die Jugend unterlagt. Er erhob Beschwerde beim Oberpräsidenten und verlangte eine materielle Entscheidung. Der Oberpräsident lehnte aber eine solche aus Zuständigkeitsbedenken ab. Rummer Klage B. beim Oberverwaltungsgericht. Der 8. Senat, vor dem Kläger durch Rechtsanwalt J. Friedländer vertreten war, wies aber am 21. März die Klage wegen Unzulässigkeit des Verwaltungstreibsverfahrens ab. Nach dem vierten Teil des Landesverwaltungsgefeges sei das Klagerrecht im Verwaltungstreib gegen Bescheide des Oberpräsidenten nur gegeben, wenn ortspolizeiliche oder landespolizeiliche Verfügungen vorausgegangen seien. Hier sei aber weder eine ortspolizeiliche noch eine landespolizeiliche Verfügung vom Bescheide des Oberpräsidenten betroffen worden. Es handele sich vielmehr um eine Verfügung von Schulaufsichtswegen gemäß der Kabinettorder vom 10. Juni 1894, betreffend Aufsicht des Staates über Privatvorkommen und Privatpersonen, die sich mit dem Unterricht und der Erziehung der Jugend beschäftigen. In solchen Fällen sei nur die Beschwerde vor dem Minister gegeben, nicht aber die Klage im Verwaltungstreib. Das Gericht habe deshalb auf die materielle Seite der Sache nicht einzugehen brauchen.

Der Kläger wünschte, wie wir schon früher erwähnt haben, dadurch ein verwaltungsgerichtliches Verfahren erzwingen, daß er gegen Entgelt unterrichtet. Dann hat nach § 33 der Gewerbeordnung die Schulbehörde nichts Einzuwenden.

### Leichtgläubigkeit.

Der 23jährige Hausdiener Hermann Lobenstein stand gestern unter der Anlage der Urkundenfälschung, des Diebstahls und der Sachbeschädigung vor der Strafkammer des Landgerichts III. Der Angeklagte war als Hausdiener bei dem Hotelier Bräuner in Charlottenburg in Stellung, wurde aber wegen Vernachlässigung seiner Pflichten entlassen. In dem im Hotelgebäude befindlichen Café finden abends musikalische Unterhaltungen unter Leitung des Kapellmeisters Heyß statt. Dem Angeklagten war bekannt, daß die Mitglieder der Kapelle nach Beendigung der Konzerte ihre Instrumente an einer bestimmten Stelle am Waschtisch anzuhängen pflegten. Eines Tages erschien nun bei dem Oberkellner des Hotels ein Junge

und überreichte ein paar auf ein Notenblatt geschriebene Zeilen, durch welche ein Mitglied der Kapelle hat, seine Geige dem Lieberbringer auszuliefern. Der Oberleiter ließ sich hierauf aber nicht ein, sondern erklärte, daß er das Instrument nur dem Eigentümer persönlich auszuliefern würde. Dieses Notenblatt-Schreiben war vom Angeklagten angefertigt worden. Letzterer ließ sich durch das Nüchternen des Planes von einem zweiten Veruche nicht abhalten und hatte mit diesem mehr Glück. Er schickte wiederum einen Jungen mit dem ominösen Notenblatt ab, dirigierte ihn diesmal aber an den Hausdiener des Hotels. Nach dem von ihm ausgefertigten Zeilen erbat sich der Stapelmeister selbst die Herausgabe seiner Geige, die recht wertvoll ist, und der gutgläubige Hausdiener trug seine Bedenken, dem Boten das Instrument zu übergeben. Der Angeklagte hat die Geige dann einem Instrumentenmacher für 200 M. zum Kaufe angeboten, der Verkauf gelang ihm aber nicht und so hat er sie dann schließlich auf Seilhamm getragen. Der Angeklagte hatte aber auch das Bedürfnis, seinem Stadefuß ob seiner erfolgten Entlassung Ausdruck zu verleihen. In einer Januarnacht verpackte er sich vom Café aus Zutritt zum Luftstrom des Hotels, erbrach eine dort stehende Kassetten des Buffetiers, in welchem er irrtümlich Geld vermutete und versuchte, eine andere Kassetten mit einer Feile zu öffnen, was ihm aber nicht gelang. Aus Mangel hierüber schnitt er von zwei Häuten des Herrn Wächner die Krempen ab und zerstückte außerdem die Telephonröhre, die zu dem Privattelefon des Herrn W. führten. — Der Angeklagte, der geständig war, wurde vom Gericht zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

### Ein Raubersch.

Große Angriffe auf seine weiblichen Angestellten hat sich der Kaufmann Joseph Kreja zuschulden kommen lassen, der gestern vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen wurde. Der Angeklagte betreibt einen Geschäftshandel und engagiert für sein Geschäft junge Mädchen, die bei ihm freie Station und Gehalt beziehen. Eines dieser Mädchen, die als Verkäuferin bei ihm eingestellt worden war, war gleich nach ihrem Eintritt sehr erkrankt über die dreifache Liebenswürdigkeit, die ihr „Chef“ ihr gegenüber zeigte, und erfuhr bald sehr deutliche Angriffe unzüchtlicher Natur. Sie machte ihren Eltern Mitteilung und erklärte, daß sie in dessen Geschäft unmöglich weiter tätig sein könne. Der Vater des Mädchens stellte infolge dessen den Strafantrag gegen den Angeklagten. Dieser wurde hierdurch nicht besonders eingeschüchtern, sondern machte sich auch an die Nachfolgerin dieses Mädchens in unzüchtlicher Weise heran. — Das Schöffengericht verurteilte ihn seinerzeit zu 1000 Mark Geldstrafe. Hiergegen legte der Angeklagte Berufung ein. Die geistige Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und endete damit, daß die Berufung verworfen wurde. Wie der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Göbel verkündete, hat der Gerichtshof bedauert, daß der Staatsanwalt seinerzeit nicht aus Versehen eingelegt hat, denn der einst dem Angeklagten zur Last fallende Akt tatsächlicher Verleumdung grenze fast an verübte Mordgötze und hätte eine langfristige Gefängnisstrafe verdient.

## Versammlungen.

### Das soziale Empfinden der Handelsherren

Soulei die Tagesordnung einer vom Zentralverband der Handlungsgehilfen- und Gehilfeninnen einberufenen öffentlichen Versammlung für diesen Beruf, die am Dienstag den großen Saal der Arminhallen füllte. Der Reichstagsabgeordnete Hoch aus Hanau referierte. Der Redner sprach zunächst über den gegen die

Anstellung von Handelsinspektoren gerichteten Beschluß des Deutschen Handelstages. Eine wirksame und sachverständige Kontrolle über die Einhaltung der gesetzlichen Schutzvorschriften sei das Wichtigste, was die Handlungsgehilfen in dieser Hinsicht forderten. Ueber die Verhandlungen des Handelstages, der maßgebenden Vertretung der Handelsherren, liege ja ein ausführlicher Bericht noch nicht vor; aus der Zeitungsnachricht über ihren ablehnenden Beschluß könne man aber schon ersehen, aus welchen Gründen die Prinzipale gegen eine Handelsinspektion sind. Da wurde zunächst gesagt, es sei gar nicht nötig, die kaufmännischen Betriebe zu überwachen, weil die Prinzipale so gesehestreu und wohlwollend seien, daß Verstoße kaum vorkämen. Dem Redner war nun ein ganzes Aktenbündel über allerlei Uebertretungen der Schutzvorschriften im Handelsgewerbe zur Verfügung gestellt worden, er erklärte jedoch, daß es hier gewiß nicht nötig sei, dies Material vorzutragen, da ja die Anwesenden selbst und aus eigener Erfahrung wüßten, wie es mit der Gesehestreue und dem Wohlwollen der Prinzipale bestellt sei. Uebrigens geize ja schon ein Blick in das Handelsgesetzbuch, wie auch der Gesehgeber von der Ueberzeugung ausgegangen sei, daß derartige Vorschriften ohne Zwang und ohne Strafbestimmungen nicht allgemein befolgt werden. Sollten sie aber wirklich ihren Zweck erfüllen, so müßte eine ausreichende Kontrolle geschaffen werden. Die Polizeibehörden seien dazu nicht imstande; ihre untergeordneten Organe könnten wohl darauf achten, ob z. B. die Läden rechtzeitig geschlossen werden, sie seien aber im allgemeinen nicht befähigt, zu beurteilen, ob in den Betrieben selbst alles in Ordnung ist. Dazu seien sachverständige Beamte notwendig. Deutschland sei ja auch das Land, wo die Polizei sich am meisten und eifrigsten betätige. Darum müßten die Prinzipale wohl, daß ihr die Aufsicht überlassen bleibe, weil sie wüßten, daß die Schutzvorschriften bei der Polizei gut aufgehoben seien. Weiter wurde von den Handelsherren gesagt, die Forderung nach Handelsinspektoren wäre „sozialdemokratisch“. Das sei falsch und gewissermaßen auch richtig, meinte der Redner. Falsch, weil alle Handlungsgehilfenorganisationen nun in dieser Forderung einig sind; richtig im Sinne der Prinzipale, nach deren Auffassung jeder Sozialdemokrat ist, der seine Rechte zu wahren sucht. — Der Redner zeigte dann, wie sich, gefördert durch die modernen Arbeiterorganisationen, die Gewerbeinspektion entwickelt hat, gegen die das industrielle Unternehmertum mit denselben Scheingründen ankämpfte, die jetzt die Handelsherren sich zu eigen gemacht haben. Zur Widerlegung der Behauptung, daß die Handelsinspektion überflüssig sei, wies der Redner auch darauf hin, daß in Württemberg und Bayern Regierungsbeamte ausdrücklich hervorhoben, daß die Schutzvorschriften nicht eingehalten werden, und daß ein württembergischer Minister erklärte, es müßten dazu besondere Beamte angestellt werden. Uebrigens würden die Handelsinspektoren in den Geschäften, wo Ordnung herrscht, nicht lästig fallen und sie gewiß nicht überlaufen, lästig werden sie eben nur den Prinzipalen werden, die die gesetzlichen Vorschriften mißachten. Der Redner führte weiter aus, daß die strenge Durchführung dieser Vorschriften und ein ausreichender Schutz von großem Wert für die Gesundheit wie für die Entwicklung und Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Handlungsgehilfen und Gehilfeninnen ist, wies auch darauf hin, daß der Reichstagsabgeordnete Singer schon im Jahre 1897 bei Beratung des Handelsgesetzbuches die Anstellung von Handelsinspektoren verlangte, und sagte zum Schluß, daß für die Handlungsgehilfen und Gehilfeninnen Deutschlands die Konsequenz aus der ablehnenden Haltung der Prinzipale die sein müsse, daß sie ihren Zentralverband stärken, die Mißstände in den Betrieben aufdecken und wo kein anderes Mittel möglich ist, sie der Polizei melden. Dann würden die Prinzipale bald selbst nach unparteiischen Auflichtsbeamten rufen. Die Klassenorgane seien eben im Handelsgewerbe ebenso stark ausgebildet wie in der Industrie. —

Der Vortag fand lebhaften Beifall. Folgende Resolution wurde der Versammlung vorgelegt:  
„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen einverstanden. Sie protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die sozialdemokratische Erklärung des Deutschen Handelstages, daß durch Handelsinspektionen nur das gute Einvernehmen zwischen Chefs und Angestellte gefördert werde und daß Handelsinspektionen überflüssig seien. Die Versammlung ersucht vielmehr die Gesehgebung, im Interesse der Durchführung der bereits bestehenden Gesehe und zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Angestellten für schnellste Schaffung von Handelsinspektionen Sorge zu tragen. Um aber schon jetzt einen Schutz zu haben, fordert die Versammlung die Kollegen und Kolleginnen auf, sich dem Zentralverband anzuschließen, damit aus eigener Kraft der Angestellten die nötige Kontrolle durchgeführt werden kann.“  
Es folgte eine Diskussion, in der Redner verschiedener Handlungsgehilfenorganisationen sprachen. Zunächst stellte ein Vertreter des Deutsch-nationalen Verbandes die Versammlung mit allerlei Gesehwitz auf eine harte Schuldsprobe. Offenbar ganz unbekannt mit parlamentarischem Anstand, fafelte er davon, daß Herr Hoch „den Mund recht voll genommen hätte“, schwätzte von „sozialdemokratischem Schwundel“, von dem „sozialdemokratischen Verbänden“, über die Marx'sche „Verelendungstheorie“, wovon er natürlich nichts begriffen hatte, und fühlte sich schließlich betrogen, der Berliner Polizei ein Loblied zu singen, weil sie ihm so hüßlich Auskunft erteilt habe, wenn er sich in Berlin nicht zurecht finden konnte. — Die Versammlung spendete ihm ironisch Beifall, als er endlich fertig war mit seinem Gerede. Mitglieder des Zentralverbandes, wie Herr Horn und Frau Friedländer, antworteten ihm und zeigten an manchen Beispielen, welche traurige Rolle dieser Deutsch-nationale Verband in der Handlungsgehilfenbewegung spielte, der ja schon darum nicht als eine zweedmäßige Vertretung des Berufes anzusehen ist, weil er nur „germanische“ und nur männliche Handlungsgehilfen aufnimmt. Ein paar Redner demokratischer und freisinniger Richtung wünschten, daß über den letzten Passus der Resolution gesondert abgestimmt werde, weil sie mit ihm nicht einverstanden wären, stellten aber keinen Antrag dazu. Herr Hilbig fing dann nochmals an zu reden, brachte aber so konfuse Zeug vor, daß der Referent in seinem Schlusswort sagen konnte, jener habe den Eindruck gemacht, als ob er nicht ganz richtig sei. Der Referent wies die Beschimpfungen der Sozialdemokratie gebührend zurück, gab auch eine treffende kurze Aufklärung über die „Verelendungstheorie“, indem er ausführte, daß der Tendenz des Kapitalismus zur Verelendung der Massen die Tendenz der modernen Arbeiterbewegung zur Hebung der Klassenlage der Arbeiterschaft und zur schließlich Ueberwindung des Kapitalismus gegenübersteht. Zum Schluß bemerkte der Redner, daß es im sozialen Kampf keine Aushetzererei geben kann, wie sie die gegnerischen Handlungsgehilfenorganisationen betreiben, daß aber der Zentralverband kein sozialdemokratisches Glaubensbekenntnis von seinen Mitgliedern verlangt, sondern nur eine ernste Auffassung und Betätigung für die Befreiung ihrer Berufsverhältnisse, und daß das, was zur Sozialdemokratie führt, das wirtschaftliche Leben selbst ist. — Die Resolution wurde dann gegen eine oder zwei Stimmen angenommen.

### Eingegangene Druckschriften.

„März“, Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: L. Thoma, D. Hebe, K. Langen, K. Kram. Erstes Heft. Preis 1,20 M., im Abonnement: das Quartal (3 Hefte) 3 M. Verlag von Albert Langen in München.



# Sunlicht Seife



steht in Bezug auf Absatz und Verbreitung einzig da in der Welt. Ihre Qualität ist stets gleichbleibend und konkurrenzlos! Jeder praktischen Hausfrau ist Sunlicht Seife Lieblingsmarke geworden. Die meisten Geschäfte führen die beiden neben gezeigten Packungen.

Doppelstück zu 25 Pfg. für die große Wäsche!

Achtstück zu 10 Pfg. für Handgebrauch und zur Toilette.

### Theater.

Freitag, den 3. April.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Schauspielhaus. Die Ougonien.

Königl. Schauspielhaus. Die Frau von Messina.

Deutsches. Ein Sommernachts Traum.

Kammerspiele. Der Tor und der Tod. Neu. (Anfang 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Weh dem, der lügt. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.

Freitag. John Gabriel Borkman.

Neues. Simson.

Vorabend. Der Wächter.

Berliner. Föhrer-Christl.

Simmer. W. W. W. (Theater.)

Kaiser und Gallier.

Schiller Charlottenburg. Stein unter Steinen.

Theater an der Spree. Ausgewiesen.

Komische Oper. Die Land. Lustspielhaus. Bei und da drüben.

Klein. 2 x 2 = 5.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Der Privatdozent.

Heddel. Frau Warrens Gewerbe.

Neues. Ein Walsertraum.

Neuburg. Der Floh im Ohr.

Zentral. Ein seltsamer Fall.

Urania. Doktor Klapperhans.

Urania. Seine erste Frau. Fastnacht in Wiza.

Herrn. Drei Tom's Güte.

Metropol. Das muß man sein.

Urania. Der kleine Cavalier. — Spezialitäten.

Gebr. Herrnsfeld. Kaiserer Jodel.

Endlich alle. Madras-Partie.

Kasino. Ein Dorfroman.

### Bürgerl. Schauspielhaus.

Das Coangellum.

Parodie. Die Rabensteiner ober: Ein Walsertraum. Nachspiel. Rosenmontag.

Wintergarten. Spezialitäten.

Passage. Die Ougonien. Spezialitäten.

Reichshallen. Sittlicher Sänger.

Gustav Wehrens. Spezialitäten.

Carl Haberland. Spezialitäten.

Walhalla. Spezialitäten.

Folies Caprice. Parliana. Nacharbeit. Ein unheimlicher Besuch. Der ganze Papa.

Folies Bergère. Spezialitäten. Name d'Ev.

Palast. Ringlamp-Konturren. Spezialitäten.

Urania. Fandenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden.

Sternwarte. Invalidenstr. 67/62.

### Berliner Theater.

Letzte Vorstellungen abends 8 Uhr: Gesspiel Hansi Niess.

### Die Förster-Christl.

### Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.

### Simson.

Morgen und folgende Tage:

### Simson.

### Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:

2 mal 2 = 5.

Sonnabend: 2 mal 2 = 5.

Sonntag 3 Uhr: Ein idealer Gatte.

Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.

### Neues Operetten-Theater

Schiffbauerdamm 25.

Abends 8 Uhr zum 15. Male: Der Mann mit den drei Frauen.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Waller-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Kaiser und Gallier. Welthistorisches Schauspiel von Demit. Ufen. Deutsch von G. Braunleutner. Oper Teil: Cäsars Abfall. Schauspiel in 5 Akten. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Das Glück im Winkel. Sonntag, abends 8 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung.

### Schiller-Saal (Charlottenburg)

9 Uhr: Vortag von Dr. Paul Cretel: Bruch.

### Theater des Westens.

8 Uhr: Ein Walsertraum. Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: Die lustige Witwe.

### Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

### Der Privatdozent.

Anfang 8 Uhr. Sonnabend: Hofemanns Töchter. Sonntag 3 Uhr: Der gebornne Siegfried. Siegfrieds Tod. Abends 8 Uhr: Der Privatdozent.

### Hebbel-Theater.

Königsplatz. Etz. 57/58. Abends 8 Uhr: Frau Warrens Gewerbe. Drama in 4 Akten v. Bernard Shaw.

### Theater Folies Caprice.

### Parisiana.

### Sensationserfolg

Nachtarbeit. Ein unheimlicher Besuch. Der ganze Papa.

### Schiller-Theater Charlottenburg.

Freitag, abends 8 Uhr: Stein unter Steinen. Schauspiel in 3 Akten v. D. Sudermann. Sonnabend, abends 8 Uhr: Stein unter Steinen. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Das vierte Gebot. Sonntag, abends 8 Uhr: Der Weg zum Herzen. (Schiller-Theater Charlottenburg)

### Zentral-Theater.

Alle Jakobstraße 30. Zum 120. Male: Ein seltsamer Fall mit Alwin Neuß. Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Morgen 8 Uhr: Ein seltsamer Fall.

### Luisen-Theater.

Reichensbergerstr. 34. Abends 8 Uhr: Benefiz Albert Blumenreich: Zum 1. Male: Die Spree-Athener. Poffe mit Gefang in 4 Akten. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Schlaraffenland, oder: Das tapfere Schneiderlein. Abends: Die Walschneider von Berlin. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Walschneider von Berlin. Abends: Camellendame. Montag: Unsere Don Juan.

### Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Bei uns da drüben.

### Zirkus Schumann

Freitag abends 7 1/2 Uhr: Gr. komische Vorstellung. Allerneueste Vorstellung! Konsul Peter, der menschl. Chimpanse. Resisto, das elektrische Wunder und weitere 10 erstklassige Nummern. Große Musikstaltung - Fantomime Amerika mit eigens da- 120 schwarzen zu engagierten Leuten. Sonntag nachm. zum 2. Male: Amerika, die drei hervorragenden Akte.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden.

### Brunnen-Theater

Waldstr. 58. Direkt: Barna. Rosa. Freitag, den 3. April 1906: Schauspiel in 2 Akten, von B. Verber. Vorkauf vorm. 10-2 Uhr. Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr

### Wahn u. Wahnwitz.

Schauspiel in 2 Akten, von B. Verber. Vorkauf vorm. 10-2 Uhr. Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr

### Residenz-Theater.

— Direktion: Richard Alexander. — Anfang 8 Uhr.

### Der Floh im Ohr.

Schauspiel in drei Akten von Georges Feytaud. Deutsch von Wolf-Facobs. Sonntag, 5. April, nachm. 3 Uhr: Haben Sie nicht zu verzollen?

### DERNHARD ROSE THEATER

Dr. Frankfurter Str. 132. Onkel Tom's Güte. Anfang 8 Uhr. Wochenpreis. Sonnabend 4 Uhr Kindervorstellung: Der Strudelpeker. Abends: Der Weihenreifer.

### Theater an der Spree.

Rödenstr. 68. Abends 8 Uhr: Ungültig. Sonntag nachm.: Ausgewiesen.

### W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Stammstr. 16. Zum 7. Male: Der Flüchtling. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Sonnabend: Einmalige Aufführung: Walschneider, ein deutsch. Feannders.

### Tranon-Theater.

Schauspiel Charlotte Wachs. Seine erste Frau. Fastnacht in Wiza. Anfang 8 Uhr.

### Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer Uklaadstr. 1.

**Metropol-Theater**  
Abends 8 Uhr:  
**Das muß man seh'n!!**  
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)  
von J. Freund. Musik von Viktor  
Hollander. In Szene gesetzt  
von Direktor Richard Schmitz.  
Bender, Giampietro,  
Joseph, Thielscher,  
Darmand, Massary.  
Reichen überall gestattet.  
Sonntag, 5. April, nachm. 3 Uhr:  
Neuestes! Allerneuestes!

**Apollo Theater**  
9 1/2 Uhr! Täglich 9 1/2 Uhr!  
**Der kleine Chevalier**  
Musikalisches Lustspiel v. A. R. Bülmer.  
Musik von G. Hertz.  
Chevalier Gaston: Mia Werber u. G.  
Ab 8 Uhr: Die neuen bedeutendsten  
Spezialitäten - Attraktionen.

**Passage-Theater.**  
Die Sensation Berlins!  
**Ota Gygi**  
der Mann mit den 3 Geigen.  
**Otto Röhr**, der Humorist  
am Flügel.  
**Pia Carozzi**, die ita-  
lienische Schönheit.  
**Herm. Strelbel**,  
der Unwiderstehliche.  
**Rakoczay-Sextett**, die reiz-  
ungarnmädchen. u. d. kolossale  
**April-Programm!**  
Tosend. Lachen! Sturm. Applaus!  
!!Gewöhnliche Preise!!

**Passage-Theater.**  
Die Sensation Berlins!  
**Ota Gygi**  
der Mann mit den 3 Geigen.  
**Otto Röhr**, der Humorist  
am Flügel.  
**Pia Carozzi**, die ita-  
lienische Schönheit.  
**Herm. Strelbel**,  
der Unwiderstehliche.  
**Rakoczay-Sextett**, die reiz-  
ungarnmädchen. u. d. kolossale  
**April-Programm!**  
Tosend. Lachen! Sturm. Applaus!  
!!Gewöhnliche Preise!!

**WINTERGARTEN**  
Das neue April-Programm.  
Ferner:  
**Gr. Ringkampf-Konkurrenz**  
**Entscheidungskämpfe.**  
Heute ringen um den Preis von  
**10000 Mark**  
**Jakob Koch**, Weltmeister,  
Deutschl., geg.  
**Laurent leBeucairois**  
Weltmeister, Frankreich.  
**Ahmed Madrali**, Türkei,  
gegen  
**Max Schneider**, Berlin.  
Bürgerl. Schauspielhaus  
früher  
**Prater-Theater**  
Kottbusser-Allee 7-9.  
Freitag, den 3. April 1908:  
**Der grüne Zweig.**  
Morgen: Hofgast.

**Passage-Panoptikum.**  
Zum erstenmal in Berlin!  
**Die lange Dora.**  
Das junge Riesenkind  
Gesamtgröße 4 Meter 19.  
**Kunsttaucher**  
Kapitän Gröbli  
in seinem  
**Riesenhassin.**  
Experimente mit der 4. Dimension.  
Neapolit. Briganten-Kapelle.  
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

**Walhalla-  
Varietetheater**  
Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.  
Abends 8 Uhr:  
Das neue April-Programm  
Der geheimnisvolle Selbstmord?  
**Grate Gallus**, Berlins beliebteste  
Soubrette.  
Eine Szene vor dem Affen-  
haus im Zoolog. Garten.  
Pantomime der Sennet-Compagnie  
und die übrigen  
**glänzenden Variétékräfte.**  
Tunnel: Konzerte.  
Theaterbesucher freier Eintritt.

**Passage-Panoptikum.**  
Zum erstenmal in Berlin!  
**Die lange Dora.**  
Das junge Riesenkind  
Gesamtgröße 4 Meter 19.  
**Kunsttaucher**  
Kapitän Gröbli  
in seinem  
**Riesenhassin.**  
Experimente mit der 4. Dimension.  
Neapolit. Briganten-Kapelle.  
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

**Walhalla-  
Varietetheater**  
Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.  
Abends 8 Uhr:  
Das neue April-Programm  
Der geheimnisvolle Selbstmord?  
**Grate Gallus**, Berlins beliebteste  
Soubrette.  
Eine Szene vor dem Affen-  
haus im Zoolog. Garten.  
Pantomime der Sennet-Compagnie  
und die übrigen  
**glänzenden Variétékräfte.**  
Tunnel: Konzerte.  
Theaterbesucher freier Eintritt.

**Brauerei Friedrichshain**  
früher Lipps. — am Königsdor.  
Deftonom: Ernst Liebing.  
Vom 19. bis 26. April:  
**G. M. Ziehrer**  
aus Wien.  
Hofkapellmeister. Dirigent der  
kaiserl. königl. österr. Hofkapell-  
musik mit auf 60 Künstler  
besetztem Orchester.

**Gebr. Herrnfeld-  
Theater.**  
Anfang 8 Uhr. Vorher 11-12 Uhr.  
Heute und folgende Tage:  
**Herrnfeld - Zyklus**  
**I. Serie.**  
8 Uhr: Hausierer Jockele.  
9 Uhr: Endlich allein.  
**Original**  
10 Uhr: Klabrias-Partie.  
Donat Herrnfeld als „Hausierer  
Jockele“, „Häber Blumentopf“,  
„Simon Dalles“.  
Anton Herrnfeld als „Häber  
Janos“, „de Franz“, „Profop  
Sanitzged“.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 24. Hof. Börse.  
**End-Ringkämpfe:**  
Preis: **10000 M.**  
Der wegen eingetretener Polizei-  
stunde abgebrochene  
**Entscheidungskampf:**  
Pohl-Abt II, Deutschland, gegen Kor-  
natzki, Polen  
steht heute an erster Stelle, da der  
Kampf unbedingt zu Ende geführt  
wird. — Beim es die Zeit erlaubt  
ringen noch:  
Illa, Rußa, gegen Fobletner, Wien.  
Strenge, Berlin, geg. De Wolf, Belgien.  
Beginn der Kämpfe 9 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
8. Schlach. u. 100. Male:  
Sufaren-Streiche.  
Anf. woch. 8 U.  
Sonnt. 7 U.  
Reichshallen-  
Restaurant:  
**Militär-  
Konsort.**

**Deutsche Konzerthallen**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Täglich  
**Große Massen-Konzerte**  
Spezialitäten - Vorstellung.

**Schockschwerenot**  
warum habe ich niemals  
elegant glänzende Schuhe!  
Probieren Sie **Nigrin**. Sie  
werden hochbefriedigt sein.  
Vertreter: Andr. Caspar, Berlin 50., Josephstr. 11. Fernspr. IV, 6266.

**HERREN KLEIDUNG**  
**KNABEN KLEIDUNG**  
**S. LEVY, CHARLOTTENBURG**  
**SCHARRENSTR. 36**

Teilzahlung  
oder  
Bar  
Teilzahlung  
oder  
Bar  
Spezial-  
**Möbel-  
Geschäft**  
Kein  
Wilhelm  
**Misch**  
Gr. Frankfurterstr.  
45-46 u. II.  
Preisaufschlag

**Kasino-Theater.**  
Kottbusser  
Str. 6.  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
**Hofmanns**  
**Norddeutsch. Sänger**  
und  
**Tanzkränzchen**  
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

**Buggenhagen**  
Moritzplatz  
im Theatersaal täglich  
**Albert Böhme**  
und das  
großartige April-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.  
Im unteren Kongresssaal täglich  
die allerersten **Militär-  
Kapellen:** Beder, Przhwarski,  
Görlich, Reumann, Offener,  
Böttich.

**Gustav  
Behrens-  
Theater.**  
Berlin W.,  
Goltzstr. 9.  
Das phänomenale April-Programm!  
Les Lecartia, Mikrodol, Gop.  
Hübels-Trio, Relange-Rit.  
Ein lustiger Witzner.  
20 erstklassige Nummern.  
Anfang 8 Uhr Sonntags 5 1/2 Uhr.

**Deutsche Konzerthallen**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Täglich  
**Große Massen-Konzerte**  
Spezialitäten - Vorstellung.

**Schockschwerenot**  
warum habe ich niemals  
elegant glänzende Schuhe!  
Probieren Sie **Nigrin**. Sie  
werden hochbefriedigt sein.  
Vertreter: Andr. Caspar, Berlin 50., Josephstr. 11. Fernspr. IV, 6266.

**HERREN KLEIDUNG**  
**KNABEN KLEIDUNG**  
**S. LEVY, CHARLOTTENBURG**  
**SCHARRENSTR. 36**

Teilzahlung  
oder  
Bar  
Teilzahlung  
oder  
Bar  
Spezial-  
**Möbel-  
Geschäft**  
Kein  
Wilhelm  
**Misch**  
Gr. Frankfurterstr.  
45-46 u. II.  
Preisaufschlag

**Gesellschaft für Volksaufklärung.**  
**Großer wissenschaftlicher  
Lichtbilder-Vortrag**  
nur für Damen  
Montag, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**Brauerei Friedrichshain** (früher Lipps).  
Mittwoch, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**Kellers Festsäle**, Koppenstraße No. 29.  
Freitag, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**Germania-Prachtsäle**, Chausseestraße No. 110.  
**Reinhold Gerling (Berlin)**  
spricht über:  
**Warum verblühen viele Frauen so früh?**  
**Wie erhält sich die Frau jung und schön bis ins hohe Alter?**  
**Warum sind so viele Ehen unglücklich?**

Aus dem Inhalt:  
Was die Frau vom Liebesleben und vom Manne wissen muß. — Ein Blick ins Innere des weiblichen Körpers. — Vernichtende Folgen der Unwissenheit — Mädchen- und Frauenleiden. — Verküppelte Frauen. — Das Werden des Kindes und sein Leben vor wie nach der Geburt. — Die Gefahren der Mutterschaft und deren Verhütung. — Schmerzlose Entbindungen. — Früh- und Fehlgeburten. — Was bei Frauenleiden: Kniekungen, Senkungen, Entzündungen, falschen Lagen, Kindbetterkrankungen geschehen soll. — Kranke Frauen und Kindersterblichkeit. — Der Malthusianismus und die Beschränkung der Kinderzahl. — Gesunde Frauen, gesunde Kinder sind ein Segen, sieche und kranke ein Unglück für Familie und Volk. — Vertrauliche Worte an Ehefrauen und Mütter.  
Nach dem Vortrage Fragebeantwortung.  
Jede Frau wird aufgeklärt und belehrt für das ganze fernere Leben.  
Eintritt 50 Pfennig.

Welche begeisterte Aufnahme die Vorträge allerorten fanden, geht aus den glänzenden Zeitungsreferaten in Frankfurt a. M., Wiesbaden, Mülhausen i. E., Dresden, Leipzig, Hannover usw. ebenso hervor wie aus mehreren Hundert an den Vortragenden gerichteten privaten Zuschriften, in denen es u. a. heißt: „Ich unterschreibe jedes Wort.“ Prof. Dr. B. B. in W. — „Bin ganz einverstanden mit Ihren Ausführungen, die sich auch freilich von jeder Begünstigung der Kurpfuscherei.“ Dr. H. F. in O. — „Mögen alle Mütter mit ihren Töchtern Ihre Vorträge besuchen, da ihnen dann die schwere Arbeit der Aufklärung der Kinder erspart bleibt.“ Frau L. in O. — „Innigsten Dank für die beiden Vorträge. Als Mutter zweier Töchter haben sich mir Ihre belehrenden Worte tief eingepreßt usw.“ Frau A. D. in D. — „Noch stehe ich unter dem Banne des von Ihnen gehörten Vortrages. Sie müssen das stolze Gefühl haben, vielen, vielen Menschen auf den rechten Weg geholfen zu haben.“ M. G. in D.

**Großer wissenschaftlicher  
Lichtbilder-Vortrag**  
nur für Herren  
Dienstag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**Brauerei Friedrichshain** (früher Lipps),  
Am Friedrichshain 16-23.  
Donnerstag, den 9. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**Kellers Festsäle**, Koppenstraße No. 29.  
**Reinhold Gerling (Berlin)**  
spricht über:  
**Was der Mann vom Geschlechtsleben  
des Weibes wissen muß.**

Aus dem Inhalt des Vortrages:  
Das junge Mädchen. — Die Entwicklungsjahre und ihre Gefahren. — Jugendtorheiten und Sünden. — Die falsche Scham der Eltern und die wahre Moral. — Das Erhalten der jungen Leute in Unwissenheit, fast die einzige Ursache ihres Verderbens und des Fehltritts. — Die Geschlechtskrankheiten. — Die heutige Pruderie und falsche Erziehung. — Die Kinderpflege. — Kleidung, Diät, Berufsleben. — Der Liebestraum und der Brautstand. — Jungfrau und Gattin. — Die Mutterschaft und das Kind. — Die Sünden in und vor der Ehe und die daraus resultierenden Frauenleiden und Kindergebrechen. — Was muß der Mann wissen, um sein Weib glücklich zu machen und gesunde und lebensfähige Nachkommen zu haben? — Die Kindersterblichkeit. — Kinderlosigkeit. — Zu viele Geburten, schwere Geburten, Fehlgeburten, falsche Schwangerschaft usw. — Das Weib als Sklavin des Mannes. — Das Weib als seine Vertraute und tapfere Mitkämpferin im Leben. — Vertrauliche Worte.  
Eintritt 50 Pfennige.  
Nach dem Vortrage Fragebeantwortung.

**Herren-Stoff-Reste** Wer — Stoff — hat  
zu Herrenanzügen sportliche, feine  
Kadelfate, Sammgarne, Gebrochts,  
neueste Muster von 4 R. an per  
Meter, reine Wolle. 122/15  
Ludwig Engel, Brenzlauer-  
straße 23, II. (Alexanderplatz.)  
Spezialität: Anzug kompl. nach Maß „Napoleon“ 36,00.  
Ein Versuch führt zur dauernden Kundenschaft!

**Für Zigarrenhändler**  
billigste Einkaufsquelle  
von Zigarren, Zigaretten und Tabaken.  
Alle bekannten eingeführten Sorten zu Original-Fabrikpreisen,  
**BERLIN NO. 18,**  
**Max Ziegenhals,** Keibelstr. 20, Alexanderplatz.  
dicht am  
Telephon: Amt VII, 3047.

Unserem Genossen  
**Karl Rott** nebst Frau  
am 25.3.08  
25jährigen Ehejubiläum  
die besten Glückwünsche.  
Die Genossen des Landsberger  
Viertels.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Klempner  
**Leo Pätzold**  
am 30. März, nachmittags 4 Uhr,  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 3. April, nachmittags  
3 Uhr, von der Leichenhalle des  
Kaiserlich-Königlichen Besten-  
hauses, aus statt.  
Rege Beteiligung erachtet  
114/17 Die Ortsverwaltung.

**Verband d. baugewerblichen  
Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin u. Umgegend.  
Bezirk Steglitz.  
**Todes-Anzeige.**  
Am Dienstag, den 31. März,  
verstarb nach langem Krankenlager  
unser Kollege  
**Albert Dräger.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 5. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von Trauerhalle,  
Birkbuschstraße 75, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
30/6 Der Vorstand.

Allen Verwandten und Bekannten  
sowie dem Personal der Firma  
D. Köhler und dem Verbands der  
Buchbinder - Hilfsarbeiter, Zahl-  
stelle I, sage hiermit für die vielen  
Beweise herzlicher Teilnahme sowie  
für die reichen Spenden bei der  
Beerdigung meiner Tochter **Emma**  
meinen herzlichsten Dank.  
**Blime M. Luschnat**  
12065 geb. Herker.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.  
Gegen **Rheumatismus** gut:  
Zarombas Burgunder Pechpflaster.  
Drogerie Weinbergsweg 1,  
direkt am Rosenthaler Tor.

**Auf Teilzahlung**  
Täglich nur 1 Mark!  
Große Auswahl Uhren,  
Goldwaren jeder Art, Zithern,  
Phonographen,  
Grammophone,  
Musikwerke usw.  
Verkauf von prima  
Platten und Walzen.  
**Jahre & König**, Warschauer  
Straße 68, I. Etage, und Reinken-  
dorfer Straße 101, I. Etage.

**Charlottenburg.**  
**Solide Uhren,** moderne Ketten,  
moderne Ketten,  
Reparaturen an  
Uhren u. Goldwaren preiswert u. gut.  
Lützower Str. 15  
**Friedrich Stahrenow,** (am Rathaus).

Neuestes Teilzahl.-Geschäft  
für **Brennabor-Räder!**  
Kein Laden!  
Günstigste  
Bedingungen.  
Berlin SO.,  
**Louis Barth, Brückenstr. 10a, pl.**

Officiere bei Entnahme von  
5 Pfd. an Jagdwurst, Braun-  
schweiger Landfebrwurst,  
weiße Schmalzwurst, Land-  
rotwurst, Landbratwurst  
a Pfund 70 Pf. 12100  
**Richard Sommer,** Schlächterstr.  
Kantstr. 151, Eingang Umlandstr.

**Sofastoffe**  
Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle-Reste! Noquets.  
Pilsch Satteltaschen.  
Muster b. näh. Angabe franko.  
**Emil Lefevre,** Berlin, 158,  
Oranienstr.

Die Furcht vor dem freien Wahlrecht

Ist auf Polizei und Gericht ganz merkwürdige Wirkungen aus. Die harmlosesten Uebertretungen werden für Polizisten, Staatsanwälte und Richter sofort zu einer „öffentlichen Gefahr“...

Im Schillertheater zu Charlottenburg sollte Jbsens Schauspiel „Kaiser und Galiläer“ aufgeführt werden. Es kommt darin voll, viel voll vor, das begeistert zu schreien hat: „Hoch lebe Kaiser Julian!“...

Die vier, die ihre Sache vor die Richter brachten, bestritten in der Gerichtsverhandlung, daß sie selber sich an den Hochrufen auf ein freies Wahlrecht beteiligt hätten. Auch von den drei als Reugen benommenen Schulleuten Erdmann, Martide, Moride konnte keiner mit Sicherheit sagen, daß diese Hochrufe gerade von den vier Angeklagten ausgegangen seien...

Partei-Angelegenheiten.

Französisch-Buchholz. Der Vorsitzende des Wahlvereins Genosse Ernst Reumann wohnt von jetzt ab Pantstraße 6, 1 Trepp. Alle Zukunften sind an obige Adresse zu richten.

Berliner Nachrichten.

Bei uns in Tempelho.

Ueberschreitet man den weiten, grünen Rasenteppich, der das Tempelhofer Feld überzieht, wo die Söhne des Volkes systematisch auf den Brudermord abgerichtet werden, so gewahrt man schon in einiger Entfernung hochaufragende, qualmende Schöte, die Wahrzeichen des nimmer rastenden Kapitalismus...

Wir durchschreiten den Stadtpark und sind nun in der freundlichen Nachbargemeinde, nach der unerfütterliche Großstadtpolyb schon listern die Arme ausstreckt. Schon hat die moderne Kultur das sagenhafte alte, ehrwürdige Dorf beletzt...

Läßt man den Blick beobachtend umherstreifen, so macht sich der Barbenu in seiner aufdringlichen Art bemerkbar. Neben unscheinbaren, altersgrauen Häuschen mit lächerlich spitzen Siedeln pflanzen sich prönd vierstöckige Bauten mit Studverhöndelungen und hohen, breiten Fenstern auf...

Wohntüchtig ruht unser Blick auf einem kleinen, knospenumrankten Todeskandidaten, der sich inmitten einer idyllischen Umgebung erhebt. Wie lieblich muß es sich hier wohnen in der schönen Jahreszeit, rings in der grünen, blühenden, reisenden Umgebung...

Dort drüben haben sie gerade so ein privates Massengesängnis fertiggestellt. Hohe Mauern, Fenster an Fenster, und wenn das Nachbarhaus erst steht, dann sind die „Glücklichen“, die in diesen Häusern wohnen dürfen, für schweres Geld natürlich, von aller Welt abgegeschlossen...

Wir schlendern die breite Dorfstraße entlang, wo alte, stattliche Linden in fünf Reihen eine prächtige Allee bilden und lenken dann unsere Schritte nach dem einsamen, idyllischen Gutsparl, wo eine kleine Kirche, die aus Feldsteinen erbaut ist und aus dem 13. Jahrhundert stammt, ernst und schwermütig die Jahre verträumt...

Ernte der Ringunternehmer.

Der Ring der Steinmetzmeister von Berlin und Umgegend hat sein erstes Geschäftsjahr beendet. Die Beteiligten sind mit dem Abtisch zufrieden; und sie haben Grund dazu! Der Zweck des Ringes: die Preise um etwa 50 Proz. in die Höhe zu treiben, durch Ausschluß der gegenseitigen Konkurrenz und sonstige Abmachungen, ist erreicht...

Der Unternehmer, dem eine Arbeit zugesprochen ist, gibt die Prekle bekannt, die er seiner Offerte zugrunde gelegt hat, und alle anderen Ringgenossen, die sich an der Submission beteiligen, müssen vorzüglich höhere Preise einlegen. Zur Sicherheit dafür, daß das auch geschieht, haben die Ringmitglieder Sicherheitswechsel hinterlegt...

Von den von jeder Arbeit an die Ringklasse gezahlten Beiträgen werden zunächst die Verwaltungskosten gedeckt, darunter für zwei Geschäftsführer 20000 M. Gehalt. Der am Jahresfluß vorhandene Uberschuß wird prozentualer an die Ringgenossen verteilt...

feinsteier in einem Vorort, der im vorigen Jahre im Durchschnitt nur drei bis vier Gefellen, ebenso viel Arbeiter und einige Bekehrte beschäftigt, etwa 3000 M. ausgezahlt erhält. Eine nette Gratifikation zu den um etwa 50 Proz. erhöhten Preisen. Die Ringgenossen sind natürlich wütende Gegner von Regierarbeiten.

Zur Landtagswahl

rüstet der Berliner Freisinn. Die Kandidatenfrage für die zwölf Berliner Landtagswahlkreise ist nach der „Volksztg.“ mit Ausnahme der Bezirke 4 und 11 bereits gelöst. Die sämtlichen bisherigen freisinnigen Abgeordneten werden wieder kandidieren, nur der Abgeordnete Kreitzing hat mit Rücksicht auf sein hohes Alter eine Wiederwahl abgelehnt...

Unsere Beteiligung an der Landtagswahl hat zunächst den Zweck, zu zeigen, wie ungerecht und widersinnig das zum Unterparlament geltende Wahlrecht ist, das die breite Masse der Bevölkerung einfach rechtlos macht. Je intensiver, je machtvoller wir uns an diesem Kampf beteiligen, desto wirksamer fallen auch dem Wlodesen die „Schönheiten“ dieses Wahlrechts in die Augen...

Personen mit wechselndem Vornamen. Die Eintragungen in die Standesregister können häufig nicht zum Vermerk in die Kirchenbücher. Man hat die Erfahrung gemacht, daß so nicht selten ein und dieselbe Person über mehrere auf verschiedenen Namen lautende Akte verfügt. Die Feststellung des Personenstandes wird dadurch natürlich erschwert...

Ueber Berliner Verkehrsfragen hat am Mittwochabend Professor Dr. Blum von der Technischen Hochschule in Hannover in einer gut besuchten Versammlung des Berliner Bezirksvereins deutscher Ingenieure einen eingehenden Vortrag gehalten, in welchem er sich mit den verschiedensten Verkehrsprojekten beschäftigte. Einen breiten Raum in seinen Darlegungen nahm die Erörterung über die Tunnelprojekte der Großen Berliner Straßenbahn ein...

Abgeordnete auf Besuch städtischer Anstalten. Einer Anregung aller Parteien des Reichstags folgend, veranstaltet der Magistrat von Berlin jezt Besichtigungen städtischer Anstalten durch Reichstagsabgeordnete. Es sind sieben Fahrten geplant: Die erste durch das Virchow-Krankenhaus fand vorgezogen statt...

Bei dem Bau der städtischen Straßenbahnlinie Hallesches-WaldstraÙe ist jezt mit der Legung der Stromzuführungslabel begonnen worden. Gleichzeitig ist die Aufstellung der Masten und Verbringung der Querdrähte in Angriff genommen, so daß gleichzeitig mit den Gleisanlagen auch die Streckenarbeiten beendet werden...

Ein schreckliches Brandunglück

verursachte gestern früh um 10 Uhr eine unbeschreibliche Aufregung in der Koloniestr. 82. Gellende Hilferufe alarmierten um diese Zeit das gesamte Haus. Alle Hausbewohner eilten herbei. In der Küche der Frau Wöfel lag diese vor der Kochmaschine und brante sickerlos. Man ersah die Flammen und benachrichtigte die Feuerweh, die den Brand, der auch den Fußboden ergriffen hatte, löschte. Die schwerverletzte, bewußtlose Frau Wöfel, eine Mutter im Alter von 45 Jahren, wurde von der Wehr nach dem Paul Gerhardt-Stift in der Müllerstraße gebracht...

Rangiererklos. Ein schrecklicher Unglücksfall hat vorgestern Abend auf dem Anhalter Bahnhof zugegriffen. Der 35 Jahre alte Rangierer Friedrich Vogel aus der Poststr. 78 hatte beim Zusammenstellen eines Zuges die Wagen aneinander zu koppeln. Als er einen der Waggons an die Maschine anzapfen wollte, stolperte er über das Gleis hinweg und stürzte zu Boden. Das linke Bein kam auf das Nebengleis zu liegen. In diesem Augenblick kam ein Zug herangefahren und die Räder der Maschine gingen dem Bedauernswerten über den Oberkörper hinweg. Der Letztere wurde vollständig zermalmt. In einem Krankenwagen wurde der Verunglückte nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Der Zustand ist recht bedenklich, da 2. starke Blutverluste gehabt hat.

Eine gefährliche Luftballonfahrt hatten vier Mitglieder des Berliner Luftschiffvereins bei Eberstälde zu bestreiten. In der Nähe des Niederrheins war der Ballon „Gethulh“, der in Berlin aufgestiegen war, niedergegangen. Als er sich dem Erdboden dicht genähert hatte, sprang einer der Insassen sofort aus der Gondel heraus und auch die anderen drei Personen wollten folgen. Mit großer Schwindigkeit stieg der Ballon jedoch im nächsten Augenblick wieder in die Höhe. Am Herbellintee senkte er sich dann zum zweiten Male und jetzt blieb er in den Zweigen einer mächtigen Eiche hängen. Ohne irgend welchen Schaden zu nehmen, konnten die Insassen aus der Gondel herauspringen. Der Ballon konnte nur mit schwerer Mühe aus den Zweigen herausgeschafft und geborgen werden.

Über ein schweres Unglück meldet der Polizeibericht: Am Mittwoch gegen 6 1/2 Uhr früh wurde der Arbeiter Kation Motilar aus Moskau in Gallien, in Weisensee wohnhaft, vor dem Grundstück Weißwälder Straße 198 in dem im Bau befindlichen städtischen Kanalbauabschnitt von herabfallenden Erdmassen zu Tode gequetscht. Motilar hatte mit zwei anderen Arbeitern für einen Dampfstrahl die Hebelaffen zu füllen. Zu diesem Zwecke gruben sie die Erdwände von unten ab, wodurch diese unterhöhlt wurden. Er kam einer solchen Stelle zu nahe, als die überstehende Erde abrutschte und ihn verdrückte. Man befreite ihn zwar sogleich wieder von den Erdmassen und rief einen Arzt herbei, doch konnte nur der Tod festgestellt werden. Die Leiche ist dem Schauhause überwiesen worden.

Gegen den Rentner Viktor Kiesel, der, wie gemeldet, unter dem Verdacht, zahlreiche Sittlichkeitsverbrechen begangen zu haben, in Untersuchungshaft genommen wurde, fördert die Untersuchung immer neues Belastungsmaterial zutage. Es hat sich herausgestellt, daß Kiesel den Dolchmord zu Unrecht geführt hat und auch keineswegs schriftstellerisch in der Art tätig gewesen ist, daß man von der Ausübung eines literarischen Berufes sprechen könnte. Die Vernehmung der Zeugen vor dem Untersuchungsrichter wird immer umfangreicher, weil auf mehrere Jahre zurückgegriffen werden muß, um das Bild der Vergehen zu vervollständigen, das zur Beurteilung der Persönlichkeit des Angeklagten dienen soll.

Im Hirschaal der Treptow-Sternwarte im Restaurant Berner, Treptower Chaussee 21/22, finden Sonntag, den 5. April, nachmittags 5 Uhr und 7 Uhr, sowie Montag, den 6. April, abends 9 Uhr, öffentliche mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattete Vorträge statt. Das Thema lautet: „Die Bewohnbarkeit der Welten.“ Mit dem großen Fernrohr wird von 2 Uhr an die Venus, von 7 1/2 Uhr an der Mond und von 11 bis 12 Uhr der Jupiter, mit den kleinen Fernrohren Doppelsterne und Sternhaufen gezeigt.

Im Apollo-Theater hat die Direktion auch im neuen Monat wieder für ein neues, eigenartiges Programm Sorge getragen. Schönheit, Kunstfertigkeit, selten geübene weibliche Kraft und last not least eine neue Operette wetteifern miteinander, das Publikum zu unterhalten. Im Spezialitätenabteilung interessiert zunächst Kästchen Voltst mit ihrem drohenden Dumm und „Mime“. Dieser Vierfüßler entwickelt eine selten zu findende Geduld und Poffierlichkeit als Charakterdarsteller. Beachtung verdienen die unter der künstlerischen Leitung von Franz Thoma — eines Münchener Meisters — stehenden Darstellung von Frauenköpfelein und modernen Plastiken von Orisida Remond. Ueber eine ausgezeichnete Stimme verfügt Fräulein Montjoie, die französische Chansons recht gelungen zu Gehör bringt. Im Witzbecken hat der Wiener Humorist Joseph Moll etwas los. Der zweite Teil des Programms brachte ein musikalisches Lustspiel „Der kleine Chevalier“ von A. Wilmmer, zu welchem der Wiener Komponist H. Wert eine hübsche Musik geschrieben hat. Der Inhalt dieses neuen Singlagers kristallisiert sich auf ein kleines Liebesabenteuer, in dem der Herr Marquis seiner jungen Frau den als Mädchen verkleideten Chevalier selbst ins Schlafgemach bringt, damit er bei ihr übernachtet. Diese Rolle war der zierlichen, temperamentvollen Mia Werber direkt auf den Leib geschrieben. Ihr Paraventvortrag ist gut ein.

Strafensperrung. Die kleine Alexanderstraße wird behufs Pflasterung der neuen Wehingerstraße sofort bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Dachstuhlbrände ohne Ende. Gestern nachmittags um 2 Uhr stand der Dachstuhl des Hauses Grunnenstraße 189 in Flammen. Die Rüge 18 und 14 waren zur Stelle. Bei der Anfahrt der Feuerwehr bildeten die dort aufgestellten Mittelstufen kurze Zeit ein Hindernis für den Verkehr. Derselbe mußte auf der westlichen Seite eingestellt werden, bis die Gefahr vorbei war. Die Feuerwehr gab mit mehreren Schlauchleitungen kräftig Wasser. Zum Angriff wurden zwei große mechanische Leitern benützt. Es gelang, den Brand auf den Dachstuhl und die Bodenverschläge zu beschränken. Der Brandstifter ist unerkannt entkommen.

Deutscher Monistenbund. Heute abend 8 1/2 Uhr behandelt in den „Sophienhallen“, Sophienstr. 18, Schriftsteller M. G. Baer das Thema: „Wie ist der Mensch entstanden“. Anschließend Diskussion. Eintrittskarten a Person 20 Pf. an der Abendkasse.

Der schon erwähnte Jahresbericht des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ ist in mancher Hinsicht interessant. Die Mitgliederzahl ist im Jahre 1907 von 57 000 auf 87 000 gestiegen, das Bundesvermögen von 78 000 M. auf 118 000 M. Die Organisation bietet den rabelnden Arbeitern für ein Eintrittsgeld von 60 Pf. und den geringen Monatsbeitrag von 20 Pf. eine Reihe von schätzenswerten Vergünstigungen.

Wir erwähnen, daß insgesamt für 1908 Radunfälle die Summe von 34 188,35 M. aus der Bundeskasse gewährt worden ist. Für Straßenunterstützung wurde in 131 Fällen 6550 M. und für Rechtschutz 4622,40 M. bezahlt. Von weiteren Einrichtungen des Bundes erwähnen wir das monatlich zweimal erscheinende Organ „Der Arbeiter-Radfahrer“; derselbe erscheint gegenwärtig in einer Auflage von 100 000 Exemplaren. Ferner kommt in Betracht, die Pflanzung von Radfahrer-Begehrtsarten, Führer usw., eine Anleitung zum Reifensfahren, die Einleitstellen usw. Die Bundesmitglieder genießen auch zollfreie Grenzüberquerung mit Motor- und Fahrradern nach dem Auslande, es wurden im verfloffenen Geschäftsjahre nicht weniger wie 4500 Grenzarten ausgestellt; an gefährlichen Wegstellen sind Warnungstafeln aufgestellt.

Kernerdingens wird dem Genossenschaftswesen im Bunde ein lebhaftes Interesse entgegengebracht. Die Genossenschaft „Solidaritäts-Fahrradhaus“ in Berlin wurde durch ein Darlehen von 10 000 Mark in den Stand gesetzt, sich erheblich zu vergrößern und Verkaufsstellen in Berlin, Leipzig, Magdeburg usw. zu errichten. Ihre wohlfeilen Fahrräder und Fahrradzubehörsstücke finden in den Kreisen der Bundesmitglieder großen Abfall.

Es ist natürlich, daß eine Arbeiterorganisation, welche so nützlich für ihre Mitglieder wirkt, bei den Behörden nicht gut angesehen ist. Maßregelungen wegen der Bundeszugehörigkeit, Lokalabtreiberien, Verbote von Langvergnügungen, Umzügen usw. sind harte Maßnahmen, auf welche man im Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ kein Gewicht mehr legt. Daß eine große Anzahl von Bundesvereinen, besonders in Sachsen, zu politischen Vereinen erklärt worden sind und keine Mitglieder (unter 21 Jahren) als Mitglieder aufnehmen dürfen, hat ebenfalls den Vereinen keinenummer bereitet. Im Gegenteil, die Gouvornoren der beiden sächsischen Gauen konsultieren mit freundlicher Genugtuung, daß gerade die behördlichen Maßregeln zu dem ungeheuren Anwachsen des Bundes ungeheuer viel beigetragen haben. Im Herbst vorigen Jahres hielten die sächsischen Behörden endlich zu einem Schlags gegen den Bund selbst aus und wollten die ganze Organisation unter das sächsische Vereinsgesetz stellen. Es war ein Schlag ins Wasser, denn die Bundesleitung verlegte nun ihr Domizil von Chemnitz nach Offenbach a. M. und die sächsischen Behörden hatten das Nachsehen. Es ist natürlich ohne weiteres klar, daß der Bund keine öffentliche Tätigkeit in politischer Beziehung entfaltet, wenn auch die Mitglieder als solche selbstverständlich außerhalb der Organisation ihre Pflicht als Klassenbewußte Arbeiter erfüllen.

Durch die behördlichen Schikanen sind nun auch die Mitglieder die sich bisher nicht sonderlich um Parteiangeliegenheiten gekümmert, auf die Sozialdemokratie hingewiesen und hoffentlich zu wackeren Kämpfern gemacht worden. Der nächste Bundestag dieser Organisation findet Anfang dieses Jahres in Berlin statt. Die ausgezeichneten Klassenverhältnisse gestatten es, daß den Mitgliedern neue Vorteile geboten werden können.

Den rabelnden Arbeitern, soweit sie noch nicht Mitglieder des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ sind, kann nur empfohlen werden, sich dieser Vereinigung anzuschließen.

# Vorort-Nachrichten.

## Schöneberg.

Die Gewerkschaftskommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Arbeit des 1. Mai. Die Delegierten erklärten sich mit den Beschlüssen des Aktionsausschusses und der Berliner Gewerkschaftskommission einverstanden und beschloffen, eine Vorkonferenzabstimmung in Obsts Festsälen abzuhalten. Die Nachmittagsfestlichkeit findet in der Schloßbrauerei statt. Hierauf wurde eine Auskunftsstelle zu errichten beschloffen, um Ratkäufern in allen Fragen des gewerblichen Rechts sowie der Versicherungsangelegenheit unentgeltliche Auskunft zu erteilen. Die Auskunftsstelle übernimmt Genosse Kosjante, Weiningerstraße 8, Seitenflügel 3 Treppen.

Vom Spiel in den Tod. Die neun Jahre alte Schülerin Gertrud Schmiedede aus der Weiningerstr. 12 hat beim Spielen den Tod gefunden. Im Eifer des Spiels rannte sie gegen einen vorüberfahrenden Speditionswagen und kam zu Fall. Sie stürzte unter das Handpferd und wurde von diesem durch Austritte so schwer verletzt, daß sie nach kurzer Zeit starb.

Der hiesige Arbeiter-Turnverein begeht am morgigen Sonnabend in Obsts Festsälen, Weiningerstr. 8, sein erstes Stiftungsfest, wozu alle Genossen und Freunde des Turnens eingeladen sind.

## Steglitz.

Ein wenig erfreuliches Bild bot die Beratung des Etats für 1908, der mit 5 200 000 M. gegen 3 680 000 M. des Vorjahres abschließt. Wenn auch die Höhe der Zuschläge zur Einkommen- und Betriebssteuer mit 100 Proz. zur Gewerbesteuer 1. und 2. Klasse mit 175 Proz. und der 3. und 4. Klasse mit 135 Proz. die gleichen geblieben sind, so muß andererseits berücksichtigt werden, daß zur Finanzierung des Etats ein Leberzuschuß aus 1907 in Höhe von 80 000 M. verwandt wurde und außerdem dem „Spartopf“, genannt Ausgleichsfonds, 75 000 M. entnommen wurden. Eine neue Anleihe von 3 000 000 M. erhöht unsere Schulden auf beinahe 18 000 000 M., bei deren gleichmäßigen Verteilung jeder Einwohner 340 M. „erhalten“ würde. Im Jahre 1880 betrug die Schulden erst 45 M. pro Kopf. Der Schuldenanstieg erfordert für 1908 die nette Summe von rund 681 000 M. Die Erhöhung der Kreissteuern von 25 auf 33 Proz. bringt unserer Gemeinde eine Mehrausgabe von rund 95 000 M. Der Schuletat erfordert einen Zuschuß von rund 708 000 M., trotzdem das Schulgeld an den höheren Schulen nicht unwesentlich erhöht wurde. Für das Feuerlöschwesen sind 5000 M. mehr für Verschönerungszwecke 27 000 M. mehr eingestellt, 50 000 M. sollen zur Verbesserung der Lehrergehälter vorausgezahlt werden. Die Armenverwaltung erfordert 18 000 M. mehr wie 1907, die Polizeiverwaltung 104 674 M. gegen 87 164 M. im Vorjahr. Die wirtschaftlichen Unternehmungen arbeiten im ganzen mit einem kleinen Leberschuh. Der Zuschuß zur Grunewaldbahn ist von 35 100 auf 32 000 M. zurückgegangen und dürfte sich auch weiter von Jahr zu Jahr verkleinern. Das Eisenbahnbauamt soll 28 500 M. Leberschuh bringen, während für die neue Badeanstalt ein Zuschuß von 15 500 M. angenommen wird. Von der Dreimillionenanleihe sollen verwandt werden: 160 000 M. zu Grundstücksankäufen, 460 000 M. zur Druckrohrverlegung und Erweiterung der Pumpstation, 400 000 M. als 1. Rate zum Bau des Kanalgraben, 230 000 M. zu Gemeindefreizeiten, 168 000 M. zu Straßenpflasterungen, 406 000 M. zum Bau eines Regenwasserkanals, 30 000 M. zur Anlage von Schmutzplätzen usw.

## Westend.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich vorgestern auf einem Neubau in der Anno-Pfeifer-Straße. Der auf diesem beschäftigte 45-jährige Arbeiter Ferdinand Radke hatte nach der Mittagspause das Gerüst in der Höhe der zweiten Etage bestiegen, verlor plötzlich infolge eines Fehltritts das Gleichgewicht und stürzte auf die Straße hinunter. Er, der einen Bruch des rechten Schläfelbeins, doppelten Rippenbruch und innere Verletzungen erlitten hatte, wurde nach der Unfallstation XVIII in der Kaiser-Friedrich-Straße gebracht und von dort, nachdem ihm ein Verband angelegt worden war, nach dem Krankenhaus Westend übergeführt.

## Ober-Schöneeweide.

Gemeindervertretung. In zwei aufeinander folgenden Sitzungen wurde der Rest des Etats erledigt. Der Gemeindefreizeitenrat zur Staatsseinkommensteuer wurde wie bisher auf 125 Proz. festgesetzt. Eine Petition der Gastwirte auf Aufhebung der Biersteuer wurde von unseren Genossen befürwortet, aber gegen 4 Stimmen abgelehnt. Ebenso erging es dem Antrage, die schätzenswerte Luftbarkettsteuer aufzuheben. Weitress der Freizeitenrat für die höhere Schule entspann sich eine ausgedehnte Debatte, in welcher Herr Engel den Standpunkt vertrat, daß den Kindern minderbemittelter Eltern die höhere Bildung nicht viel nützen könnte. Eine Petition der Wäschmisten und Arbeiter der Klärstation gab ihm wiederum Gelegenheit, seinen Fabrikantenstandpunkt hervorzusetzen. Genosse Grunow sprach diesem Herrn mit seinem Einkommen das Recht ab, einen Stundenlohn von 60 Pf. als äußert hoch zu bezeichnen und glatte Ablehnung zu beantragen. Beschlossen wird, daß die Baukommission über die Verhältnisse berichten soll. Eine Petition des liberalen Vereins auf Einführung der Prißwahlten für den Landtag wurde von unseren Genossen unterstützt und angenommen. Die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Gemeindevahlen führte zu reger Debatte, in welcher eigenartige Ansichten hervortraten. Gegen die Wahl unserer Genossen Jakobson, Ruch und Liefsperg lagen zwei Einsprüche vor. Die Katholiken glaubten im trüben sischen zu können, als sie beantragten, ihre Kandidaten, welche die zweitmeisten Stimmen erhalten haben, als gewählt zu erklären. Genosse Grunow legte in längeren Ausführungen klar, daß es nach der Landgemeindeordnung sehr wohl möglich sei, daß auf Grund von Vollmachten seitens Angehessener auch Nichtangehessene gewählt werden können, wie es hier geschehen sei. Die Katholiken seien auf dem Holzwege, wenn sie meinen, ihre Kandidaten, welche circa 60 Stimmen von 600 abgegebenen erhalten haben, sind nach Kaffierung unserer Mandate als gewählt zu betrachten. Der Gewählte müsse die meisten und zugleich mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erhalten haben. Ein Unterschied zwischen gültigen und ungültigen Stimmen wird nach der Landgemeindeordnung überhaupt nicht gemacht. Unsere Partei hat es allerdings in der Hand, wenn sie Bossheitspolitik treiben wollte, die Wahl von Angehessenen in der dritten Klasse zu hintertreiben. Bei der Abstimmung wurden unsere Mandate für ungültig erklärt. Hiergegen wird der Klageweg beschritten werden.

## Stralsun.

Der Boranschlag zum Gemeindefreizeitenrat stellt sich für das Jahr 1908/9 in Einnahme und Ausgabe auf 219 000 M. An Steuerzuschlägen werden erhoben: zur Personalsteuer 100 Proz., Betriebssteuer 100 Proz., Gewerbesteuer 150 Proz. und Grund- und Gebäudesteuer 298 Proz. An Stelle der Grund- und Gebäudesteuer tritt die sogenannte Grundwertsteuer, welche mit 275 vom Tausend des gemeinen Wertes erhoben wird. Der Wert der steuerpflichtigen Liegenschaften und Gebäude des Ortes betrug im Jahre 1906

18735 000 Mark, 1906 19 798 000 Mark, 1907 20 206 000 Mark und wird für 1908 auf 20 282 000 Mark geschätzt. Infolge der Verteilung der Grundstücke innerhalb dreier Jahre um 1 1/2 Millionen Mark ist der Steuerzuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer vollaus gerechtfertigt. Wenn auch die Spekulation etwas nachgelassen hat, so konnte dennoch wie im Vorjahre auch für 1908 die Umfassener mit 15 000 M. in Ansatz gebracht werden. Die letztere wird bei bebauten Grundstücken mit 1 Proz., bei unbebauten mit 1 1/2 Proz. des Verkaufspreises erhoben. Die Kreissteuer stellt sich für dieses Jahr auf 25 Proz. der Gemeindesteuer; es müssen demnach 18 000 Mark an den Kreis abgeführt werden. Von den größeren Ausgabenposten im Etat sind hervorzuheben: für Kirchen- und Schulwesen 48 000 Mark, hieron entfallen auf 12 Lehrkräfte 31 000 M.; für Straßenbauwesen und Reinigung 22 500 M.; für Beleuchtung 11 000 M. Die elektrische Straßenbeleuchtung, die infolge Vertrages mit der Elektrizitätsgesellschaft noch bis November 1909 beibehalten werden muß, wird nach Ablauf dieses Zeitpunktes durch Gasbeleuchtung ersetzt werden, da letztere sich rentabler gestalten und die Beleuchtung eine bessere sein soll.

## Hohen-Schönhausen.

An Stelle des nichtbeschäftigten Genossen Thiele zur Schuldeputation wählte die Gemeindevertretung den bürgerlichen Gemeindevorordneten Rita in dieselbe. Der Aufforderung unseres Genossen, der Regierung Rückgrat zu zeigen und den Vorhlag zu erneuern, damit auch die arbeitende Bevölkerung einen Vertreter in der Schuldeputation habe, kamen die Bürgerlichen nicht nach. Da außer dem ein Mitglied zu wenig gewählt war, so wählte die Gemeindevertretung noch den Gemeindevorsetzer Eisermann in die Schuldeputation. Hierauf wurde noch eine Petition unterzeichnet, wonach der Bahnhof der Industriebahn „Tegele-Friedrichsfelde“, welcher sich auf Hohen-Schönhausener Gebiet befindet, den Namen „Hohen-Schönhausen, Weiße Taube“ erhalten soll.

## Löwendorf bei Trebbin.

Bei der Stichwahl in der zweiten Klasse erhielt unser Kandidat wiederum 9 Stimmen, während auf den Gegner 10 Stimmen entfielen.

## Reinickendorf.

Die unglaublich leichtsinnig zuweisen die herrschenden Klassen mit Leben und Gesundheit der Arbeiter spielen, zeigt die Etatsberatung in unserer Gemeinde. Der Zustand einzelner Straßen — Eichborn-, Hausdort-, Herbs- und Humboldt-Straße — erfordert dringende Besserung. Der Bürgermeister empfahl daher eine größere Summe als die vorgezeichneten 8000 Mark für Ausbesserung dieser Straßen in den Etat einzustellen und zur Deckung der Kosten den Zuschlag zur Gewerbesteuer für die erste und zweite Klasse auf 300 Prozent zu erhöhen. Es wäre das insofern gerecht, als der schlechte Zustand der Straßen durch die hier in Betracht kommenden Kreise, die großen Fabriken und deren schwere Wagen verursacht würde. Letzteren Standpunkt vertraten auch unsere Genossen. Genosse Franke schilderte die Gefahren, denen der Verkehr in der Eichbornstraße ausgesetzt ist, und warnte, es nicht erst zu einem Unglück kommen zu lassen. Ladend riefen ihm da die Herren Schemmel, Reichhelm und Kühnemann zu: „Die Gemeinde ist ja gegen Unfall versichert.“ Was schadet es auch diese Herren, wenn so ein armer Teufel, der mit seinem schweren Trägerwagen kostenlos umkippt, sich die Knochen zerbricht. Ihre Interessen liegen auf einem anderen Gebiet. Mit Entschiedenheit wandten sie sich gegen die vorgeschlagene Erhöhung der Gewerbesteuer, die dann auch zugleich mit der Ausbesserung der Straßen abgelehnt wurde. Beim Titel „Druckkosten“ beantragten unsere Genossen, Arbeiten für die Gemeinde nicht an Mitglieder des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung zu vergeben, mindestens aber in Submission auszuführen. Das war wieder ein so fürchterlicher Antrag, daß er bei den bürgerlichen Herren lautes Gelächter hervorrief. Diese Druckkosten werden von dem Schöffen Herrn Schemmel ausgeführt. Als unsere Genossen den Antrag begründet hatten, erteilte der Bürgermeister unauferforderten Herrn Schemmel das Wort mit der Bemerkung: „Nun, Herr Schemmel, was sagen Sie dazu.“ Vollständig entrüstet erklärte dieser: „Ich beantrage Uebergang zur Tagesordnung“ und so geschah es denn auch. Eine Sensation brachte noch die Schulabstimmung des Etats, der in der ordentlichen Verwaltung mit 2248000 M. und in der außerordentlichen mit 1600000 M. abschließt. Bei der Abstimmung erhoben sich alle, außer dem Bürgermeister, daran vermochte auch das freundliche Jureden seiner Freunde nichts zu ändern. Nur einen Wunsch hatte man ihm nicht erfüllt und das genügt ihm, den Etat ganz abzulehnen.

## Potsdam.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich unter anderem mit dem Straßenpflasterungsplan von 1908-1911. Im diesjährigen Haushaltsplan sind hierzu 722 425 M. vorgesehen. Von verschiedenen Stadtverordneten wurde die Verwendung von Gusspflaster bemängelt. Stadtverordneter Bergmann bemerkte, daß an den sich zeigenden Mängeln an den neu hergerichteten Straßen einen großen Teil Schuld die Unternehmer haben. Man müsse den Meistern zurufen, gewissenhafter zu arbeiten; es sei kaum zu glauben, was alles zusammengepflastet wurde. So habe man z. B. in einer Straße als Unterbettung sog. Vornieder Kies, ein ganz minderewertiges Material, verwendet. Vom Stadtbaurat mußte letzteres leider zugegeben werden. Weiter bewilligte die Versammlung einen Betrag von 4000 M. als Beitrag zu den Kosten des Wettbewerbes für die Erlangung eines Grundplans der bebauung von Groß-Berlin.

# Kommunales.

## Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Aus dem Ausschuss, der über Maßregeln zur Vinderung der Arbeitslosigkeit zu beraten hatte, ist wenig mehr als nichts herausgekommen. Gestern erstattete er den Bericht über seine Untätigkeit. Es ist geradezu erstaunlich, wie leicht die Mehrheitsvertreter sich ihre Aufgabe gemacht haben, jenen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zu „erledigen“. An den Bericht knüpfte sich eine dreistündige Debatte. Sie wurde eröffnet von unserem Gen. Dupont, der den Nachweis führte, daß der Ausschuss seine Arbeit von vorn beginnen oder vielmehr überhaupt erst mit seiner Arbeit beginnen muß. Er zeichnete die Richtlinien für die Wege, die die Stadt Berlin bezüglich des Arbeitslosenproblems einzuschlagen hätte, wenn sie auf diesem Gebiete etwas Ernstliches tun will. Da Dupont an den Magistrat einige sehr dringende Anfragen richtete, so war Stadtrat Fischbeck, der beamtetermaßen für die „Sozialpolitik“ des Berliner Stadtfreimüß „zuständig“ ist, genötigt zu antworten. Wenn Herr Fischbeck redet, dann rechnet unten im Saal und oben auf der Tribüne jedermann darauf, daß es „saftig wird“. Nach dem letzten Standal scheint er es aber doch für ratsam gehalten zu haben, sich mal etwas nüchtern zu geben. Das ist ihm denn auch, wider Erwarten, so ziemlich gelungen; er vermochte diesmal wenigstens die äußere Form zu wahren. Genosse Dupont war in seinen Ausführungen zu dem Schluß gelangt, daß die Angelegenheit an den Ausschuss zurückzugeben sei. Der dahingehende Antrag, den die sozialdemokratische Fraktion stellte, fand in der Versammlung eine Mehrheit. Den überzeugenden Darlegungen unseres Redners konnte auch ein erheblicher Teil der Freimüßigen nicht verschließen, sie wurden unterstützt von Herrn Gold-

schmidt und mehr noch von Herrn Nathan. Ein Versuch, die Debatte auf ein Einzelgebiet hinüberzuspielen, wurde von Herrn Brunzlow gemacht. Genosse Glocke gab diesem Unternehmerführer die verdiente Antwort. Die weitere Debatte brachte keine neuen Gesichtspunkte mehr. Durch die Annahme des Antrages auf Zurückverweisung an den Ausschuss ist noch einmal die Möglichkeit geschaffen, in eine ernsthafte Prüfung der Arbeitslosenfrage einzutreten. Wird der Ausschuss es zum zweiten Male dahin kommen lassen, daß die Berliner Arbeiterbevölkerung sich durch den Stadtfreiwort in ihren Erwartungen betrogen sieht?

### Vermischtes.

**Gewitter.** Wie aus Koburg berichtet wird, ging vorgestern abend ein schweres Gewitter, verbunden mit starkem Hagelschlag, über den südlichen Teil des Herzogtums Koburg und Oberfranken nieder. Der Hagel schlug mehrere Male ein und zündete. In Steinfeld, Oberfranken, wurde durch einen Hagel der Turm und das Dach der Kirche stark beschädigt. In Staffelstein schlug der Hagel in das Stationsgebäude und zerstörte die Telegraphenleitungen und das Läutewerk.

**Drei Hinrichtungen.** Gestern früh fand, einer Meldung aus Bonn zufolge, im Gefängnis Hof durch den Scharfrichter Gröbel-Magdeburg die Hinrichtung der drei Kroaten Paic, Kontar und Veslac statt, die am 19. Juli 1907 die Wirtshausbesitzerin Raaf und die bei ihnen wohnende Witwe Lohmar zu Durbusch ermordeten und am 27. Oktober zum Tode verurteilt worden waren. Der jüngste der Verurteilten Kofotowic wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

**Eine Stadt in Flammen.** Nach einer Meldung aus Budapest steht die Stadt Sateralka Ujely in Flammen. Bisher sind drei ganze Straßenzüge eingeäschert. Wegen des herrschenden Sturmes sind die Löscharbeiten so erschwert, daß man für die ganze Stadt fürchtet.

**Ingenieur Lemoine,** der, wie wir bereits berichteten, in die Angelegenheit der künstlichen Herstellung von Diamanten verwickelt ist, wurde, nach einer Meldung aus Paris, vom Untersuchungsrichter gegen Kaution in Freiheit gesetzt.

**Ein Vulkan-Ausbruch.** Ein Telegramm aus San Francisco besagt: Der Dampfer „Panama“ berichtet, daß in der Nähe von San Felipe in Guatemala ein Vulkan in Tätigkeit sei. Die Einwohner flüchteten aus der Stadt, da sie überzeugt sind, daß diese von der Lava zerstört wird.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 27. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Bürgerliche und proletarische Presse. — Die Bedingungen des erneuten Aufschwungs der russischen Revolution. Von H. Dahn. — Oesterreichische Sozialpolitik. Von Sigmund Kauf. — Die staatliche Versicherung und die Rettung des „neuen Mittelstandes“. Von Paul Lange (Hamburg). — Nochmals Marx und die Skanerel. Von Karl Kautsky. — Literarische Rundschau: Adam v. Winterfeld, Was will die Schulreform? h. sch. Martin Spahn, Das deutsche Zentrum. Von Hermann Wendel. — Zeitgeschichte. — Bibliographie des Sozialismus. — Feuilleton der „Neuen Zeit“ Nr. 4: Alexander Herzen. Von F. Wehring. Die Entwicklung des Weltalls. 1. Erde und Welt. Von Anton Pannekoek. — Vom Bildungsstand: Eine Klassikerbibliothek für Arbeiter. — Bücherchau: Karl Vorländer, Geschichte der Philosophie. Heinrich Mann, Zwischen den Kassen, Hermann Burck, Kinder-Typen. Johannes B. Jensen, Das Rad. — Lose Blätter: Karl und die neudeutsche Bourgeoisie.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 7 des 18. Jahrgangs zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Geschichtliche Zeichen. — Der Achtundtag im Lichte der Praxis. Von Henriette Piritz. — Aus der Kerkelers Hochburg. Von Wilhelm Reimes. — Eine unglückliche Gemeindefrau. Von Luise Ritz. — Sächsische Fabrikinspektion 1906. II. Von H. H. — Frauenrecht und Handelschulen in Baden. Von m. g. — Dienstverhältnisse und Hauswirtschaft in Amerika und Deutschland. (Schluß). — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Jahresbericht der Genossinnen von Burg bei Magdeburg. — Die Frauen bei den Wahlrechtsdemonstrationen am 18. März. — Der badische Landespartei und die Organisation der Frauen. — Der Rührberger Rastplatz im Kampfe gegen das Vereinsrecht der Arbeiterinnen. Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau: Eine Konferenz der Textilarbeiter des linksrheinischen Gaus. — Rohstoff: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Feuilleton: Die Gewalt der Herrschenden. Von J. Gottlieb Richte. — Märchen. Von Gottlieb Schnapper-Krondt. (Schluß). — Eingabe deutscher Frauen und Jungfrauen zu Rannheim im Annelise, gerichtet an die Nationalversammlung zu Frankfurt. Ein Erinnerungsblatt aus dem Jahre 1848. — Der Sohn. Von A. H.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Morgen. Von Gottfried Keller. (Gedicht). — Etwas vom Leben. Von Hannah Dorich, Jülich. II. (Fortsetzung). — Frühgeleitiger Frühling. Von Wolfgang Goethe. (Gedicht). — Neue Literatur zur Gebärtenreform. Von M. Kt. — Die Mutter als Erzieherin.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Von „Wahren Jacob“ ist uns soeben die 7. Nummer des 25. Jahrganges zugegangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Naturwissenschaftliches Wunder“ und „Internationales Weltfest“, sowie die Illustrationen „Zur politischen Frage“, „Der neueste Finanzaußenminister“, „Aus einer schwedischen Kleinstadt“, „Gerichtsvorhandlung“, „Lafalen“, „Der Polizeihund“, „Politik auf der Straße“, „Ultramontaner Falschgang“, „Besämpfung der Umsturzpartei“, „Der enttäuschte Steuerzahler“, „Hohball“ und „Am Willen Ozean“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Der vermaledeite Dornburg“, „Märzgebanten“, „Maulwurfsstich“, „De jähliche Wahlreform“, „Rom Sidikus zum Weltbrand“, „Vorfrühling“, „Den Reugnern der Klassenjustiz“, „Die Kasse“, „Kabbli den Alibi“, „De Hochberg“ (medienburgisch), „Die Verbändel“, „Barum?“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die Romelle „Liebe“ von A. Hebbelster und die größeren satirischen Feuilletons „A. Armin-Schnodderheim an v. Belom-Weitenburg“, „Goldene Regel für Nonnen“, „Die Sozialisten“ und „Roberte Unzurechnungsfähigkeit“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 2, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, am Freitag, den 27. März, wochentags abends von 7 bis 9 Uhr statt. Gedächtnis 7 Uhr sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Sachverstand und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Schriftliche Antworten werden nicht erteilt. Stille Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

A. D. H. Völler. Die Kosten können etwa 10 M. betragen. — J. D. 25. Verschönerer. — G. J. 1. Nur bis Januar. 2. Verlassen Sie es, den gesamten Beitrag in Abrechnung zu bringen, die Praxis ist dagegen. — W. P. 17. Der Auszug einer Anlage wäre zweifelhaft. In der länger andauernden Krankheit kann ein berechtigter Entlassungsgrund trotz des Vertrages erklärt werden. — C. G. 16. Sie könnten Ihre Forderung mit der der Frauerei verbinden. — D. gegen V. 1. Ja. 2. Ja; eine Zeitgrenze besteht nicht, zweckmäßig ist es, bei der Heirat die Vaterpflicht anzuerkennen und die Umkehrung des Namens zu beantragen. — B. 93. Eine Fortsetzung der Revision wäre unnötig. Ebenfalls eine erneute Revision. Es könnte nur Wiederaufnahme in Frage kommen, diese wäre aber nur möglich, wenn Verurteilung des betreffenden Jenseigen wegen Faltscheides erfolgte. — W. K. 50. Die Kländung ist zulässig. Auf

Interventionsklage der Frau würden die Sachen aber freigegeben werden. Jegliches Beweismittel dafür, daß die Frau bereits vor der Ehe die Sachen befreit hat, ist zulässig. — W. K. 36. Ein solches Institut kennen wir nicht; es würde Privatunterricht erforderlich sein, nach dem Inhalt Ihres Briefes ist ein solcher aber nicht mehr erforderlich. Ein bestimmtes Examen in dem von Ihnen gemünzten Sinne gibt es nicht. — K. Lübeck. Die Ansetzung des Testaments hat durchaus Aussicht auf Erfolg. Geachtet werden könnte das Testament. Das Vermögen besteht in der Hälfte der gesetzlichen Erbportion. — W. K. 1908. Der Preis bewahren Sie als Beweismittel auf. Die Forderung kann innerhalb dreißig Jahren noch geltend gemacht werden, ist aber aus dem von Ihnen angegebenen Grunde unschlüssig. — C. G. 14. Nein. — G. J. 75. 1. Die Schwester ist zur Zahlung verpflichtet, nicht deren Eltern. Die Schwester sollte gegen den Vater des Kindes klagen. 2. Ein Viertel bis ein Halb des Erantengeldes. 3. Nein. 4. Soweit aus bekannt, ja. 5. Sie können den Antrag nicht mehr rückgängig machen. — W. K. 2. Nein, unbestimmt. — Bernhart 685. Soweit aus bekannt, nein. — C. J. 20. 1. Ja. 2. Ja. 3. Zum Austritt aus der Kirche genügt, daß Sie und Ihre Frau an das Amtsgericht Ihres Wohnortes schreiben: Ich melde hiermit meinen Austritt aus der (evangelischen, katholischen) Kirchengemeinschaft an und beantrage den Austritt aufzunehmen. Innerhalb des 29. bis 42. Tages nach Eingang dieses Antrages erscheinen Sie und Ihre Frau dann ohne Vorladung bei dem Amtsgericht und geben dort Ihren Austritt zu gerichtlichem Protokoll.

**Witterungsbericht** der städtischen Witterungs-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Witterung:** Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr gering, Geschäft schleppend, Preise behauptet. Geflügel: Zufuhr in Mäßigkeit über Bedarf, sonst nicht genügend, Geschäft rau, Preise in Mäßigkeit gedrückt, sonst hoch. Fische: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft ziemlich reger, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise kaum verändert. Gemüse, Obst und Säfte: Geschäft Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise fast unverändert.

### Witterungsbericht vom 2. April 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Temperatur	Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Temperatur
Strombe.	760 B	2 bedekt	4	4	Haparanda	758 G	2 wolkenl	—	—
Hamburg	762 BSB	4 heiter	3	4	Petersburg	762 SD	3 bedekt	1	—
Berlin	751 BSB	4 wolfig	3	4	Scilly	765 SB	4 bedekt	9	—
Frankf. a. M.	767 B	2 Dunst	2	2	Berdeen	755 SB	1 wolfig	7	—
München	766 B	3 heiter	—	0	Caris	766 SB	2 bedekt	6	—
Wien	761 SB	3 Schnee	—	—					

**Wetterprognose** für Freitag, den 3. April 1908. Zunächst vielstündig heiter, am Tage wärmer bei mäßigen südwestlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung und etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
	1. 4.	31. 3.		1. 4.	31. 3.
	am	am		am	am
Nemel, Mühl	528 <sup>9</sup>	+120	Saale, Großh.	188	+18
Regel, Anstehburg	327 <sup>9</sup>	+63	Davel, Spandau <sup>9</sup>	147	0
Welsch, Horn	286	-10	Rathenow <sup>9</sup>	178	-2
Oder, Ratibor	190	+2	Spree, Spremberg <sup>9</sup>	104	-2
Kroffen	175	-6	Beesfom	186	-3
Frankfurt	181	-5	Weser, Ründen	31	+11
Barthe, Schriem	112	-4	Ründen	102	+6
Landberg	165	-13	Rhein, Maginiklanbau	372	-17
Reye, Bordenm	80	-2	Staub	176	-2
Eide, Weimerh	61	+8	Röln	—	—
Dresden	49	+5	Redar, Heilbronn	98	+3
Barby	284	-5	Rain, Berthelm	177	+5
Magdeburg	201	-7	Wölz, Trier	—	—

<sup>9</sup> + bedeutet Hoch, — Fall, — <sup>9</sup> Unterpegel, — <sup>9</sup> Übergang; heute um 6 Uhr morgens 534 am bei geringem Abfließen. <sup>9</sup> eisfrei.



Tausende Exemplare eigener Erzeugnisse,  
=: daher höchste Leistungsfähigkeit. =:

**Knaben-Anzüge** schönste Moden einfacher und luxuriöser Genres 18.- 15.- 12.- 9.- 6.- 5.- 4.- 2 Mark 50

**Norfolk-Anzüge** Falten-Joppen-Formen. Praktischste Stoffe 18.- 14.- 12.- 10.- 9.- 8.- 7.- 6 Mark

Pyjacks, Pelerinen, Paletots und Ulster, in überraschend großer Auswahl, zu niedrigen Preisen.

# Baer Sohn

Chausseestraße 29-30 ◊ 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Str. 20.

Die Kataloge Nr. 34 (Moden 1908) und Nr. 33 (Livres) kostenlos und portofrei.

# H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstrasse 17-18      Veteranenstrasse 1-2

---

Heute und morgen:  
**Bil'ige Lebensmittel-Preise.**

---

Räucher-Lachs 1 <sup>0100</sup> Pfl. 60 Pfl.	Elsbeine . . . Pfl. 40 Pfl.	Zwiebelleberwurst Pfl. 48 Pfl.
Echte Kiel. Sprotten 1/2 Pfl. 20 Pfl.	Spitzbeine . . Pfl. 25 Pfl.	Prima Blutwurst . Pfl. 50 Pfl.
do, Klein ca. 3 Pfl. 1.20	Dickbeine . . Pfl. 55 Pfl.	Landleberwurst . Pfl. 85 Pfl.
la Sprott-Böcklinge 1/2 Pfl. 15 Pfl.	Pa. Pökelrippen Pfl. 60 Pfl.	Prima Jagdwurst . Pfl. 88 Pfl.

---

Prima Cassler Rippespeer Pfl. 70 Pfl.	Feiner Eier-Cognac 1/2 Flasche 95 Pfl.
Prima Suppenhühner . . . . 1.75	Feiner alter Portwein 1/2 Flasche 95 Pfl.
Prima Bratenschmalz . Pfl. 53 Pfl.	Cognac „Mercier la Roche“ 1/4 Pfl. 98 Pfl.
Hochfeine Tafelbutter . Pfl. 1.20	Prima Apfelsinen . . 10 Stück 28 Pfl.
Melange-Marmelade 5 Pfl.-Klmer 95 Pfl.	Prima Citronen . . . 8 Stück 10 Pfl.

---

Pa. Schnittbohnen 2 Pfl.-Dose 26 Pfl.	Prima Mirabellen	Erbsen und Karotten 2 Pfl.-Dose 50 Pfl.
Gemischtes Gemüse 2 Pfl.-Dose 55 Pfl.	2 Pfl.-Dose 63 Pfl.	Junger Kohlrabi in Scheiben 2 Pfl.-Dose 26 Pfl.

---

Während der „Wohlfellen Woche“:  
Ausserordentlich preiswerte Gelegenheitsposten u.  
**Doppelte Rabatt-Marken**  
mit Ausnahme von Lebensmitteln und einiger anderer Artikel.

